

# zivilschutz magazin



## Grußwort des Bundesministers des Innern an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel



Blick in die Geschichte  
Historische Katastrophen  
im Spiegel der Zeit

### In Vlissingen stand das Meer vier Meter hoch

Heute:

Die Flutkatastrophe in den  
Niederlanden 1953

Eisiger Spätwinter 1953, man schreibt den 31. Januar. Mit einer Windgeschwindigkeit von 150 km/h wird die durch die Gezeitenflut ohnehin gestiegene Nordsee gegen die Dämme und Deiche gepeitscht. Ein Orkan erhebt sich, wie man ihn seit Jahrhunderten nicht gekannt hat. Die Katastrophe zieht vor allem Holland arg in Mitleidenschaft.

An zahlreichen Orten bersten die Dämme: Die niederländische Provinz Seeland wird überflutet. In Vlissingen steht das Meer vier Meter hoch! In früheren Jahrhunderten hätte diese Sintflut zu einer Großkatastrophe geführt, mit dem Verlust unzähliger Menschenleben. Allein durch eine nie dagewesene Rettungsaktion und mit modernster technischer Ausrüstung können die Verluste in Grenzen gehalten werden. 1372 Tote werden geborgen, zahlreiche

Liebe Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 1984.

Im zurückliegenden Jahr ist unser Land bis auf die Überschwemmungen an Rhein, Mosel und Saar glücklicherweise von Katastrophen größeren Ausmaßes verschont geblieben. Die zahlreichen Notfälle des täglichen Lebens waren es, die dieses Mal vorwiegend Ihre gemeinnützige Tätigkeit und Ihr soziales Engagement herausforderten. Sie sind dieser Herausforderung mit der Ihnen eigenen Tatkraft begegnet. Ständig einsatzbereit zu sein und sich auf einem hohen Leistungsstand zu halten, erfordern ein hohes Maß an Selbstdisziplin, Opferbereitschaft, Gemeinsinn und Nächstenliebe. Diese Tugenden sind heute keine Selbstverständlichkeiten. Mit Ihrem

Vermißte werden gesucht. Die niederländische Armee, Hilfsmannschaften aus den USA, der Bundesrepublik und Frankreich helfen überall. Die materiellen Schäden sind unabsehbar: Rund 800 Millionen niederländische Gulden, so wird geschätzt. Gut 19 Prozent aller Wohnstätten der Niederlande sind beschädigt, über sechs Prozent total überflutet. Die Landwirtschaft erleidet schwerste Schäden, denn in Gebieten der Versalzung und Ausschwemmung wird sich der Boden erst nach Jahren wieder erholen.

Seit Urzeiten suchen Sintfluten die belgische, niederländische und deutsche Nordseeküste und die gegenüberliegende Ostküste Englands heim. In diesen knapp über dem Meeresspiegel liegenden Gebieten münden die meisten Ströme Mitteleuropas: Elbe, Weser, Ems, Rhein, Maas, Schelde. Deshalb potenzieren sich die Sturmfluten häufig durch die Überschwemmungen der zurückgestauten und oft selbst Hochwasser führenden Flüsse.

Sturmfluten erschienen dem mittelalterlichen Menschen als Strafgerichte Gottes, denen wenig oder nichts entgegengesetzt werden konnte. So fordert die Sturmflut des Jahres 1099 in Ostengland und Holland etwa 100000 Opfer. 1277 und 1287 bricht nach Sturmfluten und Hochwasser der Ems der Dollart ein; 50 Ortschaften, darunter die Stadt Torum, versinken. 1421 fordert die Sturmflut von Brabant 100000 Menschenleben. 1634 und 1648 zerstören zwei Sturmfluten die holsteinischen Halligen, vor allem Alt-Nordstrand, bis auf weni-

Vorbild setzen Sie ein Signal für andere, die in den Sog des Konsums und des Anspruchsdenkens zu geraten drohen. Ein starkes Solidaritätsbewußtsein gehört aber zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für eine positive Weiterentwicklung der Lebensqualität in unserem Lande.

Unser Hilfeleistungssystem hat in diesem Jahr erneut seine Bewährungsprobe bestanden. Dies ist mir Verpflichtung, trotz der allgemein schwierigen Haushaltslage alles zu tun, um die Leistungsfähigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes zum Wohle unserer Bürger auch weiterhin zu verbessern. Nehmen Sie dieses mein Bemühen gleichzeitig auch als Ausdruck meiner tiefen Verbundenheit mit Ihrer humanitären Arbeit. In diesem Sinne wünsche ich, daß Glück und Erfolg Sie auch im kommenden Jahr bei der Erfüllung Ihrer gemeinnützigen Aufgaben begleiten mögen.

ge Reste; es gibt Verluste an Menschenleben, zahlreiche Dörfer und Kirchen werden verschlungen.

Im 17. und 18. Jahrhundert beginnt der vom Menschen aufgenommene Kampf gegen das Meer, der sich bis heute fortsetzt. Mit immer größeren und stärkeren Deichen wird dem Meer der Boden Stück für Stück wieder abgerungen. Die Niederländer erbringen die großartigsten Leistungen: 1840 bis 1852 wird das Haarlemer Meer, eine Ausbuchtung der Zuiderzee, die sich mitten in den holländischen Provinzen immer bedrohlicher breitgemacht hatte, trockengelegt. 1932 wird der große Deich geschlossen, der die Zuiderzee in einen Süßwassersee umgewandelt hat. Heute ist die Zuidersee nach Gewinnung von fünf großen Poldern auf einen Bruchteil ihrer ehemaligen Größe zusammengeschrumpft. Der Rest soll als See erhalten bleiben.

Eine große Sicherungsaktion wird durch die Sturmflut von 1953 ausgelöst. In den Niederlanden wird der Deltaplan entwickelt, wahrscheinlich das größte Meer-Eindeichungsprojekt überhaupt. Das gesamte Mündungsgebiet von Rhein, Maas und Schelde wird durch riesige, nach menschlichem Ermessen kaum zerstörbare Dämme abgeriegelt. Natürlich können die Schifffahrtswege nicht einfach gekappt werden. Sie hat man mit halbmondförmigen, an Pylonen montierten Schleusen ausgestattet, die im Fall einer Sturmflut geschlossen werden können. Heute ist der Deltaplan praktisch realisiert.

# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dezember  
12/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Ulrike Adamsky-Metz  
Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Meisungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalenderjahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- 
- „Im Katastrophenschutz heißt das Ziel Konsolidierung“** 7  
Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt sprach anlässlich der Feierstunde zum zwanzigjährigen Mitwirken des MHD im Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Köln.
- 
- „Die Kinder erstürmten das Fort im Nu“** 11  
Die Jugendgruppe des THW-OV Stolberg baute ein Spielgerät für den Kindergarten.
- 
- „Nach 15jähriger Lagerzeit: Einwandfreier Zustand“** 15  
Vollübung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn: Reibungslose Inbetriebnahme in überraschend kurzer Zeit.
- 
- „Bohren, rammen, spülen“** 19  
Brunnenbau-Lehrgänge an der Katastrophenschutzschule Hoya: Viele Möglichkeiten zur Erschließung von Grundwasser.
- 
- „In die Diskussion über Sicherheit und Frieden auch den Zivilschutz einbeziehen“** 23  
Bremens neuer Innensenator Kröning: „Gegensätze müssen Friedensbewegung und Engagement für den Zivilschutz nicht sein.“
- 
- „Nach dem Beben: Hunger, Angst, Kälte“** 39  
Schnelle Hilfe des DRK für die Türkei.
- 
- „Spontane Bereitschaft ermöglichte schnelle Hilfe“** 43  
ASB-Soforthilfe für die Erdbebenopfer in der Türkei.
- 
- „Menschenführung“** 45  
Ein Seminar für Nachwuchskräfte der JUH.
- 
- „600 Kilometer mit Blaulicht und Sirene“** 47  
MHD organisierte Krankentransport von Breslau nach Berlin.
- 
- „3. Deutsche Feuerwehrmeisterschaften im Skilanglauf“** 49  
Start am 28. und 29. Januar 1984 in Schonach im Schwarzwald.
- 
- „Gelähmter Sporttaucher in Berliner DLRG-Druckkammer geheilt“** 53  
Das Drama begann vor Sardinien – die Rettung folgte in Berlin.
- 
- „Das Minimagazin“** U 3  
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst
-



# Umschau

## 25 Jahre Bundesamt für Zivilschutz: Bedeutung des Zivilschutzes gewürdigt

Als ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Zivilschutz und seiner lebensnotwendigen Bedeutung erwies sich die Veranstaltung zum 25jährigen Jubiläum des Bundesamtes für Zivilschutz am 12. Dezember 1983 in Bonn-Bad Godesberg. Mehr als tausend Gäste waren auf Einladung von Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb gekommen, um in der bis auf den letzten Platz besetzten Stadthalle den Ausführungen der Redner, unter ihnen Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, zu folgen.

Eine besondere Bedeutung bekam der Festakt durch die Anwesenheit von Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens, der im Namen der Bürger unseres Landes allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes für ihr Wirken im Dienst des Gemeinwohls dankte.

Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung und eine auszugsweise Wiedergabe der Ansprachen folgt in der nächsten Ausgabe des Zivilschutz-Magazins.

Zu unseren Bildern: Blick in die Stadthalle Bad Godesberg während des Festaktes zum 25jährigen Bestehen des Bundesamtes für Zivilschutz (oben); Bundespräsident Prof. Dr. Carstens dankte den Helfern für ihr Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz.

(Fotos: Hilberath)



## THW-Direktor Ahrens mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold geehrt

Mit dem Ehrenzeichen in Gold der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde der Direktor des THW, Hermann Ahrens, ausgezeichnet. Die Verleihung nahm der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, persönlich vor.

In seiner Glückwunschartrede wies der Innenminister auf die Verdienste hin, die sich Hermann Ahrens während seiner mehr als sechsjährigen Dienstzeit als Direktor des THW erworben hat. Der Minister wörtlich:

„Sie gehörten zu den profilierten Persönlichkeiten in der Feuerwehr. Sie besitzen auch heute noch das Vertrauen Ihrer ehemaligen Kollegen. Daher brachten Sie alle Voraussetzungen mit, um das früher einmal erheblich gestörte Verhältnis zwischen dem Technischen Hilfswerk und dem Deutschen Feuerwehrverband mehr und mehr zu entkrampfen und auf eine fruchtbare Zusammenarbeit im Interesse des Bürgers hinzuführen. Das ist Ihnen umfassend gelungen. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung. Das gleiche gilt vor



allem auch für Ihre Arbeit, die Sie als Direktor für die Weiterentwicklung des Technischen Hilfswerks geleistet haben. In Ihrer bisherigen Amtszeit sind auf den Gebieten der Ausstattung und Unterbringung wesentliche Fortschritte erzielt worden. Sie hatten daran maßgeblichen Anteil.“

Hermann Ahrens erhielt die Auszeichnung am Tage seines 50. Geburtstages.

## Staatssekretär Dr. Fröhlich betont den Wert der THW-Jugendarbeit

Im Mittelpunkt der 3. Bundesversammlung der THW-Helfervereinigung e. V. am 29. Oktober 1983 in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler stand die Neukonzeption der Jugendarbeit des THW. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Siegfried Fröhlich, nahm vor den Delegierten und ihrem Präsidenten Friedrich Späth dazu Stellung.

Fröhlich, der die Grüße von Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann überbrachte, ging zunächst auf die im Aufbau befindliche Helfervereinigung des THW ein. Er sei von Anfang an für eine solche Einrichtung gewesen, weil sie u. a. die gesellschaftliche Einbindung des THW am Ort, die Heranziehung von Förderern und die politische Unterstützung erleichtern werde. Als Beispiel für

ihren Nutzen führte der Staatssekretär die Helfervereinigung Bremen an, die mit Unterstützung des Technischen Hilfswerks und anderer Stellen zwei Lehrwerkstätten eingerichtet hat, in denen 42 Jugendliche ausgebildet werden.

Staatssekretär Fröhlich begrüßte die Gründung eines zentralen Jugendverbandes, in dem die Jugendgruppen des THW ab 1. Januar 1984 zusammengefaßt werden. Da es ein gesellschaftspolitisches und ein starkes Eigeninteresse des THW an einer breiten Jugendarbeit gebe, gelte es also, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie sich entfalten könne.

Da für eine Jugendarbeit das Technische Hilfswerk als eine staatliche Organisation nach dem Verständnis von freier Jugendarbeit nicht in Betracht komme, habe die Helfervereinigung am 7. April 1981 ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft für einen THW-Jugendverband als Mittler zwischen Jugend, Staat und Gesellschaft zu übernehmen. In der Folgezeit seien in enger Zusammenarbeit zwischen Helfervereinigung, Bundesministerium des Innern und THW-Leitung die notwendigen Vorarbeiten geleistet worden.

Eine Verhandlungskommission mit den Herren Gerster (MdB), Wiegand und Dziedzioch unter Vorsitz von Herrn Biechele habe bereits Mitte März 1983 ein Konzept vorlegen können, dem der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, am 26. April 1983 als Grundlage der Neuordnung der THW-Jugendarbeit zugestimmt habe.

Über die überzeugenden Vorteile dieser Neuordnung sagte der Staatssekretär:

1. Der neue Jugendverband kann wie andere Jugendorganisationen eine freie Jugendarbeit in eigener Verantwortung gestalten; damit wird die Jugendarbeit im THW attraktiver und jugendgerechter; die Aktivitäten sind frei von den Bindungen, denen die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk unterworfen ist.
2. Die fachliche Ausbildung der Junghelfer bleibt weiterhin in den Händen des Technischen Hilfswerks.
3. Die derzeitige Festschreibung der Zahl der Junghelfer auf 3000 kann aufgehoben werden; dem Technischen Hilfswerk wird die Möglichkeit eröffnet, in Zukunft seine Helfer zu einem großen Teil aus eigenem Nachwuchs zu nehmen.
4. Die Jugendarbeit wird vom „Korsett“ des öffentlichen Haushaltsrechts befreit.
5. Es kann auf zusätzliche Finanzierungsmittel – Gelder der allgemeinen Jugendpflege, Spenden und Eigenmittel

der Helfervereinigung – zurückgegriffen werden, dadurch ergibt sich eine bessere finanzielle Basis.

Im Hinblick auf die Zukunft meinte Dr. Fröhlich, es komme jetzt darauf an, daß unter verbesserten Rahmenbedingungen und unter Anleitung durch entsprechend ausgebildete Jugendleiter das Gemeinschaftsleben der THW-Jugend attraktiv gestaltet werde.

Jugendgemäße Aktivitäten in Verbindung mit THW-spezifischer Ausbildung werden sich sehr gut auswirken können. Als begrüßenswerte Beispiele hierfür nannte der Staatssekretär die schon praktizierte Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, den Einsatz im Umweltschutz und im sozialen Bereich. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß es ein neues Feld zu bestellen gebe und er hoffe, daß die jetzt gelegte Saat zum Nutzen von THW, Gesellschaft und Staat Früchte bringen möge. Hierzu seien alle zur Mithilfe aufgefordert.



Zu unserem Foto: Der Präsident der THW-Helfervereinigung, Friedrich Späth, am Rednerpult.

(Foto: Vollrath)

### Treffen auf höchster Ebene in der KSB Ahrweiler

Zu einem Gedankenaustausch zum Jahresabschluß trafen sich die Bundesgeschäftsführer und Generalsekretäre der Katastrophenschutz-Organisationen auf Einladung des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Bei dieser Gelegenheit informierten sich die Gäste auch über den Ablauf des



Lehrgangs für Stabspersonal „Führen im Katastrophenschutz“.

Unser Bild zeigt DRK-Generalsekretär Dr. Schilling (Mitte), BZS-Präsident Dr. Kolb und Lehrgangsleiter Rösler (links).

(Foto: Vollrath)

### Bundesinnenminister Dr. Zimmermann überreichte höchste THW-Auszeichnung an Innenminister Böckmann

Im Mainzer Ministerium des Innern und für Sport überreichte Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann in Anwesenheit des Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, sowie des Landesbeauftragten Dr. Carl Friedrich Dölbor an Staatsminister Kurt Böckmann das THW-Ehrenzeichen in Gold. Diese höchste Auszeichnung des Technischen Hilfswerkes wird nur durch den Bundesinnenminister verliehen.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann würdigte in seiner Ansprache die vielfältigen Verdienste von Minister Böckmann, dem es zu verdanken sei, daß das Technische Hilfswerk in Rheinland-Pfalz heute seinen festen Platz im Hilfeleistungssystem des Landes gefunden habe. Seit seinem Dienstantritt als Minister des Innern im Jahre 1976 konnten die Spannungen, die früher zwischen dem Technischen Hilfswerk und den Feuerwehren bestanden, kontinuierlich abgebaut und inzwischen eine kameradschaftliche Zusammenarbeit der beiden Organisationen erreicht werden. Diese erfreuliche Bilanz sei entscheidend auf das persönliche Engagement des Ministers zurückzuführen, bei dem er sich leiten ließ von seinem Interesse und Verständnis für den Zivilschutz und seiner bekannten Wertschätzung jeglicher ehrenamtlicher Tätigkeit. Der THW-Landesverband Rheinland-Pfalz sei dankbar für Minister Böckmanns freundschaftliche Verbundenheit zum Technischen Hilfswerk. Unter seiner Ägide als Innenminister sei eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit seinem Ressort entstanden, wofür er auch dessen Mitarbeitern im Ministerium danken möchte. Diese positive Einstellung zum Technischen Hilfswerk strahle in nachgeordnete Bereiche und in die Kommunen aus und habe zu einer inzwischen guten Kooperation auf allen Verwaltungsebenen geführt.

Minister Böckmann habe frühzeitig erkannt, daß im Technischen Hilfswerk ein erhebliches Potential an Helfern, Ausstattung und technischem Wissen vorhanden sei, dessen friedensmäßige Nut-

zung volkswirtschaftlich geboten sei und im gemeinsamen Interesse von Bund und Lande liege.

Als Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz habe Kurt Böckmann wesentlich mit dazu beigetragen, daß der THW-Landesverband in die Katastrophenabwehr des Landes integriert werden konnte. Das Brand- und Katastrophenschutzgesetz von 1981, unter seiner Verantwortung entstanden, erwähne nicht nur die Mitwirkung des Technischen Hilfswerks im Katastrophenschutz, sondern schreibe den kommunalen Aufgabenträgern erforderlichenfalls auch die Heranziehung des Technischen Hilfswerks bei der allgemeinen Gefahrenabwehr vor. Diese gesetzliche Einbindung des Technischen Hilfswerks in das allgemeine Hilfeleistungssystem des Landes sei ein absolutes Novum in der Ländergesetzgebung und habe hoffentlich eine Pilotwirkung auch für andere Länder.



Innenminister Böckmann betonte in seiner Dankadresse, daß er die hohe Auszeichnung stellvertretend für seine Mitarbeiter entgegennehme und sie als erfreuliches Zeichen des guten Verhältnisses zwischen Innenministerium und Technischem Hilfswerk werte. Das Potential des THW sei für Rheinland-Pfalz eine wichtige und wertvolle Hilfe, was sich gerade bei den Hochwassereinsätzen im Frühjahr gezeigt habe. Minister Böckmann sprach abschließend den Wunsch aus, daß das gedeihliche und partnerschaftliche Zusammenwirken auf Landesebene für alle Beteiligten landesweit Vorbild sei.

### Schwerer Herbststurm tötete acht Menschen

Mindestens acht Menschen sind bei schweren Herbststürmen über Westeuropa ums Leben gekommen. Mit Geschwindigkeiten von teilweise 130 Kilometern in der Stunde fegten die Böen Ziegel von den Dächern, entwurzelt

Bäume oder wirbelten ganze Flachdächer durch die Gegend. Sechs Autofahrer und ein Motorradfahrer wurden in Belgien von entwurzeltten Bäumen erschlagen.

In der Bundesrepublik wurde zwar niemand getötet oder verletzt, jedoch wurden hohe Sachschäden gemeldet. In Kulmbach in Oberfranken wurde das Flachdach einer Schule 40 Meter durch die Luft geschleudert, bis es das Dach einer Turnhalle durchschlug. Teile eines Blechdaches eines Hauses in der Nähe von Mainz fielen auf drei Personenwagen, und vom Wuppertaler Rathausdach wurden Ziegel abgedeckt, so daß der Rathausplatz abgesperrt werden mußte.

Die Feuerwehren waren ständig im Einsatz. 200mal wurde die Polizei in Wuppertal gerufen, in Düsseldorf meldete die Polizei 150 Einsätze, in Köln 70. Gerüste, Plakatwände, Verkehrsschilder und sogar Schallschutzwände wurden von den Böen durch die Luft gewirbelt.

### Gasexplosion: Zehn Verletzte

Zehn Verletzte und hoher Sachschaden sind das traurige Ergebnis einer Gasexplosion in einem fünfstöckigen Wohnhaus in Mannheim. Das Unglück ereignete sich am frühen Morgen. Nach den bisherigen Ermittlungen war ein Heizgerät in einer mit Gasheizung ausgestatteten Wohnung im dritten Obergeschoß des Hauses explodiert.

(Foto: dpa)



### Klebesprüche am Kofferraumdeckel: Was bewirken Sticker?

Welchen Einfluß Aufkleber („Sticker“) an Autos auf das Verhalten von Kraftfahrern haben, ist von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) jetzt erstmals wissenschaftlich untersucht worden. Die Psychologen der Bundesanstalt kommen zu der Erkenntnis: Sticker-Inhalte nehmen Einfluß auf die Einstellungen und die Fahrweise von Kraftfahrern. Das Echo der Verkehrsteilnehmer ist besonders positiv, wenn es um Aufkleber geht, die zur Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr aufrufen. Allerdings überwiegen im Straßenverkehr Aufkleber mit verkehrsneutralen Inhalten, die beinahe auf jedem zweiten Auto aufgeklebt sind.

Eine Gefahrenquelle für die Verkehrssicherheit können sehr klein beschriftete Aufkleber darstellen, weil viele Fahrer dann zu dicht auf den Vordermann auffahren. Auch Aufkleber mit politischen und gesellschaftskritischen Inhalten können Ärger erzeugen, wenn die dort vertretene Meinung von der eigenen Meinung des Lesers abweicht. Fast jeder 10. Fahrer ärgert sich über solche Aufkleber so stark, daß er zugibt, diese Fahrer unhöflicher als andere im Straßenverkehr zu behandeln.

Beliebt sind Aufkleber vor allem bei jungen Autofahrern. Viele von ihnen haben ihren Führerschein noch nicht lange in der Tasche und können sich zunächst nur ein kleineres Gebrauchtfahrzeug leisten. Große, teure „Schlitten“ und Sportwagen werden nur selten beklebt. Liebhaber „bunter“ Autos mit sieben und mehr Aufklebern gibt es höchst selten, stellte die Bundesanstalt fest.

Autoaufkleber werden dazu benutzt, anderen Verkehrsteilnehmern Mitteilungen zu machen, Denkanstöße zu vermitteln oder Gefahren bewußter zu machen. Jeder dritte „klebefreudige“ Fahrer ist außerdem der Ansicht, daß er sein Auto auf diese Weise verschönert.

Ein besonderes Interesse bei der Untersuchung galt der Wirkung der verbreiteten Aufkleber für Fahranfänger. Bei einem Feldversuch in Köln konnte beobachtet werden, daß Fahrer, die einen solchen Sticker aufgeklebt hatten, nicht den gewünschten Erfolg erzielten. Eher das Gegenteil war der Fall: Fahranfänger wurden öfter am Fahrstreifenwechsel gehindert und seltener mit einer deutlichen Geste vor das eigene Fahrzeug gelassen als Vergleichsfahrzeuge ohne ein solches Zeichen. Absicht scheint höchst selten hinter dieser Rücksichtslosigkeit zu stecken, da die meisten der

befragten Autofahrer sich selbst als sehr hilfsbereit gegenüber Anfängern einschätzen. Viele sind sich auch nicht sicher, ob sich hinter einem solchen Zeichen nicht ein erfahrener Autofahrer „verbirgt“, der die Hilfsbereitschaft anderer ausnutzen will. Anzunehmen ist auch, daß die uneinheitliche Gestaltung und die Vielzahl von

„Anfänger“-Symbolen und -Zeichen zur Verwirrung beitragen und nicht immer ernst genommen werden. Zum Beispiel konnte nur jeder zehnte Autofahrer das abstrakte „L“ (Learner) richtig deuten. Experten der BAST regen daher an, ein besser lesbares Symbol für Fahranfänger zu entwickeln und einheitlich zu verwenden.

## Automatische Taumittel-Sprühanlage

Auf der Salzburger Autobahn am Irschenberg wurde rechtzeitig zur Winterzeit eine vollautomatische Taumittel-Sprühanlage in Betrieb genommen. Auf einer 500 Meter langen Versuchsstrecke der Fahrtrichtung Salzburg – München soll an der Steigung getestet werden, ob das Ausprühen einer Chlorcalcium-Lösung die Eis- und Schneeglättebildung wirksam eindämmen kann. Am Irschenberg war es in den vergangenen frost- und schneereichen Wintern häufig zu kilometerlangen Staus gekommen.

(Foto: dpa)



## Zwei Tote bei Schiffskollision

Zwei Menschen starben beim Zusammenstoß des unter Panama-Flagge fahrenden Containerschiffes „Ever Level“ mit dem brasilianischen Frachter „Itapage“ auf der Unterelbe bei Cuxhaven. Nach dem Zusammenstoß bei dichtem Nebel entstand auf der „Ever Level“ sofort ein Brand, der selbst zwei Tage nach dem Unglück noch nicht gelöscht werden konnte. Das Schiff war mit über

200 Tonnen Feuerwerkskörpern und Unmengen von leicht brennbaren Baumwollballen beladen.

Die „Ever Level“ wurde inzwischen am schleswig-holsteinischen Elbufer auf Grund gesetzt. Die Ursache des Zusammenstoßes, bei dem auch fünf Personen verletzt wurden, ist noch nicht bekannt.

(Foto: dpa)



## Zehn Sicherheitsregeln für den elektrotechnischen Laien

Anläßlich des 7. Internationalen Colloquiums über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten durch Elektrizität der „Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit“ (IVSS), Genf, wurden in Köln im Oktober von rund 400 Vertretern aus zahlreichen Ländern Sicherheitsregeln für das Verhalten im Umgang mit der Elektrizität erörtert. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zehn Sicherheitsregeln, die von der Sektion für den Bereich Elektrizität unter der Federführung der „Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik“, Köln, mit Experten erarbeitet wurden.

Tödliche Unfälle durch elektrischen Strom gehen in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten zurück, dennoch ist Strom gefährlich geblieben. Unter den Stromunfällen ist der Anteil der tödlichen Unfälle mehr als 15mal größer als beim Durchschnitt der Arbeitsunfälle.

Es gilt also, das Sicherheitsverhalten von elektrotechnischen Laien in Gewerbe, Industrie und privatem Bereich zu verbessern. Die zehn Sicherheitsregeln der IVSS wenden sich an Laien, die sich aufgrund eigener Erfahrungen in der Lage fühlen, einfache Tätigkeiten an elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln selbst durchzuführen. Gebremst werden soll die Selbstsicherheit; herausgestellt wird die Notwendigkeit, sich durch Elektrofachkräfte oder Betreiber zusätzlich zu informieren.

Die zehn Sicherheitsregeln für den elektrotechnischen Laien lauten:

1. Überzeugen Sie sich vor der Benutzung elektrischer Geräte oder elektrischer Anlagen von ihrem einwandfreien Zustand.
2. Bedienen Sie nur die dafür bestimmten Schalter und Stelleinrichtungen. Keine Einstellungen an Sicherheitseinrichtungen verändern.
3. Grundsätzlich keine nassen elektrischen Geräte benutzen und keine nassen elektrischen Anlagen bedienen, auch nicht, wenn nur die Hände oder Füße naß sind.
4. Bei Störungen sofort Spannung abschalten, Stecker ziehen. Tun Sie danach nur das, was Sie gefahrlos beherrschen.
5. Melden Sie Schäden oder ungewöhnliche Erscheinungen an elektrischen Geräten oder Anlagen sofort der Elektrofachkraft. Gerät oder Anlage nicht weiter verwenden und der Benutzung

durch andere Personen entziehen, auf Gefahren hinweisen.

6. Keine Reparaturen und „Bastelarbeiten“ – auch noch so einfacher Art – an elektrischen Geräten und Anlagen durchführen, wenn Sie über die damit verbundenen Gefahren und die sichere Arbeitsweise keine ausreichenden Kenntnisse besitzen.

7. Informieren Sie sich vor der Benutzung von Elektrohandwerkzeugen und anderen transportablen elektrischen Geräten über die besonderen Sicherheitsmaßnahmen. Halten Sie diese Sicherheitsmaßnahmen strikt ein.

8. Schutzabdeckungen und Zugänge an elektrischen Betriebsstätten oder Schaltanlagen nie öffnen. Achten Sie auf Kennzeichnung oder Absperrungen, die Sie vor einer Berührung mit unter Spannung stehenden Leitungen oder Teilen warnen oder schützen sollen.

9. Arbeiten in gefährlicher Nähe elektrischer Anlagen nur nach Anweisung einer verantwortlichen Elektrofachkraft durchführen.

10. Vor Beginn von Arbeiten in der Nähe von Freileitungen oder Kabeln besondere Sicherheitsmaßnahmen treffen. Informieren Sie sich über die Regelungen, die für solche Arbeiten vom Betreiber der Anlage zusammengestellt worden sind und richten Sie sich danach. Sie erhalten vom nächsten Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen alle nötigen Hinweise.

### Zusammenarbeit über die Grenze hinweg mit den Niederlanden

Die Gemeinde Dinxperlo, die Stadt Isselburg und die Stadt Bocholt veranstalteten mit Förderung der Königlich-Niederländischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland von April bis Oktober die deutsch-niederländische Begegnung „Euro-Dibo 83“.

Neben vielen Veranstaltungen auf den Gebieten Kultur, Sport u. a. wurde auch eine gemeinsame Katastrophenschutz-Demonstrationsveranstaltung mit Einheiten aus den veranstaltenden Städten/Gemeinden durchgeführt. Zweck dieser Veranstaltung war es, das Leistungsvermögen, die Leistungsgrenzen und die Arbeitsverfahren der beteiligten Einheiten kennenzulernen und das Zusammenwirken über Grenzen hinweg zu üben.

Am 8. Oktober probten zum ersten Male gemeinsam Hilfsorganisationen aus

Dinxperlo, Isselburg und Bocholt den Ernstfall. 300 Helfer mit 60 Fahrzeugen aus folgenden Einheiten beteiligten sich an dieser Katastrophenschutz-Demonstrationsveranstaltung: Freiwillige Feuerwehren Dinxperlo, Isselburg und Bocholt, Deutsches Rotes Kreuz Bocholt und Dinxperlo, Maltester-Hilfsdienst Bocholt, Technisches Hilfswerk Bocholt, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Bocholt und aus Dinxperlo die Water-Redding-Brigade.



Die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg zwischen den niederländischen und deutschen Hilfsorganisationen funktionierte reibungslos. Damit wurden gute Voraussetzungen geschaffen, eventuelle Notsituationen im Grenzgebiet Dinxperlo-Isselburg-Bocholt schnell und ohne große Schwierigkeiten zu beseitigen. Es bestand bei allen Beteiligten Einvernehmen darüber, daß die gemeinsamen Übungen fortgesetzt werden müssen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen.

Unser Bild zeigt die Bergung eines Verletzten mit Hilfe einer Seilbahn.

(Foto: Flug)

### THW-Ehrenzeichen für Hermann Stahlbuhk

Hermann Stahlbuhk, Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg, wurde mit dem Ehrenzeichen in Silber des Technischen Hilfswerks (THW) ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird außerhalb des THW äußerst selten verliehen. THW-Direktor Hermann Ahrens, gleichzeitig Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, überreichte das Ehrenzeichen anlässlich einer Zusammenkunft der ehrenamtlichen Führungskräfte des Hamburger THW. Der Staatsrat der Innenbehörde, Werner Hackmann, sowie viele ehrenamtliche auswärtige und auch Hamburger hauptamtliche Feuerwehrführer waren dazu eingeladen. Auch Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczik erschien zu späterer Stunde.

„Hermann Stahlbuhk ist ein Mann, der ein gutes Verhältnis der Hilfeleistungs-Organisationen in Hamburg geschaffen hat. Diese gute Hamburger Zusammenarbeit gilt als beispielhaft. Hermann Stahlbuhk hat sich als Feuerwehrführer bundesweit einen guten Namen gemacht“, würdigte THW-Direktor Ahrens die Verdienste des Geehrten.

Hermann Stahlbuhk wies darauf hin, daß Zivil- und Katastrophenschutz nur wirkungsvoll sein können, wenn staatliches Handeln und private Vorsorge einander sinnvoll unterstützen: „Dies ist eine Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger. Das bedeutet aber auch eine gleichberechtigte Beteiligung der ehrenamtlichen Kräfte bei Planungen und Durchführungen. Hier fehlt es an Mitwirkung der Ehrenamtlichen insbesondere bei der Ausrüstung. Als Beispiel für vieles darf ich die unterfüllten Forderungen des DFV bei der Neufassung der STAN nennen.“

Schwerpunktmäßig sei ein Mangel an Partnerschaft im personellen Bereich, im Bereich der Führungsbeteiligung, festzustellen. Stahlbuhk: „Leitlinie muß nach meiner festen Überzeugung sein, daß ehrenamtliche Kräfte von Ehrenamtlichen geführt werden. Von diesem Grundsatz sollte nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden, wenn es der Einzelfall erfordert. Hier sind gemeinsame Anstrengungen nötig, um das bestehende System zu verbessern.“



Hamburgs stellvertretender Feuerwehrchef, Ltd. Branddirektor Maximilian Puchner, erinnerte an die gute Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und THW: „Beim großen Heidebrand arbeiteten Günter Trautvetter, Hermann Stahlbuhk und ich zum ersten Mal eng miteinander zusammen, es entwickelte sich eine Freundschaft daraus. Beim Bruch des Elbe-Seiten-Kanals waren wir bereits ein eingespieltes Team, von den gemeinsamen Einsätzen in Hamburg gar nicht zu sprechen.“

Zu unserem Foto (von links): THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter, Staatsrat Werner Hackmann, Landesbereichsführer Hermann Stahlbuhk und THW-Direktor Hermann Ahrens.

(Foto: von Essen)

Günter Sers

Zwanzig Jahre Mitwirkung des Malteser-Hilfsdienstes im Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Köln

## „Im Katastrophenschutz heißt das Ziel Konsolidierung“

Feierstunde im Kölner Gürzenich – Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, hielt den Festvortrag

Per Handschlag wurde am 12. November 1963 zwischen dem damaligen Oberstadtdirektor von Köln, Dr. Max Adenauer, und dem Stadtbeauftragten und Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, Georg von Truszczyński, die Verpflichtung der ersten Sanitätsbereitschaft Köln des MHD in den ehemaligen Luftschutzhilfsdienst besiegelt. Und so meinte Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger in seinem Grußwort anlässlich einer Feierstunde zur zwanzigjährigen Mitwirkung des MHD im Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Köln: „Diese unbürokratische Auftragserteilung zeigt schon, daß die Zusammenarbeit zwischen dem MHD und der Stadt Köln von Anfang an von gegenseitigem Vertrauen getragen war. Vertrauen und Partnerschaft haben die Arbeit dann auch zwanzig Jahr lang bis heute bestimmt.“

Viele Ehrengäste nehmen an der Festveranstaltung teil (von links): Polizeipräsident Hosse, Stadtdirektor Uhlenkükken, Weihbischof Dr. Frotz, Oberbürgermeister Burger, MHD-Stadtbeauftragter Marohl, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt, MHD-Landesgeschäftsführer Nowak und der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb.



gibt uns die Möglichkeit, daß der Malteser-Hilfsdienst, aber auch alle befreundeten Hilfsdienste in Erfüllung ihrer Aufgaben an die besten Bürgertugenden anknüpfen, wie sie in der alten und freien Reichsstadt eine große Tradition haben, nämlich Solidarität, Einsatzbereitschaft, Dienstbereitschaft und freier Bürgersinn“, schloß Marohl.

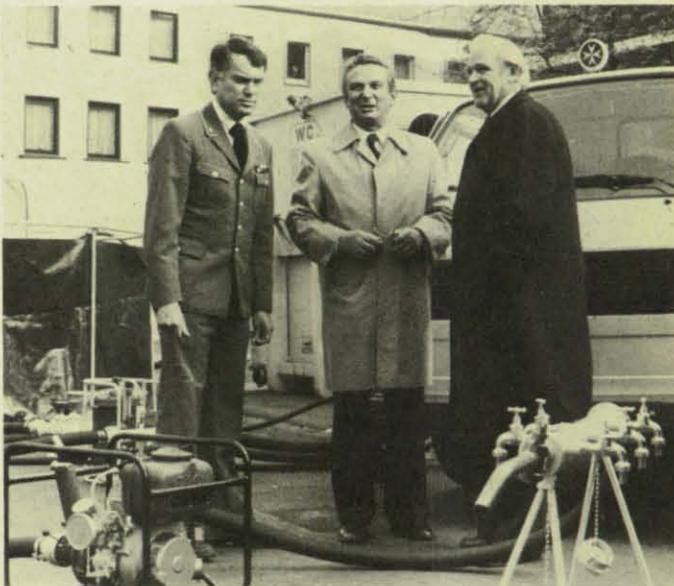
Im Anschluß hielt Weihbischof Dr. Frotz einen Vortrag über das Thema „Katastrophenhilfe – christlicher Dienst am Nächsten“.

### Dem Menschen dienen

Zu der Feierstunde am 5. November 1983 im Kölner Gürzenich konnte der Stadtbeauftragte des MHD Köln, Hans Georg Marohl, neben dem Oberbürgermeister auch Weihbischof Dr. Augustinus Frotz, den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, Kölns Polizeipräsidenten Jürgen Hosse, den Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsamtes, Dr. Arnold Wattler, sowie Repräsentanten des Rates und der Verwaltung der Stadt Köln, der Kreisverwaltungen des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Erftkreises, des Regierungspräsidenten Köln, hohe kirchliche Würdenträger sowie Vertreter der befreundeten Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH, DLRG, THW und Feuerwehr begrüßen.

Marohl führte in seiner Ansprache aus, nicht um eine Katastrophe herbeizureden oder herbeizurufen sei der Malteser-Hilfsdienst – wie auch die anderen Hilfsorganisationen – angetreten, sondern um dem Menschen zu dienen, ihm zu helfen, zu schützen und beizustehen in Not, Krisen- und Katastrophensituationen. „Ich bin froh, daß diese Veranstaltung ein so großes Echo in der Öffentlichkeit gefunden hat. Es

Der Geschäftsführer des MHD-Ortsverbandes Köln, Brück (links), erläutert Staatssekretär Dr. Waffenschmidt die Ausrüstung des MHD. Rechts: MHD-Stadtbeauftragter Marohl.



### Mit Helferreserve Leistungsstärke verbessern

Mario Nowak, Landesgeschäftsführer des MHD in Nordrhein-Westfalen, zeigte die einzelnen Stationen der zwanzigjährigen Mitarbeit des MHD im Zivil- und Katastrophenschutz auf. Bezogen auf die heutige Situation stellte Nowak fest, daß der Aufstellungsstand des erweiterten Katastrophenschutzes nicht wesentlich über die Planung des Jahres 1968 hinausgekommen sei. Auch die Absicht, das bestehende

Katastrophenschutzgesetz zu ändern, würde zu keiner grundlegenden organisatorischen sowie finanziellen Verbesserung und zu keiner höheren Effizienz führen. Vielmehr könnten mit organisatorischen und administrativen Maßnahmen, gegebenenfalls durch Änderungen von Einzelbestimmungen innerhalb des bestehenden Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, nicht unwesentliche Verbesserungen der Gesamtsituation des Zivil- und Katastrophenschutzes erreicht werden.

Dazu zählte Nowak die unmittelbare Zuweisung der Mittel des Bundes an die Träger der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, die Neubeschaffung der Ausstattung, ausgerichtet auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Organisationen, eine komplette Arztausstattung für die entsprechenden Einheiten des Sanitätsdienstes sowie die Sicherstellung des Personalbedarfs für den Zivil- und Katastrophenschutz. Nur durch eine Reservebildung sei die Leistungsstärke des Katastrophenschutzes bei längerfristigen Einsätzen zu gewährleisten. Derzeit verfügten die Einheiten nur über eine Einfachbesetzung. Die Bildung einer Zwei- oder Dreifachbesetzung jeder Einheit würde u. a. zu einer besseren und wirtschaftlicheren Ausnutzung der Geräte- und Fahrzeugausstattung der Einheiten führen.

### Gegen den Vorwurf der „verdeckten Kriegsvorbereitung“

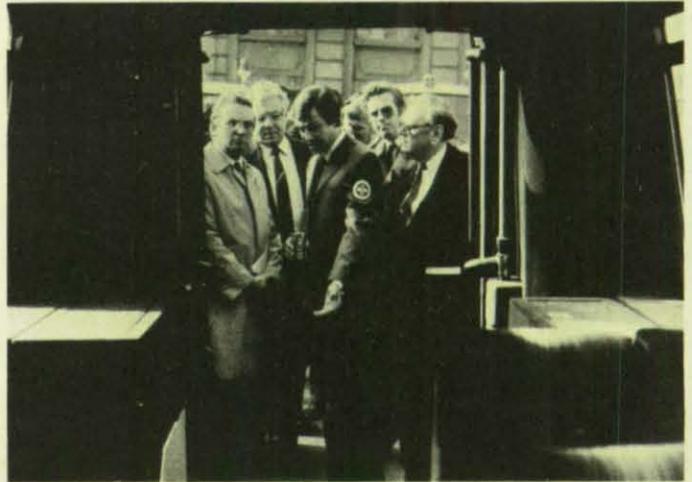
Im weiteren Verlauf seiner Rede verwies Nowak auf die auffällige Parallele zwischen den heftigen politischen Auseinandersetzungen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich um die von der damaligen Bundesregierung vorgelegte Notstandsgesetzgebung und den heutigen Streit um den Sinn des Zivilschutzes.

„Vor dem Hintergrund eines gigantischen Wett- und Aufrüstens und der damit verbundenen Sorge um den Frieden, die ein jeder von uns teilt, suchen auch extreme Gruppierungen den Sinn der humanitären Hilfe in Frage zu stellen. Nicht nur den Regierenden wird Kriegstreiberei vorgeworfen, auch den Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen wirft man verdeckte Kriegsvorbereitung vor. Und es gehört auch zu der Geschichte des Zivilschutzes in dieser Stadt Köln, daß hier auf der Kölner Domplatte sich im Katastrophenschutz verpflichtete Helfer in die Reihe von Wehrpflichtigen einreihen, die ihren Wehrpaß demonstrativ abgaben, um ihrerseits die Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz aus ‚Gewissensgründen‘ zu widerrufen.“

JUH-Kreisgeschäftsführer Doerr (Mitte) erklärt Staatssekretär Dr. Waffenschmidt (links) und Oberbürgermeister Burger (rechts) die Ausstattung eines 24-Stunden-Lazarett mit 60 Betten.



Der ASB zeigt unter anderem einen Spezialbus zum Transport von Behinderten.



Etwas skeptisch probieren Oberbürgermeister Burger (links) und Staatssekretär Dr. Waffenschmidt ein Glas Milch aus der sogenannten Fahrbaren Milchkuh des DRK.



### Klare Aussage zur Mitwirkung im Zivilschutz

Und wenn bestimmte Ärzteguppen für sich in Anspruch nehmen, sie seien gegen den Atomkrieg, so sei hier selbstverständlich festgestellt, daß wir alle gegen Krieg und Gewalt eintreten. Auch die Mitglieder der Hilfsorganisationen, hier des Malteser-Hilfsdienstes, lehnen Krieg und jede Art offensiver Kriegsvorbereitung ab. Es ist nicht Sache des MHD, aus der Lagebeurteilung politische Folgen zu ziehen. Jedoch hat der MHD als katholische Hilfsorganisation und als nationale Hilfsgesellschaft im

Sinne der Genfer Konvention zur Frage seiner Mitwirkung im Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland eine klare Aussage zu machen. Der MHD hat diese Frage anlässlich seiner 23. Delegiertenversammlung im März 1982 in Bremen diskutiert und in einer Resolution als erste bundesdeutsche Hilfsorganisation zu diesem angeschnittenen Problemkreis ganz eindeutig Stellung bezogen.

Im Ergebnis kommt die Resolution zu folgender Aussage:

● Der MHD sieht die innere Legitimation des Zivilschutzes in dem Tatbestand, daß

die potentielle Gefahr eines auch die Bundesrepublik Deutschland treffenden Krieges nicht ausgeschlossen werden kann. Ein Staat handelt richtig und verantwortungsbewußt, wenn er zum vorsorglichen Schutz der Zivilbevölkerung die notwendigen Schritte unternimmt. Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland bislang unzureichend geschehen.

● Der MHD sieht die Berechtigung seiner Mitwirkung im Zivilschutz sowohl in den geistigen Grundlagen seines Auftrages als auch in seiner Mitverantwortung für das Gemeinwohl verankert.

● Der MHD erkennt den Sinn seiner Mitwirkung darin, daß eine Hilfsvorsorge umsonst, aber niemals falsch sein kann. Niemand ist in der Lage, die Schadenswirkung jedweden Krieges im voraus genau zu bestimmen. Folglich ist auch niemand befugt, mit Gewißheit jede Möglichkeit von Hilfeleistungen bei atomaren, biologischen oder chemischen Katastrophen in Abrede zu stellen. Deshalb wäre eine mit angeblicher Sinnlosigkeit begründete Unterlassung von Maßnahmen der Hilfsvorsorge unverantwortlich, unchristlich und zutiefst inhuman. Darum ist der MHD gewillt, seinen Beitrag im Zivilschutz zu leisten.

● Der MHD versteht deshalb seinen Auftrag als eine Verpflichtung, die zu jeder Zeit an jedem Ort und in jeder Lage besteht, solange menschlicher Not mit menschlicher Hilfe begegnet werden kann. Sie erstreckt sich somit auch auf seine erklärte Bereitschaft zur Mitwirkung an den humanitären Maßnahmen des Zivilschutzes, wie der Aufstellung aktiver Einheiten, wenn die Maßnahmen rechtzeitig und mit den geistigen Grundlagen sowie mit der Satzung des MHD zu vereinbaren sind.

● Die Mitglieder der MHD gehören ihm aus freiem Willen an, und ihre Mitarbeit im Zivilschutz unterliegt ebenso ihrem freien Entscheid. Der MHD ist jedem dankbar, der in einer Zivilschutzeinheit als Arzt, als Schwesternhelferin, als Helfer oder in sonstiger Funktion den Auftrag des MHD erfüllt.

Heute wie vor 20 Jahren will der Malteser-Hilfsdienst durch seine Mitglieder

– den Glaubensauftrag der Nächstenliebe erfüllen,

– den fast 900jährigen Auftrag des Malteser-Ordens ‚Wahrung des Glaubens und Hilfe den Bedürftigen‘ erfüllen,

– den Caritas-Auftrag der Kirche, den Dienst am Menschen inmitten jeder Wirklichkeit erfüllen,

– aber auch den staatsbürgerlichen Auftrag erfüllen, dem Gemeinwohl nach besten Kräften zu dienen.“

### Freiwillige Helfer sind tragende Säule des Hilfeleistungssystems

Den Festvortrag hielt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt. Er überbrachte den Helfern des Malteser-Hilfsdienstes den Dank der Bundesregierung für die Leistungen, die sie in den vergangenen Jahren für die Mitbürger erbracht haben. Die Einsatzgruppen des Malteser-Hilfsdienstes würden nicht nur im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder mitwirken, betonte Dr. Waffenschmidt, als anerkannte Einrichtung leisteten sie auch einen bedeutenden Beitrag zum erweiterten Katastrophenschutz des Bundes.

Der Staatssekretär führte u. a. weiter aus: „Dr. Adenauer hat als damaliger Oberstadtdirektor von Köln im November 1963 erstmals Helfer des Malteser-Hilfsdienstes in Köln für den Katastrophenschutz im Verteidigungsfall durch Handschlag verpflichtet. Es wurde damit die enge Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den humanitären Hilfsorganisationen auf dem Gebiet des Zivilschutzes in symbolischer Weise bekräftigt.“

Mittlerweile sind die humanitären Hilfsorganisationen mit ihren über 1,3 Millionen Helfern zu der tragenden Säule unseres

Hilfeleistungssystems für den Frieden und den Verteidigungsfall geworden. In keinem anderen Staat wirken Hilfsorganisationen in diesem Umfang bei der Erfüllung gemeinnütziger öffentlicher Aufgaben im Katastrophen- und Zivilschutz mit.

Die Hilfsorganisationen haben die Entscheidung des Staates, keine große staatliche Organisation aufzubauen, sondern diese gesellschaftlich so wichtige Aufgabe privaten Organisationen zu übertragen, in den vergangenen 20 Jahren voll mitgetragen und durch ihre Einsatzbereitschaft in die Wirklichkeit umgesetzt. Sie haben bei zahlreichen Einsätzen anlässlich von Schadensereignissen und Katastrophen in der Bundesrepublik ihre Leistungsstärke und ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt.

### „Der Idealismus ist von hoher gesellschaftlicher Relevanz“

Ich erinnere an die Naturkatastrophen der letzten Jahre. Darüber hinaus haben die Hilfsorganisationen bei ihren erfolgreichen Einsätzen im Ausland dem Ansehen der Bundesrepublik große Dienste erwiesen. Die uneigennützig Mitwirkungsbereitschaft und der Idealismus der vielen freiwilligen Helfer sind zugleich von hoher gesellschaftlicher Relevanz. In einer Zeit, in der überzogenes Anspruchsdenken und nachlassende Leistungsbereitschaft Anlaß zur Besorgnis geben, können die Grundsätze der Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit, der Subsidiarität und Mitverantwortung nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden. Die humanitären Organisationen geben ein Vorbild dafür, wie man diese Prinzipien mit Leben erfüllen kann, geben ein Beispiel – auch für andere gesellschaftliche Bereiche – dafür, daß viele unserer Bürger bereit sind, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und dafür auch persönliche Opfer zu bringen.

Durchschnittlich sind es hundert Dienststunden im Jahr – und diese Tatsache ist viel zu wenig bekannt –, die die freiwilligen



Das Licht des THW läßt Staatssekretär Dr. Waffenschmidt bei seinem Rundgang leuchten.



Ausführlich informiert sich der Staatssekretär auch bei der Berufsfeuerwehr Köln.

Insbesondere für die Technik interessieren sich die Besucher.



Helfer aufwenden, um sich für den Katastrophenschutz und den Zivilschutz ausbilden zu lassen, die Einsätze bei der realen Gefahrenabwehr nicht einmal eingerechnet.

Wenn der Staat diese Dienststunden zu bezahlen hätte – dies sollte auch einmal herausgestellt werden –, müßte er mehrere hundert Millionen Mark dafür aufbringen. Die freiwilligen Helfer entlasten also die öffentliche Hand von diesen beträchtlichen finanziellen Aufwendungen. Dies ist dem freiwilligen Einsatz der vielen Helfer zu verdanken...

### „Das Ziel heißt Konsolidierung“

Die Bundesregierung räumt der Verbesserung der Einsatzqualität der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes einen hohen Stellenwert ein. Im Katastrophenschutz heißt das Ziel Konsolidierung der Ausstattung vorhandener Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes auf der Grundlage des vom Bundessicherheitsrat am 19. Juni 1980 gebilligten Konsolidierungsprogramms.

Das Konsolidierungsprogramm umfaßt die Schließung der Ausstattungslücken und die Ersatzbeschaffung der aufgestellten Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes einschließlich der persönlichen Ausstattung der Helfer in Stärke von rund 150000. Dazu sind nach dem Preisstand von 1980 rund 1,1 Mrd. DM bis 1990 erforderlich. Wir wollen zusehen, daß Vielfältiges früher geschieht.

Beschafft werden insgesamt rund 10000 neue Fahrzeuge und Fachdienstausstattung. In den Jahren 1980 bis 1982 betrug die Zahl der ausgelieferten Fahrzeuge über 3600. Im Jahre 1983 werden voraussichtlich über 1000 weitere neue Fahrzeuge ausgeliefert; für 1984 ist eine Beschaffung in entsprechender Größenordnung für den erweiterten Katastrophenschutz vorgesehen...

### „Verbesserungen nur Schritt für Schritt“

Wenn wir auch im Laufe der Zeit vieles tun konnten, so darf nicht verkannt werden, daß die Finanzkraft des Staates nicht ausreicht, die finanziellen Erwartungen und Vorstellungen der Hilfsorganisationen in vollem Umfang zu erfüllen. Wir dürfen die Realitäten nicht aus dem Blick verlieren. Das fachlich Notwendige muß mit dem finanziell Möglichen in Einklang gebracht werden. Das zwingt zu manchmal schmerzhaften Kompromissen. Die Einsicht dafür muß ich vor allem von jenen Bürgern erwarten können, die sich dem Staat aus freiem Entschluß für die Erfüllung humanitärer und öffentlicher Aufgaben zur Verfügung stellen. Wir müssen uns klar darüber sein – und ich rechne hier mit Ihrem Verstand –, daß der Staat in schwierigen wirtschaftlichen Situationen nur Schritt für Schritt Verbesserungen ansteuern kann.

Die weitere Entwicklung des Zivilschutzes hängt jedoch nicht allein von der finanziellen Lage ab. Ich nenne hier nur zwei Stichworte, zu denen ich mich kurz äußern möchte:

- die Fortentwicklung des Zivilschutzrechtes sowie
- die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen und den Ländern und Gemeinden.

### Gesetzentwurf geht von der Partnerschaft aus

Zunächst ein paar Worte zum Zivilschutzrecht. Ein wichtiger Schwerpunkt, den sich die Bundesregierung gesetzt hat, ist die Vereinfachung und Fortentwicklung des Zivilschutzrechts. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes beim Deutschen Bundestag einbringen. Mit dem Gesetzentwurf möchten wir eine Vereinfachung und bessere Transparenz der Zivilschutzgesetzgebung erreichen. Bei den

Vorarbeiten sind die Hilfsorganisationen beteiligt. Intensive Vorgespräche haben schon stattgefunden und werden fortgeführt.

Der von uns geplante Gesetzentwurf geht von einer Partnerschaft des Staates, jedes einzelnen Bürgers und der humanitären Hilfsorganisationen aus. Dem Bund obliegen zwar die Gesetzgebung und die Gesamtplanung im Bereich des Zivilschutzes, für die Durchführung der Zivilschutzmaßnahmen sind aber ganz überwiegend die Länder und Gemeinden zuständig. Sie haben damit eine entscheidende Mitverantwortung für den Zivilschutz. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Zivilschutzsystems ist daher eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Stellen in Bund, Ländern, Gemeinden und humanitären Organisationen...

Auch die Arbeit für den Zivilschutz ist Friedensdienst, und Zivilschutz ist bei uns wie in anderen Ländern Bestandteil einer Politik aktiver Friedenssicherung.

Sie, meine Damen und Herren, haben entscheidende Aufgaben im Katastrophen- und Zivilschutz zu erfüllen. Man kann es nicht oft genug betonen: Die Gesellschaft – wir alle – sind auf Sie angewiesen. Ich bringe Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung entgegen für Ihren Beitrag zu unserer bisherigen zwanzigjährigen Zusammenarbeit. Erfolg und Anerkennung mögen auch Ihre künftige Arbeit begleiten“, schloß Dr. Waffenschmidt seine Ausführungen.

### Beeindruckende Fahrzeug- und Geräteschau

Im Anschluß an die Festveranstaltung besuchten die Gäste die große Fahrzeug- und Geräteschau aller im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Schon in den frühen Morgenstunden hatten die Organisationen ihre Stationen aufgebaut. Bei strahlendem Sonnenschein präsentierten ASB, DRK, JUH, MHD, DLRG, Feuerwehr und das THW ihre umfangreiche Ausrüstung.

Viele Bürger nahmen an diesem verkaufsoffenen Samstag die Gelegenheit wahr und ließen sich von den Helfern die technischen Details der Fahrzeuge und Geräte erklären. Die Hälse reckten sich, wenn die Berufsfeuerwehr ihre 30-Meter-Drehleiter ausfuhr. Manch einer hätte sich gerne den nahen Dom aus luftiger Höhe angesehen. Dies war aber aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Möglich war es der Bevölkerung aber, sich einen Eindruck zu verschaffen, was die Hilfsorganisationen zu ihrem Schutze vorhalten.

Dorothee Boeken / Fotos: Günter Sers

Aus 230 Metern Holz, 900 Hutmuttern und in rund tausend Arbeitsstunden baute die Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Stolberg ein Spielgerät

## Die Kinder erstürmten das Fort im Nu

Die Junghelfer ernteten viel Dank und Anerkennung für ihre gute Tat

„Mit großem Hallo und Begeisterung haben unsere Kinder das neue Fort in Besitz genommen“ – Auszug aus einem Dankschreiben, das jüngst beim Technischen Hilfswerk, Ortsverband Stolberg bei Aachen, zu Händen von Jugendgruppenleiter Ralf Flöhr eintraf. Der Grund für den Dank und die Anerkennung steht auf dem Gelände des Katholischen Kindergartens St. Marien in Eschweiler: ein drei mal drei Meter großes Fort, in und auf dem sich die Kleinen nun tummeln können. Das Fort wurde von der Stolberger THW-Jugendgruppe gebaut.

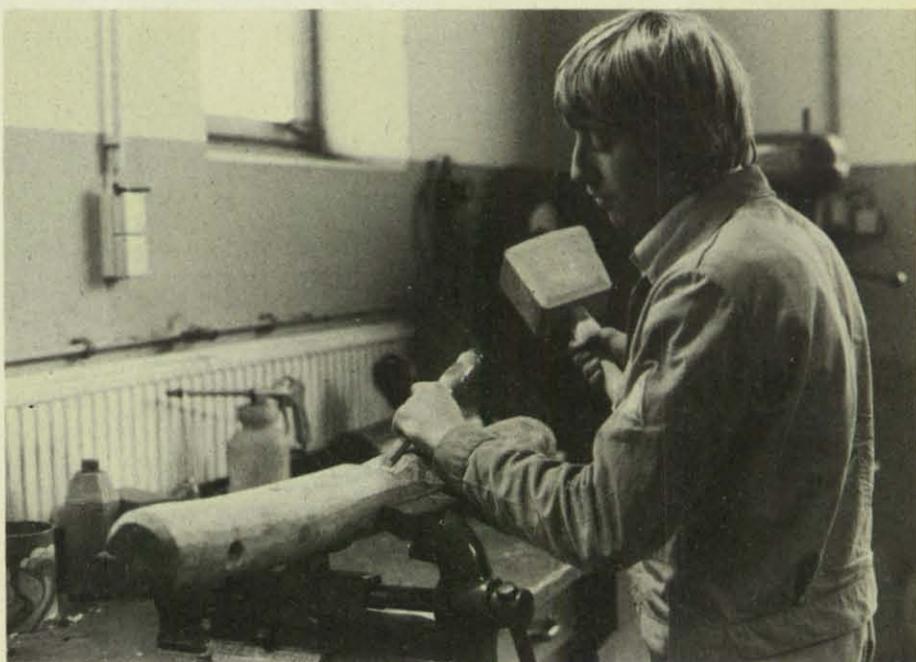
### Von der Idee zur ersten Grobzeichnung

Es war vor einem Jahr, als die neun Jugendlichen im insgesamt 107 Helfer umfassenden THW-Ortsverband Stolberg vom Kindergarten im Nachbarort erfahren hatten, daß ein schönes Spielgerät gesucht wurde. Ralf Flöhr überlegte mit den Jungen, die zwischen 14 und 17 Jahre alt sind, was man unternehmen könnte. So starteten sie gemeinsame Fahrten zu Kinderspielflächen, um sich dort Anregungen zu holen. Während die Jungen erste Vorschläge für Spielgeräte machten, hatte Ralf Flöhr den Ausbildungsaspekt schon fest im Auge: „Das war eine Sache, bei der die Jugendlichen über den ideellen Charakter hinaus sehr viel lernen konnten.“

Bei ihrer Rundreise entdeckten die Jungen dann auch etliche Mängel an den Spielgeräten. Sie kamen deshalb zum Entschluß, vier Punkte bei ihrem Gerätebau besonders zu berücksichtigen:

- Es soll nichts genagelt werden, weil Nägel aus dem arbeitenden Holz herauswandern können.
- Das Holz soll druckimprägniert sein, um seine Beständigkeit zu halten.
- Das Holz soll maschinell geschält sein.
- Das Holz soll nicht mit dem Erdreich in Berührung kommen.

Manfred, Frank, Michael, Jürgen, Ingo, Alexander, Karl-Heinz, Horst und Boris waren ganz bei der Sache. Als sich schließlich die Idee, ein Fort zu bauen, durchzusetzen



Oben: Allmählich laufen die Arbeiten an. Hier lernen die Jugendlichen auch den Umgang mit dem Stechbeitel.



Rechts: Die Gewindestangen müssen zunächst auf Länge gesägt und dann verzinkt werden.



Jugendgruppenleiter Ralf Flöhr (links) zeigt den Gebrauch des Holzbohrers.

schien, legte Boris (17) für die erste Planung schon eine Grobzeichnung vor. Nun konnten sich die Jugendlichen schon eine Vorstellung machen von dem, was sie bauen wollten.

### 230 Meter Holz und 900 Hutmuttern

Zunächst traf sich die Jugendgruppe im Turnus von 14 Tagen, doch „schon bald“,

so erklärt Ralf Flöhr, „wurden Sonderausbildungstage über das normale Soll hinaus eingelegt“. Und die Begeisterung bei den neun Junghelfern wuchs, wenn sie sich in der THW-Unterkunft, der alten Feuerwache in Stolberg, einfanden.

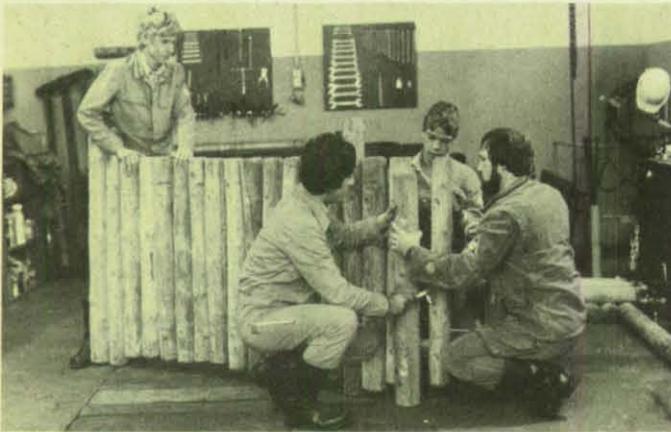
Mittlerweile war es Frühjahr 1983. Die Planungen waren ausgefeilt, 230 laufende Meter Holz hatte der Kindergarten anliefern lassen, darüber hinaus lagen 900 Hutmuttern, 900 Unterlegscheiben und rund hundert laufende Meter Gewindestangen auf Lager. Da gab es eine Menge zu tun!



Erste Feinarbeiten: Es wird gefeilt, wo Späne am Holz überstehen.

### Umgang mit Holz und mit Metall

Jugendgruppenleiter Ralf Flöhr hatte auch schon feste Vorstellungen von den Ausbildungszielen, die bei diesem Projekt neben der ideellen Motivation auch eine große Rolle spielen: „Die Jugendlichen sollten lernen, mit Holz und – begrenzt – auch mit Metall umzugehen. Sie sollten das genaue Messen erlernen und die Zusammenhänge von Konstruktionen erkennen. Darüber hinaus sollten die Jungen firm werden im



Paßt das Rundholz? Die Jugendlichen arbeiten exakt.



Der Turm des Forts wird hochgehievt.



Mit der Wasserwaage kontrollieren die Jugendlichen das Fort.



Letzte Stellen am Holz werden geglättet und imprägniert.



Mit kräftiger Puste werden Feilreste weggeht.



Jetzt wird am Eingang zum Fort gebaut.



Das hölzerne Spiegelgerät nimmt schon Formen an. Daß der Turm schon standfest ist, darf auch ausprobiert werden.



Die Freude wächst: Bald ist es geschafft!

Umgang mit den Werkzeugen und im Able- sen von Detailplänen.“ Da hatte sich der Jugendgruppenleiter einiges vorgenom- men. Doch um das Ergebnis vorwegzu- nehmen: Die Ausbildungsziele konnten er- reicht werden, und einmütig erklärten die Jungen nach getaner Arbeit: „Wir haben viel gelernt.“

## Neun Jungen und tausend Arbeitsstunden

Weil die THW-Jugendgruppe geplant hatte, das Fort so zu bauen, daß es zum einen später problemlos zu versetzen, zum anderen auch zu erweitern ist, beschloß sie, das Fort in wenige, aber transportable Bau- teile zu unterteilen. Die Bausätze sollten später zusammengesetzt werden. Bis da- hin war aber noch ein langer Weg: Es mußte eine Hilfskonstruktion erstellt wer- den, damit die mittlerweile auf Länge ge- schnittenen Rundhölzer bei der Verbin- dung mit der rückwärtigen Verstrebung nicht wegrollten; ein Meter lange Gewinde mußten auf Länge gesägt werden; es muß- te für eine einheitliche Bohrung an der Ansichtsfläche gesorgt und deshalb auch genau gemessen werden; die Gewinde- stangen wurden an den Schnittstellen neu verzinkt; das Abschmirlen und die Glät- tung des Holzes waren erforderlich; es wurden 450 Verbindungen hergestellt, statt Nägel immer wieder Schraubverbindungen vorgenommen; es wurde gearbeitet mit Holz- und Metallsägen, Stechbeitel, Ras- pel, Holzbohrer, Fräse, Feilen – „insge- samt“, so rechnet Ralf Flöhr grob zusam- men, „haben unsere Jugendlichen rund tausend Arbeitsstunden gemeinsam ver- bracht, um das Spiegelgerät fertigzustellen“.

## Erst ehrfürchtig und neugierig, dann gestürmt!

Die Grundfläche des Forts beträgt drei mal drei Meter, ein im Podest 1,40 Meter hoher Turm mit einer Innenfläche von 1,10 Meter mal 1,10 Meter ragt empor mit einer Brüs- tung von insgesamt 2,25 Meter. Vom Po- dest des Turms bis zum Brüstungsrand liegen noch 85 Zentimeter, so daß die Kinder sicher oben stehen können. „Die Höhe des Turmpodestes von 1,40 Meter haben wir aus Sicherheitsgründen gewählt, damit das Aufsichtspersonal im Zweifelsfall die Kinder noch greifen kann“, erläutert Ralf Flöhr.

Am 29. Oktober 1983 war es schließlich soweit: Nachdem das Fort schon einmal probeweise in der THW-Unterkunft zusam- mengesetzt worden war und sich Schwierigkeiten bei den Eckverbindungen erge- ben hatten, sollte das hölzerne Spiegelgerät

nun auf dem Gelände des Kindergartens St. Marien in Eschweiler „enthüllt“ werden.

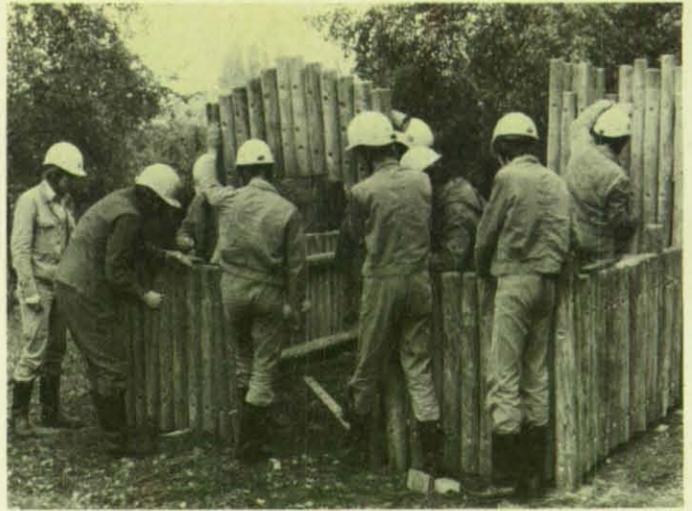
„Wegen der intensiven Vorbereitung konnten die Jugendlichen jetzt fast alles alleine machen“, lobte der Jugendgruppenleiter. Das Fort wurde auf Stützen auf im Rasen eingelassene Platten gestellt.

Die Kleinen des Kindergartens betrachteten „ihr“ neues Spielgerät mit Ehrfurcht, dann mit Neugier. Waren sie erst noch abwartend, so erstürmten sie bald in Windeseile das Fort, schauten in alle Winkel und durch alle Fenster, kletterten auf den Turm und wieder hinunter, bedankten sich durch ihre Freude bei den THW-Jugendlichen. „Manchem Jugendlichen schwoll das Herz in der Brust“, erzählt Ralf Flöhr. Ihm sagten die neun Jungen später auch, was sie von der Sache gehalten haben: Von einem stöhnenden „viel Arbeit“ oder einer „komplizierten Fummelei“ bis hin zum „lehrreich“ und „kameradschaftsfördernd“. Die „gute Tat“ wurde von allen gerne übernommen, und einer der neun formuliert seine Eindrücke in einem knappen, aber ehrlichen „Hat was gebracht“.

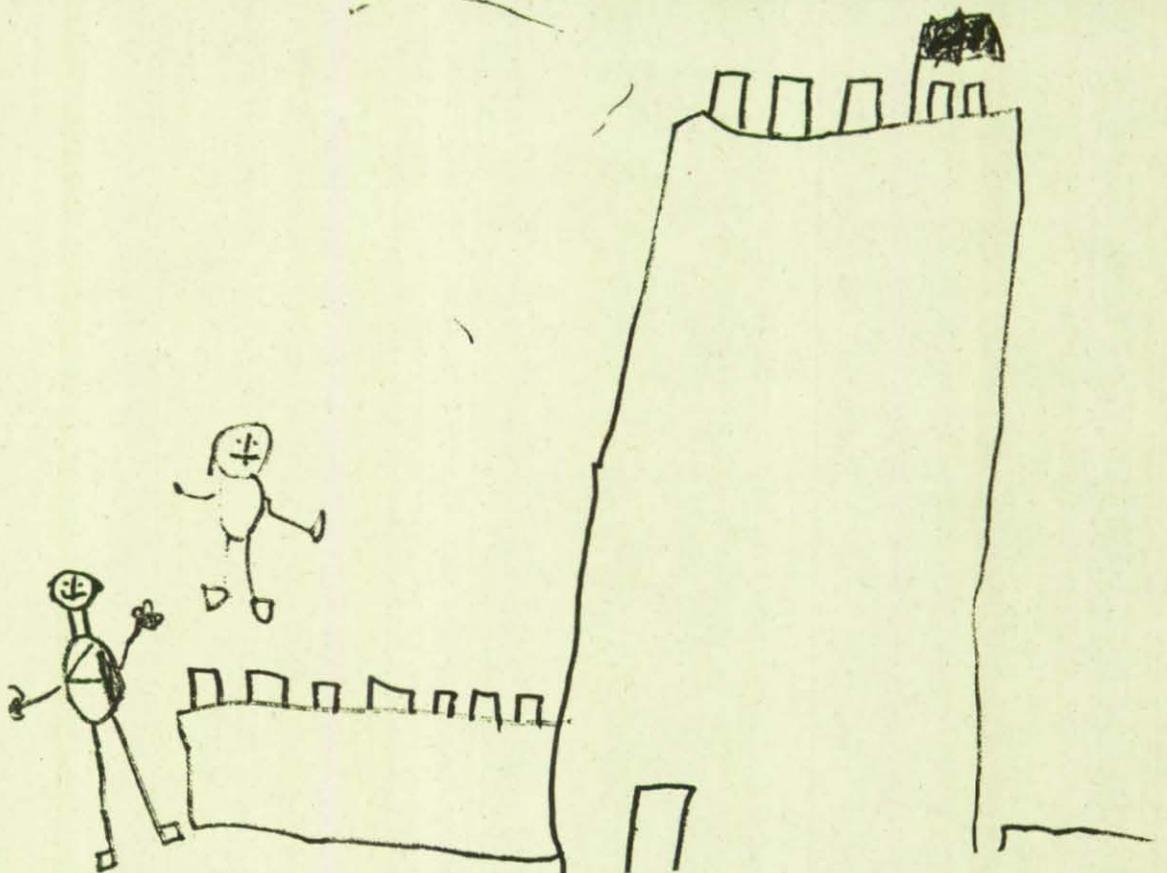
Gebracht hat den Jugendlichen auch einige Tage später der Postbote den eingangs erwähnten Brief. Dank der Kinder, Anerkennung der Kindergartenleiterin und des Pastors wurden den Jungen schriftlich ausgesprochen. Und die Kleinen bedankten sich auf ihre Weise: Sie legten Blätter bei, auf denen sie mit Farbstift gemalt hatten, wie sie mit, in und auf ihrem neuen Fort spielen.

Eine der vielen Zeichnungen, die die Kleinen zum Dank an die THW-Jugendgruppe geschickt haben, zeigt, wie sich die Kinder das Spiel mit dem Fort vorstellen.

Die Bausätze werden zusammengepaßt. Jetzt werden sich die genauen Messungen bewähren.



Fröhliche, zufriedene Gesichter bei den Kindern und Jugendlichen: Das Fort ist fertig.



Wolfgang Schembera und Monika Kächler, Landratsamt Neu-Ulm  
Vollübung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn

# Nach 15jähriger Lagerzeit: Einwandfreier Zustand

Entsprechende Pläne sorgten für reibungslose Inbetriebnahme in überraschend kurzer Zeit

Zur Vorbereitung auf eine Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn (Landkreis Neu-Ulm) und auf eine Katastrophenschutz-Vollübung im September 1983 wurden von Politikern und Fachreferenten Vorträge u. a. über die Gesundheitsverwaltung und das Hilfskrankenhaus Weißenhorn gehalten. Mit diesen Vorträgen befaßte sich das „Zivilschutz-Magazin“ bereits in seiner vorigen Ausgabe. Im folgenden wird nun die Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn erläutert und ihr Verlauf beschrieben.

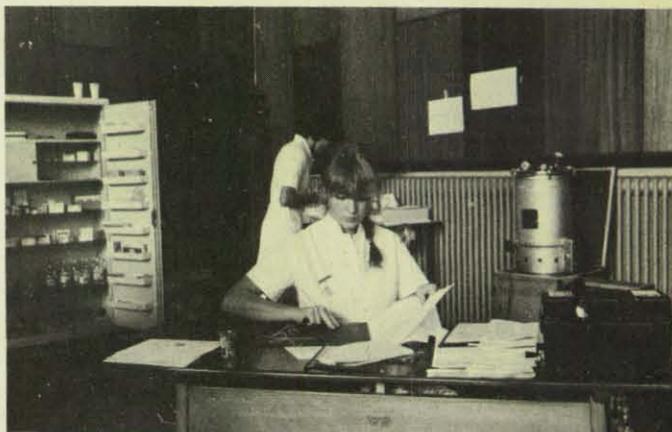
## Wirksame Hilfe – kein Zufall

Gedanken an Krieg und Katastrophen werden von vielen Menschen oft verdrängt. Zivil- und Katastrophenschutz sind jedoch unerläßliche humanitäre Aufgaben. Für Katastrophen, schwere Unglücksfälle jeglicher Art, aber auch für den hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfall, müssen die notwendigen Vorsorgemaßnahmen getroffen werden, die zur Bekämpfung von Gefahren und Schäden erforderlich sind und die ein Überleben der Bevölkerung ermöglichen sollen.

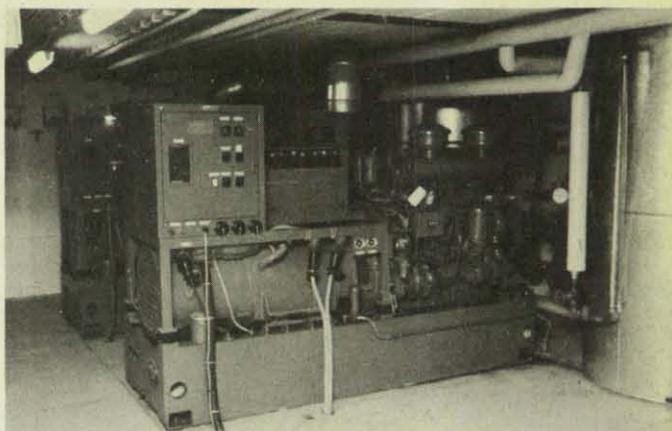
Im Landkreis Neu-Ulm sind drei Hilfskrankenhäuser, von denen das teilgeschützte Hilfskrankenhaus Weißenhorn im Claretinerkolleg Weißenhorn untergebracht ist. Es ist für die Versorgung von 400 Patienten vorgesehen. Nur ca. 200 m entfernt liegt als Stammkrankenhaus das 100 Betten umfassende Krankenhaus der Kreisspitalstiftung Weißenhorn.

Bereits im Jahre 1980 wurde vom Chefarzt des Kreisspitalstiftungskrankenhauses Weißenhorn der Wunsch geäußert, in einer Vollübung die Funktionsfähigkeit des Hilfskrankenhauses zu überprüfen. Nach Zustimmung und Mittelbereitstellung durch den Bundesminister des Innern wurde im Januar 1983 mit den Vorbereitungen zur übungsmäßigen Inbetriebnahme des Hilfskrankenhauses Weißenhorn begonnen. Die bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und des Innern sowie die Regierung von Schwaben gaben die Konzeption der Übung vor und wirkten beratend mit.

Die „Stationsecke“  
in der Turnhalle.



Die Notstromaggregate  
waren betriebsbereit.



Um den Betrieb im Hilfskrankenhaus Weißenhorn realistisch darstellen zu können, mußte die Einlieferung einer größeren Zahl von Verletztendarstellern sichergestellt werden. Es wurde daher die Übung im Hilfskrankenhaus mit einer Katastrophenschutz-Vollübung verbunden.

## Übungsziele

Mit der Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn wurden folgende Ziele verfolgt:

- Erproben der Konzeption des Freistaates Bayern zur Aktivierung des Hilfskrankenhauses in einem Krisenfall;
- Erproben des Funktionsablaufes sowie der Zusammenarbeit des Personals (Sanitätspersonal, Ärzte, Pflegepersonal);
- Probelauf der technischen Anlagen des Hilfskrankenhauses während der Vor-

übung vom 29. August bis 2. September 1983 unter möglicher Vollast und Betreiben der technischen Anlagen durch das Fachpersonal des Stammkrankenhauses während der Hauptübung am 3. September 1983.

Die Katastrophenschutzübung sollte dazu dienen:

- die Bewältigung eines Katastrophenfalles durch das in V-Organisation tätige Landratsamt zu erproben;
- den Arbeitsablauf innerhalb und zwischen der örtlichen Einsatzleitung und der Katastropheneinsatzleitung zu verbessern;
- die Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste unter einheitlicher Führung durch die örtliche Einsatzleitung und die Katastropheneinsatzleitung zu intensivieren.

## Übungsvorbereitungen

### Friedensmäßige Maßnahmen

Als erste Maßnahme für die Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn hat das Landratsamt mit dem Verwalter, den Ärzten und Pflegekräften des Stammkrankenhauses allgemeinverständliche Pläne für die Inbetriebnahme des Hilfskrankenhauses und den laufenden Betrieb des Stamm- und des Hilfskrankenhauses erarbeitet.

### Spezielle Übungsvorbereitungen

Ende August 1983 wurden im Hilfskrankenhaus die für die Übung benötigten Räume eingerichtet. Im geschützten Funktionsteil wurden zwei OP-Räume mit den dazugehörigen Vorbereitungsräumen und ein Aufnahme-, Röntgen- und Laborraum ausgestattet. In der Turnhalle über den Schulräumen des Claretinerkollegs wurde jeweils eine Krankenstation aufgebaut.

Für das Einrichten der Funktionsräume mußten die eingelagerten, aber nicht benötigten Geräte sowie Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände aus den für die Übung vorgesehenen Räumen entfernt und umgelagert werden. Erst dann konnte mit dem Aufbau des ärztlichen Geräts begonnen werden. Die Einrichtung des Labors wurde vom Stammkrankenhaus gestellt, weil die notwendige Ausstattung vom Bund noch nicht bereitgehalten wird.

Beim Aufbau der Krankenstationen in den freigemachten Schulräumen und der durch Bettlaken abgeteilten Turnhalle ergaben sich keine Schwierigkeiten.

Zum Umlagern der Ausstattung wurden rund 15 Hilfskräfte (Dienstkräfte des kreiseigenen Bauhofs und des Stammkrankenhauses) eingesetzt. Die Einrichtung der Räume besorgten vor allem Schwestern und Pfleger des Stammkrankenhauses (etwa zehn Personen). Diese Arbeiten wurden nur stundenweise und zum größten Teil nach Feierabend durchgeführt und dauerten etwa vier Tage.

Die technischen Anlagen im Hilfskrankenhaus Weißenhorn wurden von den zuständigen Fachfirmen und dem Elektroingenieur der Kreiskrankenhausverwaltung überprüft. Dabei hat sich herausgestellt, daß die regelmäßig gewarteten Anlagen in Ordnung waren, während die Klima-Lüftungsanlage, für die wegen fehlender Ausgabemittel des Bundes kein Wartungsvertrag bestand, Mängel aufwies und repariert werden mußte. Die Reparatur war zwar kostenaufwendig, konnte jedoch innerhalb von zwei Tagen durchgeführt werden.

Für die Übung wurde im Claretinerkolleg zusätzlich ein Informationsstand mit Plänen, Übersichten und graphischen Darstellungen über Hilfskrankenhäuser im allgemeinen und das Hilfskrankenhaus Weißenhorn im besonderen aufgebaut.

## Vorübung

In der Zeit vom 29. August bis 2. September 1983 wurden im Hilfskrankenhaus das Zusammenwirken der Hilfskräfte und des Personals des Stammkrankenhauses sowie die Aufnahme und Behandlung von Patienten geprobt. Gleichzeitig liefen auch die technischen Anlagen (Lüftung, Heizung, Notstromanlage) unter möglicher Vollast.

### Übungslage

Für die Gesamtübung wurde folgende Lage angenommen:

„Am 22. August 1983 wird von der Bundesregierung der Spannungsfall festgestellt. Das Landratsamt Neu-Ulm wird am 26. August 1983 auf V-Organisation umgestellt. Gleichzeitig wird die Erreichbarkeit der Mitglieder des K-Stabes sichergestellt.

Die Stammkrankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm erweitern ihre Aufnahmekapazität. Aufgrund verschiedener Schadensereignisse sind sie weitgehendst voll belegt. Die Hilfskrankenhäuser in Illertissen, Vöhringen und Weißenhorn sind ab dem 28. August 1983 in Betrieb genommen.

Am Freitag, 2. September 1983, werden die Einheiten des Katastrophenschutzes in zentralen Bereitstellungsräumen zusammengezogen. Für das Landratsamt wird Teilbereitschaft angeordnet. Das Landratsamt wird angewiesen, 3000 Evakuierte aufzunehmen. Die Bettenkapazität der drei Hilfskrankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm ist zu 50 Prozent ausgelastet.“

## Vollübung

### Übungslage

„Am Samstag, 3. September 1983, 7.00 Uhr, wird wegen eines Brandes in Altenstadt vom Landrat vorsorglich die Katastro-

pheneinsatzleitung alarmiert. Sie ist ab 8.00 Uhr in den Einsatzräumen des Landratsamtes vollzählig zusammengetreten. Um 8.00 Uhr wird das Landratsamt angewiesen, weitere 3000 Evakuierte aufzunehmen.

Durch verschiedene Unglücksfälle sind die OP-Kapazitäten der drei Stammkrankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm und der beiden Hilfskrankenhäuser in Illertissen und Vöhringen weitgehend ausgeschöpft.

Gegen 9.00 Uhr kommt es in Weißenhorn zu einem Zusammenstoß zwischen einem Tankwagen, einem vollbesetzten Bus und einem Pkw. Der Bus kippt auf ein benachbartes Aufenthaltszelt für Bauarbeiter. Durch den Unfall kommt es zu einer Vielzahl von Verletzten.“

### Übungsablauf

Für die Katastrophenschutzübung wurde der angenommene Unfall vor Ort realistisch dargestellt. Aus dem Tankwagen lief brennendes Benzin (in diesem Fall natürlich nur Wasser) die abschüssige Straße hinunter und floß in die Kanalisation der Stadt Weißenhorn. In dem umgestürzten Bus waren ca. 40 Verletzte eingeschlossen. Auch im Bauzelt und im PKW gab es Verletzte. Auf dem beschädigten Baugerüst riefen einige – offensichtlich unter Schock stehende – Arbeiter um Hilfe, da sie nicht mehr von dem Gerüst herabsteigen konnten. Die Verletztendarsteller waren vom BRK täuschend echt geschminkt worden.

Die Polizeiinspektion (PI) Weißenhorn, die als erstes am Schadensort war, alarmierte die Freiwillige Feuerwehr Weißenhorn, das Technische Hilfswerk, Ortsverband Neu-Ulm, die Rettungsleitstelle Krumbach, das Landratsamt Neu-Ulm und die Einsatzzentrale der Feuerwehr in Senden. Nach wenigen Minuten waren die ersten Hilfskräfte an



Tankzug und Pkw am Schadensort.

der Unfallstelle. Die Feuerwehr begann sofort, den Brand des auslaufenden Benzins mit Schaummitteln zu löschen. Gleichzeitig trennten Feuerwehrleute das Dach des auf die Seite umgestürzten Busses mit der Rettungsschere ab, um die eingeschlossenen Personen zu befreien. Kurze Zeit später wurden sie dabei vom THW, Ortsverband Neu-Ulm, unterstützt. Die Freiwillige Feuerwehr Senden rückte mit dem Trockentanklöschfahrzeug an und wirkte beim Löschen des brennenden Benzins mit. Die Arbeiter auf dem Baugerüst wurden vom THW aus ca. zehn Meter Höhe geborgen. Nachdem das Dach des Busses abgetrennt war, wurden die teilweise eingeklemmten Personen geborgen. Einige Bussinsassen wollten – unter Schock stehend – davonlaufen und mußten festgehalten werden.

Mit den eintreffenden Sanitätsfahrzeugen wurden die ersten Verletzten abtransportiert. Die im Einsatz befindliche Sanitätskolonne Weißenhorn und die nach und nach eintreffenden benachbarten Sanitätskolonnen richteten auf der nahegelegenen Wiese die Verletztensammelstelle und einen Verbandplatz ein. Das Rote Kreuz und eintreffende Notärzte führten die Erstversorgung der Verletzten durch. Die zehn im Einsatz befindlichen Fahrzeuge des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) wurden durch die Rettungsleitstelle Krumbach geführt. Sie lieferten ca. 25 Verletzte ins Hilfskrankenhaus Weißenhorn ein, die restlichen 25 Verletzten waren nach Übungsvorgabe in andere Krankenhäuser zu bringen.



Registrierung der „Verletzten“.

Das in V-Organisation tätige Landratsamt Neu-Ulm war gemäß der angeordneten Teilbereitschaft teilweise besetzt. Aufgrund des angenommenen Brandes in Altenstadt war zusätzlich die KEL ab 8.00 Uhr vollzählig in den Einsatzräumen zusammengetreten. Um 9.00 Uhr wurde das

Die „Verletzten“ werden im Hilfskrankenhaus angeliefert.



Landratsamt von der PI Weißenhorn über den Unfall in Weißenhorn informiert. Es wurde sofort die sich in einem naheliegenden Bereitstellungsraum befindliche Führungsgruppe TEL eingesetzt. Die örtliche Einsatzleitung wurde in der Hauptschule Weißenhorn gebildet. Neben der Führungsgruppe TEL wirkten Vertreter der Feuerwehr, des BRK und des THW in der örtlichen Einsatzleitung mit. Der Leiter der Führungsgruppe TEL wurde als örtlicher Einsatzleiter eingesetzt. Die Verständigung der TEL mit den eingesetzten Einheiten erfolgte über Funk im 2-m-Band. Die Verbindung zur KEL wurde per Telefon und Funk (4-m-Band) aufrechterhalten.

Inzwischen lieferten die Sanitäter bereits die ersten Verletzten in das ca. 600 Meter entfernte Hilfskrankenhaus Weißenhorn ein. Da das Hilfskrankenhaus nach der Übungsvorgabe zu 50 Prozent belegt war, wurden im Ambulanz-, Gips- und Röntgenraum sowie in den OPs bereits Patienten behandelt. Auch die eingerichteten zwei Krankenstationen waren schon zur Hälfte mit Patienten belegt.

Die Sanitäter trugen die Verletzten über die Rampe in die unterirdischen Funktionsräume. Der zuständige Arzt in der Aufnahme entschied, welche weitere Behandlung erfolgen mußte. Bei einem Teil genügte die ärztliche Versorgung in der Ambulanz oder im Gipsraum. Hierbei wurden Patienten auch tatsächlich eingegipst. Andere schickte man zunächst zum Röntgen. Schwerverletzte teilte das zuständige ärztliche Personal zur Operation auf die vorgesehenen vier OPs auf. Hiervon waren zwei eingerichtet, und es wurden auch einige Operationen sehr realistisch dargestellt. Die den übrigen zwei OPs zugeteilten Patienten hielten sich dort so lange auf, wie etwa die vorgesehene Operation gedauert hätte.

Nach der Behandlung im Funktionsteil wurden die Schwerverletzten von Trägern in die Krankenstation (Turnhalle) gebracht. Dort waren zehn Spezialkrankenbetten und 20 Stockbetten aufgestellt. Die leichter Verletzten trug man durch einen unterirdischen Gang in die zweite Krankenstation im Erdgeschoß des Claretinerkollegs. In einem Klassenzimmer waren Internatsbet-



Blick in den OP-Raum

ten des Claretinerkollegs und in dem anderen die für das Hilfskrankenhaus vorgesehenen Stockbetten aufgebaut. Als Pflegepersonal arbeiteten Schwestern und Pfleger des Stammkrankenhauses sowie Schwesternhelferinnen des BRK mit.



Krankentransport im Hilfskrankenhaus.



Versorgung im Gipsraum.



Die Krankenstation in der Turnhalle.



Auch der jüngste Verletztendarsteller wird sofort versorgt.



Zufriedene Gesichter gab es bei der Abschlußbesprechung. (Fotos: Hilberath)

Insgesamt wirkten ca. 600 Personen, davon 75 als Verletztendarsteller an der Übung mit. Im Hilfskrankenhaus selbst waren während der Hauptübung ca. 40 Kräfte tätig.

### Gästeprogramm

An der Übung nahmen ca. 250 Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Um die Arbeit, vor allem im Hilfskrankenhaus, nicht durch zu starken Gästeeandrang unmöglich zu machen, wurden Gästegruppen gebildet, die von Bediensteten des Landratsamtes am Schadensort und im Hilfskrankenhaus geführt wurden.

### „Tag der offenen Tür“ im Hilfskrankenhaus

Am Nachmittag wurde interessierten Bürgern die Möglichkeit gegeben, das Hilfskrankenhaus Weißenhorn zu besichtigen. Die Bürger haben hiervon regen Gebrauch gemacht und standen den Vorsorgemaßnahmen erstaunlich positiv gegenüber.

### Nach der Übung: Aufräumen

Am 5. September konnten in nur einem Arbeitstag die Krankenstationen im Claretinerkolleg und in der Turnhalle wieder abgebaut werden. Die Ausstattungsgegenstände wurden im Funktionsteil eingelagert. Die endgültige Verpackung der für die Übung benötigten Gegenstände und die abschließende Lagerung haben dagegen mehrere Tage in Anspruch genommen.

### Erste Ergebnisse

Die Übungen fanden bei den Teilnehmern und in der Presse großen Anklang. Die gesteckten Übungsziele konnten weitgehend erreicht werden.

Die Übung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn hat gezeigt, daß die ärztlichen Geräte und die Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände zwar einfach, aber durchaus brauchbar sind und sich trotz z. T. über 15jähriger Lagerzeit in einwandfreiem Zustand befinden.

Mit entsprechenden Plänen ist die Inbetriebnahme eines Hilfskrankenhauses in überraschend kurzer Zeit zu bewerkstelligen. Die Planungen lassen sich mit vertretbarem Arbeitsaufwand bewältigen.

Auch der für die Vorbereitung derartiger Übungen notwendige Arbeitsaufwand läßt sich in Grenzen halten, er ist voll vertretbar, da Übungen praktisch die einzige Gelegenheit bieten, das für den Betrieb eines Hilfskrankenhauses vorgesehene Personal unter simulierten Ernstfallbedingungen zu schulen.

Günter Sers

Brunnenbau-Lehrgänge an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya

## Bohren, rammen, spülen

Im Notfall viele Möglichkeiten zum Erschließen von Grundwasser – Eine Aufgabe der Gas/Wasser-Gruppe des THW-Instandsetzungsdienstes



Mit großem technischen Aufwand wird mit dem Maschinenbohrgerät ein Brunnen abgeteuft. Die Arbeit verlangt den ganzen Einsatz der Männer.



Knifflig ist die Bedienung des Öltriebsaggregats. Die Helfer werden vorher in die Handhabung eingewiesen.



Der Stauchbohrer kommt hoch, gefüllt mit Bohrgut und Wasser. Der Vorgang wiederholt sich stetig, bis die Grundwasserleiterschicht erreicht ist.

Ein starker Regenschauer prasselt nieder und verwandelt die Bohrstelle in einen einzigen Morast. Doch keiner der Helfer flüchtet, verbissen arbeiten sie weiter. Erst als die Regentropfen durch Hagelkörner abgelöst werden, unterbricht das Team die Arbeit, sucht Schutz in der nahegelegenen Lagerhalle.

Die aus den verschiedensten Ortsverbänden angereisten Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) haben einen Lehrgang „Brunnenbau“ an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, belegt. Ihr Lernziel steht fest: Sie sollen befähigt werden, durch Aufschlußbohrungen Grundwasser zu erschließen und Brunnen in den verschiedensten Ausführungsformen abzuteufen.

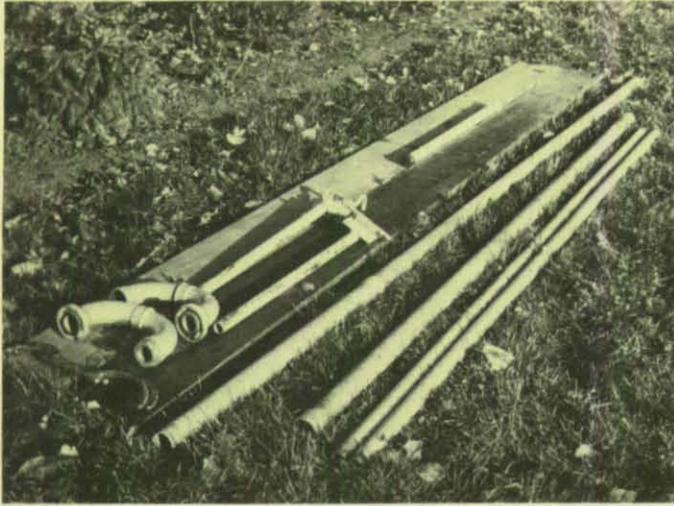
Die Aufgaben für den Instandsetzungsdienst des THW leiten sich aus der Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes (KatS-Organisation-Vwv) ab. Hier sind die Tätigkeiten festgelegt, und sie beinhalten unter anderem für die Gas/Wasser-Gruppe auch die Versorgung der Bevölkerung, der Notunterkünfte und Betreuungsstellen mit Trink- und Brauchwasser durch den Bau von Brunnen. Laut der Stärke und Ausrüstungsnachweisung (STAN) stehen dafür keine Brunnenbohrgeräte zur Verfügung. Im Bedarfsfall sind Geräte und Material zu beschaffen bzw. zu beordern.

### Von der Theorie in die Praxis

Diese und weitere theoretische Grundlagen haben die Lehrgangsteilnehmer schon am Vortage im Unterricht erfahren. Jetzt gilt es, sich das Können zu erarbeiten: Sechs Helfer sind nötig, um mit dem Maschinenbohrgerät im Dreh- und Schlagbohrverfahren einen Brunnen zu erstellen. Es ist harte Knochenarbeit und verlangt den ganzen Einsatz der Männer.

Mit einem relativ großen technischen Aufwand wird der Brunnen nach entsprechender Vorarbeit mühselig Zentimeter für Zentimeter abgeteuft. Bohrrohr für Bohrrohr wird aufgesetzt und verschraubt. Genauigkeit und Vorsicht sind geboten, das Gewinde der Rohre darf nicht beschädigt werden. Mit dem Öltriebsaggregat wird über eine Schnellhubwinde der Stauchbohrer in das verrohrte Bohrloch abgelassen. Er fördert das Bohrgut nach oben, die Rohrtour sinkt tiefer. Die hydraulische Winde hebt den Stauchbohrer an, er kommt nach oben, eine etwas ruckartige Bewegung des Windenführers an der Bremse läßt den Stauchbohrer überschwappen. Ein Helfer wird naß, Gelächter kommt auf – Schadenfreude ist doch die schönste Freude!

Viel Kraft ist nötig, um den schweren Bohrer auf die Seite zu hieven. Alle packen an – Teamwork ist gefragt – kippen ihn auf den



Viel Material ist nicht nötig für den Einsatz einer Spüllanze.



Der Wasserbehälter, gefüllt mit 3000 Litern, steht bereit, die Schläuche sind an die Tragkraftspritze angeschlossen.

Kopf, das Bohrgut fällt heraus – auf ein Neues.

Die Arbeitsgänge wiederholen sich stetig. Je nach Bodenschichten sind drei bis vier Tage nötig, um den Brunnen auf 25 bis 30 Meter abzuteufen und das tiefliegende Grundwasservorkommen zu erschließen.

### Eine Alternative: der Spülbrunnen

Zwei weitere Gruppen des Lehrgangs sind an anderen Stellen des Übungsgeländes tätig. Eine Gruppe arbeitet an einem Schachtbrunnen, einem der ältesten Brunnentypen. Die dritte Gruppe versucht sich an einem Feldbrunnen. Bei entsprechenden Bodenschichten kann bei diesem Ramm- oder Bohrbrunnen innerhalb kurzer Zeit Grundwasser gefördert werden.

Eine Alternative dazu ist der Einsatz einer sogenannten Spüllanze. Mit ihr entfällt das oft zeitraubende Bohren und Rammen für die Erstellung eines Feldbrunnens. Seit knapp einem Jahr wird die Grundwassererschließung mit der Spüllanze an der Katastrophenschutzschule Hoya gelehrt. Deshalb soll hier die Arbeitsweise einmal ausführlich dargestellt werden.

Winfried Hoffmann, Fachlehrer an der Schule und unter anderem verantwortlich für die Ausbildung im „Brunnenbau“, erläutert den Weg von der Idee bis zum Einsatz der Spüllanze: „Im Brunnenbau kennt man schon lange Spülfilterbrunnen. Sie sind speziell dafür vorgesehen, in Baugruben oder bei Schachtbrunnenabteufungen eine Grundwasserhaltung bzw. -absenkung durchzuführen. Dabei werden Spülfilter mit Anderthalb- oder Zwei-Zoll-Rohren in den Boden eingespült. Nach dem Spülvorgang verbleiben die Rohre (Aufsatzrohre) mit dem Filter im Boden, der Grundwasserspiegel kann nun mit entsprechenden Pumpen gehalten oder gesenkt werden.“

Bei diesem Verfahren tritt aber gelegentlich folgendes ein: Das feine Schlammkorn setzt sich in den Maschen des Filtergewebes fest und bildet nach und nach um den Filter einen fast undurchlässigen Mantel. Manchmal gelangen sogar Feinkörner durch die Maschen in den Filter. Das führt zu einer Einschränkung der Grundwasserfördermenge.

Wir haben nun das Verfahren entsprechend unseren Vorstellungen und Erfah-

rungen abgewandelt. Der am Ende der Lanze angeschraubte Spülfilter wurde weggelassen und die Zwei-Zoll-Lanze ohne Filter in den Boden eingespült. Im Anschluß wird in das Rohr ein Eineinviertel-Zoll-Kunststoffilter mit verzinkten Aufsatzrohren eingesetzt und die Lanze wieder gezogen. Dieses Verfahren ist die einfachste und preiswerteste Art, um bei günstigen Grundwasserspiegelhöhen und entsprechenden Bodenverhältnissen eine Brunnenanlage zu bauen.“

Am oberen Ende der Spüllanze wird ein 180°-Bogen angeschraubt. Daran wird der Druckschlauch angekoppelt.



Ein etwas wackliges Unterfangen, die sieben Meter lange Lanze aufzurichten.



## Wenig Materialien sind nötig

Eine Gruppe demonstriert auf dem Übungsgelände der Schule die Arbeitsweise der Spüllanze. Säuberlich geordnet liegen die erforderlichen Materialien auf zwei Bohlen. Alles ist griffbereit. Viel ist nicht nötig, um in Minutenschnelle Grundwasser zu fördern. Das meiste Gerät, wie eine Tragkraftspritze 2/5, Saug- und Druckschläuche, Kupplungsschlüssel, Wasserbehälter (faltbar, 3000 Liter), Dichtungsband, Rohrzanze und Spaten, hat jeder THW-Ortsverband vorrätig.

Nur die Lanze müßte beschafft werden. Benötigt werden, je nach Grundwassertiefe, zwei bis drei verzinkte Rohre ca. drei Meter lang, zwei Zoll Durchmesser; zwei verzinkte 90°-Bögen, zwei Zoll, mit Innen- und Außengewinde; drei Muffen verzinkt, glatt, zwei Zoll, sowie ein Anschluß für den C-Schlauch. Der Einsatz besteht aus zwei bis drei Eineinviertel-Zoll-Rohren, drei Meter lang, einem Kunststofffilter eineinviertel Zoll, ein Meter, sowie wieder aus den entsprechend glatten Muffen und zwei 90°-Bögen.

Zwei Lehrgangsteilnehmer stellen den Wasserbehälter auf und füllen ihn. Die Tragkraftspritze wird bereitgestellt, Saug- und Druckschläuche angeschlossen. Die Stelle, an der die Lanze eingespült werden soll, ist schon ausgesucht. Ein Stück der Grasnarbe wird abgehoben, in der Mitte des Bodens eine kleine Vertiefung angelegt. Zwischenzeitlich wurden schon die Rohre zu einer Lanze zusammengeschaubt, der Bogen an einem Ende aufgeschraubt und daran der Anschluß für den C-Schlauch angebracht. Der von der Pumpe kommende Druckschlauch wird angekuppelt, die Vorbereitungen sind abgeschlossen: Nun wird die Lanze aufgerichtet – ein etwas wackliges Unternehmen, aber die Helfer schaffen es. Wichtig ist, daß die Lanze senkrecht steht. Sie wird über den freigelegten Boden gebracht – „Wasser marsch!“, heißt das Kommando.

Die Tragkraftspritze dröhnt auf, kommt auf Leistung, und düsenartig tritt mit rund fünf

Stetig heben und senken die Helfer die Spüllanze. Sie darf nicht in den Boden gepreßt oder gebohrt werden.



bar das Wasser am unteren Ende der Lanze aus und spült den Boden auf. Stetig heben und senken die Helfer die Spüllanze, eine wichtige Arbeit, denn die Lanze darf keinesfalls in den Boden geschlagen, gepreßt oder gebohrt werden, da hierdurch der Spülwasseraustritt verstopft und die Lanze beschädigt werden kann.

## In Minutenschnelle im Grundwasser

Immer tiefer sackt das Rohr in die Erde ein, einmal langsamer, einmal schneller, je nach Bodenbeschaffenheit. Das Spülgut wird, mit Wasser vermisch, hochgedrückt und tritt seitlich aus. Nach wenigen Minuten

Alle fassen mit an, um den Filter und die Rohre in die zwei Zoll Spüllanze abzulassen.



Gut auf dem Bild zu erkennen ist das Einspülen der Lanze. Das Erdreich wird mit Wasser vermisch seitlich herausgespült.

ist die Grundwasserleiterschicht erreicht. „Wasser halt!“ ruft ein Helfer, das Einspülen ist beendet. Das Zwei-Zoll-Rohr steht nun etwa einen Meter über Erdgleiche, rund sechs Meter stecken im Boden. Die Lehrgangsteilnehmer sind überrascht, wie schnell die gewünschte Tiefe erreicht ist.

Der Druckschlauch wird von der Spüllanze abgekuppelt, der Bogen abgedreht. Nun wird der eineinviertel Zoll große Kunststofffilter mit den gleichgroßen sechs Meter langen Aufsatzrohren zusammenge-



Der ein Meter lange Kunststofffilter ist mit den Aufsatzrohren zusammengeschaubt.

schraubt. Wieder ist es ein Balanceakt, das lange Rohr aufzurichten und mit dem Filter voran in die Spüllanze abzulassen. Langsam sinkt das Rohr tiefer. „Nur nicht fallen lassen“, mahnt der Ausbilder, „sonst beschädigen wir den Filter.“ Nachdem der Filter in der Grundwasserleiterschicht aufsitzt, wird die jetzt nicht mehr gebrauchte Spüllanze in ihrer ganzen Länge gezogen.

Ein Helfer dichtet den Spülbrunnen um das Rohr ab, dann kann mit der Tragkraftspritze das Grundwasser gefördert werden. Nach einigen vergeblichen Versuchen läuft das Wasser im dicken Strahl aus dem Schlauch. „Geschafft!“ strahlen die Lehrgangsteilnehmer, und einer läßt es sich nicht nehmen, einen Schluck davon zu kosten.

Je nach Beschaffenheit des Wassers muß der Brunnen eine gewisse Zeit freigespült werden, bis eine sandfreie Wasserförderung festgestellt wird. Danach ist das Wasser als Brauchwasser zu verwenden. Soll es als Trinkwasser Verwendung finden, so ist eine Analyse durch das Gesundheitsamt oder Hygiene-Institut erforderlich.

Zur Förderung des Grundwassers bieten sich mehrere Möglichkeiten an: Es können Kreiselpumpen mit Verbrennungsmotor oder Elektroantrieb, aber auch Handkol-

Der Brunnen ist fertig: Mit der Tragkraftspritze wird das Grundwasser gefördert.



benpumpen (Schwengelpumpen) angeschlossen werden. Die Förderkapazität des Spülbrunnens liegt bei rund anderthalb Kubikmeter Wasser in der Stunde. Wenn mehr Wasser benötigt wird, können weitere Spülbrunnen erstellt und dann parallel verbunden werden.

### Bodenverhältnisse sind entscheidend

Voraussetzung für den Einsatz einer Spüllanze sind entsprechende Bodenverhältnisse. Besonders geeignet sind leichte und bindige Bodenschichten wie Mutterboden,

Lehm, Ton, Schluff, Feinsand, Mittelsand, Grobsand einschließlich Feinkies. Schotter- und Mergelschichten sind nicht geeignet.

Für die Lehrgangsteilnehmer war diese Ausführung des Baus eines Brunnens nicht problematisch. Sie haben erkannt, daß der Spülbrunnen bei günstigen Bodenverhältnissen die schnellste Art ist, im Notfall Grundwasser zu erschließen. Einige Helfer wollen das Verfahren in ihrem Ortsverband übernehmen. Der Schulleiter und die Lehrkräfte freuen sich, wenn ihre Ideen und Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen.

Im dicken Strahl verläßt das Wasser den Druckschlauch. Ohne eine Analyse ist es nur als Brauchwasser zu verwenden.



Bremens Innensenator Volker Kröning:

## „In die Diskussion über Sicherheit und Frieden auch den Zivilschutz einbeziehen“

Die Nutzung der Hilfsangebote des BVS ist erklärtes Ziel des Innensensors

Die Einbeziehung des Zivilschutzes in die Diskussion über Sicherheit und Frieden ist das erklärte Ziel des neuen Bremer Innensensors Volker Kröning (SPD), der sich in einem Gespräch mit dem Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, Diethelm Singer, zu aktuellen Themen, die den Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz betreffen, äußerte. Denn, so Kröning, „Gegensätze müssen Friedensbewegung und Engagement für den Zivilschutz nicht sein“. Der Innensenator betonte in seiner Zielsetzung auch die „Unterstützung der Ausbildungsveranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz für Behörden, Betriebe und die Bevölkerung“ sowie die „Werbung von Selbstschutz-Beratern in Stadtteilen“. Volker Kröning brachte zum Ausdruck, daß er in seiner Eigenschaft als Hauptverwaltungsbeamter im Sinne des Katastrophenschutzgesetzes die „Nutzung der Hilfsangebote des BVS für die Gemeinden“ in den Vordergrund rücken möchte.

Diethelm Singer sprach mit Volker Kröning.

**Frage:** Als neuer Senator für Inneres im Lande Bremen werden Sie sich auch um den Schutz der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall, also um den Zivilschutz, zu kümmern haben. Sehen Sie zwischen Friedensbewegung und Engagement für den Zivilschutz Gegensätze?

**Kröning:** Jawohl – ich werde mich darum kümmern, genauso wie um den militärischen Teil der Gesamtverteidigung. Gegensätze müssen Friedensbewegung und Engagement für den Zivilschutz nicht sein. Die öffentliche Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß hat ja die abnehmende Stabilität der atomaren Abschreckung – auf dem Hintergrund des sich wieder verschärfenden Ost-

West-Konflikts – und die Folgen, die ein Versagen der Abschreckung hätte – bewußt gemacht. Wer den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall ernst nimmt, kann nicht gegen, sondern muß für zivilen Bevölkerungsschutz sein.

**Frage:** Glauben Sie, Entspannungspolitik sei eine Alternative zum Zivilschutz?

**Kröning:** Nein – ohne Entspannungspolitik keine Kriegsverhütung, ohne Zivilschutz keine Schadensbegrenzung. Allerdings hat man sich in der Ära der Entspannungspolitik wie zu Zeiten des Kalten Krieges zu sehr auf den Aufbau und die Erhaltung der im wesentlichen atomar gestützten Abschreckung verlassen. Heute erkennen wir nicht nur die Risiken eines fortschreitenden Wettrüstens, sondern auch die Erfolglosigkeit der bisherigen Rüstungskontrollpolitik. In den 70er Jahren wurde Zivilschutz dem Anspruch nach integrierter Bestandteil der Verteidigung; aber keine Bundesregierung hat bisher Zivilschutz als Teil einer glaubwürdigen – d. h. die Überlebenschancen der Bevölkerung wahren – Verteidigungspolitik praktiziert.

**Frage:** Viele Politiker, auch aus Ihrer Partei, vertreten in der Vergangenheit die These, ein wirksamer Zivilschutz erhöhe das Kriegsrisiko, weil er dazu führen könne, einen Krieg als führbar und gewinnbar anzusehen.

**Kröning:** Es kommt darauf an, welche Art von Zivilschutz gemeint ist. Nehmen Sie den Schutzraumbau. Auch das umfangreichste Programm – das bisher keine Regierung zu bezahlen bereit war – könnte die Vernichtung des größten Teils unserer Bevölkerung im Atomkrieg nicht verhindern. Wer heute an eine Schutzbaupflicht oder neue Programme denkt, täuscht die Bürger und gefährdet den inneren Frieden. Nötig ist eine Strategie – und Politik –, die eine Chance zur Beendigung des Wettrüstens eröffnet, Krisen nicht eskalieren läßt und in



einem Krieg nicht zerstört, was geschützt werden soll. Nur in einem solchen Verteidigungskonzept wäre Zivilschutz wirksam.

**Frage:** Nicht zuletzt durch die Information des BVS über Waffenwirkungen ist inzwischen jedem Bürger klar, daß ein 100%iger Schutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall nicht möglich ist. Sehen Sie, wenn Sie diese Meinung teilen, die Konsequenz darin, Anstrengungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes, insbesondere des Katastrophenschutzes, im Verteidigungsfall künftig zu reduzieren?

**Kröning:** Ich halte die Formulierung „kein 100%iger Schutz“ für verharmlosend. Aber meine Konsequenzen sind andere als die der Kritiker der bisherigen Sicherheitspolitik und der Nachrüstung: Ich nehme Artikel 73 Nr. 1 – „Verteidigung einschließlich der Wehrpflicht und des Schutzes der Zivilbevölkerung“ ernst, ebenso wie ich dafür einetrete, daß das 1. Zusatzprotokoll zu dem Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte unverzüglich und vorbehaltlos ratifiziert wird. Die Normen verlangen eine glaubhafte Abschreckung – ohne Inkaufnahme von Selbstmord –, eine auf Überleben gerichtete, machbare Verteidigung. Nur in einem solchen Konzept wäre Zivilschutz gleichrangig mit den militärischen Vorkehrungen. Wenn dem Gegner Ziele für Atomwaffen und für konventionelle Großeinsätze genommen und die Kampfzonen begrenzt werden, werden Maßnahmen des Zivilschutzes nicht nur notwendig, sondern auch möglich.

**Frage:** Immer wieder ist das Argument zu hören, man solle nicht an den Bürger appellieren, sich im Selbstschutz und Katastrophenschutz zu engagieren, vielmehr müsse der Staat seine Verpflichtung zum Schutze der Bürger ernster nehmen!?

Verabschiedung des alten und Amtseinführung des neuen Innen-senators im Bremer Rathaus (von links): der scheidende Innen-senator Helmut Fröhlich, BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer und der neue Chef der Innenbehörde, Volker Kröning. (Foto: Uwe Woltemath)



**Kröning:** Ich teile das Argument – aber in meinem Sinne. Eine Vorsorge für den Atomkrieg wird die Bürger immer weniger überzeugen. Ein dem Bürger überlassener Selbstschutz – vor allem ein öffentlich geförderter privater Schutz-raumbau – wäre unter den gegenwärtigen militärischen Bedingungen undemokratisch und unsozial.

**Frage:** Ein Zivilschutz, der auf das Zusammenspiel staatliche Hilfe für den Bürger und Selbstschutz des Bürgers abgestellt ist, erfordert erhebliche Mittel aus den öffentlichen Haushalten. Wie sehen Sie unter diesen Umständen die Zukunft für Ihre neue Aufgabe in Bremen?

**Kröning:** Der jetzige Finanzrahmen läßt sich in den nächsten Jahren nicht ausweiten – von keiner Gebietskörperschaft. Im Gegenteil: Wir müssen über eine Gesamtverteidigung nicht nur mit weniger Risiken, sondern auch mit weniger Kosten nachdenken. Wenn dies die jetzige Regierung anders sieht, sollte sie öffentlich sagen, an welchen Stellen eingespart werden kann. Im gegebenen Rahmen läßt sich der Selbstschutz, vor allem die Teilnahme an den Aufklärungsveranstaltungen des BVS, verbessern.

**Frage:** Der Bundestag hat 1965 dem Bürger Verpflichtungen im Bereich des Selbstschutzes und des Schutzraumbaus auferlegt. Die politische Notwendigkeit war also mehrheitlich festgestellt. Haushaltsgründe führten unmittelbar nach Verabschiedung des Selbstschutzgesetzes und des Schutzbaugesetzes zu deren Suspendierung. Wie beurteilen Sie heute diese Entscheidung?

**Kröning:** Sozialdemokraten haben in den 60er Jahren gegen langen Widerstand der CDU den gesetzlichen Selbstschutz und Schutzraumbau durchgesetzt. Unter der Erhard-Regierung wurde ihm der finanzielle Boden entzogen. Bevor man heute eine Aufgabe oder Pflicht erneuert, die man finanz- und innenpolitisch nicht einlösen kann, sollte man den Wert des Baues von Schutzräumen im Verhältnis zu anderen Verbesserungen

des Zivilschutzes klären. Kurzfristig bin ich vor allem für eine Konsolidierung des erweiterten Katastrophenschutzes.

**Frage:** Im Bundesland Bremen wurden in den vergangenen Jahren so viele Schutzräume ausgebaut bzw. neu gebaut, daß Bremen rein rechnerisch für 20% der Bevölkerung über Schutzplätze verfügt. Werden Sie als Senator für Inneres die Werbung für den Schutzraumbau, besonders im privaten Bereich, weiter betreiben oder verstärken, vielleicht sogar politisch unterstützen?

**Kröning:** Bremen hat eine Spitzenstellung auf diesem Gebiet. Private Initiativen werden sich in absehbarer Zeit nicht materiell, sondern nur ideell unterstützen lassen. Ich werfe niemandem die persönliche Entscheidung vor, für sich und seine Familie einen Schutzraum zu bauen – im Gegenteil: Die Sorge, die sich darin ausdrückt, ist begründet, die Reaktion muß die Politik zum Umdenken anhalten, auch wenn die Bundesrepublik nicht die Schweiz ist.

**Frage:** Als Senator für Inneres sind Sie nun auch Hauptverwaltungsbeamter im Sinne des Katastrophenschutzgesetzes und der Vwv-Selbstschutz und damit für den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes in Wohnstätten und den bremischen Behörden zuständig. Wie sehen Sie hierbei Ihre zukünftigen Ziele?

**Kröning:** Meine allgemeinen Ziele: Den erreichten Stand halten und pflegen, wo möglich, mit anderen Ländern und Gemeinden aufschließen, in die Diskussion über Sicherheit und Frieden auch den Zivilschutz einbeziehen und an einer wirklich humanitären Gesamtkonzeption weiterarbeiten. Meine Ziele für den Selbstschutz in Bremen: Unterstützung der Ausbildungsveranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz für Behörden, Betriebe und die Bevölkerung, Werbung von Selbstschutz-Beratern in Stadtteilen – generell: Nutzung der Hilfsangebote des BVS für die Gemeinden. Das bremische Katastrophenschutzgesetz ist dafür eine gute Grundlage.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Nortorf.** In Nortorf führten die Feuerwehr, das DRK, der MHD, die DLRG, die Polizei und der BVS in Zusammenarbeit mit dem Amt und der Stadt Nortorf eine Selbstschutzwoche durch. In der Eröffnungsveranstaltung wies Bürgermeister Karl-Arthur Jäger-Volk auf die große Bedeutung der Selbstschutzwoche hin. Selbstschutz sei Sache jedes einzelnen, aber auch Sache der Gemeinschaft. Der einzelne befasse sich damit freiwillig und in eigener Verantwortung. Aufgabe des Staates sei es, den Selbstschutzgedanken zu wecken und die Bürger zu unterweisen.

Bei einer großen Übung zum Abschluß der Selbstschutzwoche mußten „Verletzte“ aus zwei beschädigten Fahrzeugen geborgen und versorgt werden. Krankenwagen, Rettungshubschrauber und Feuerwehr wurden von der Polizei alarmiert. Wenige Minuten später trafen sie an der „Unfallstelle“ ein.



Eröffnung der Selbstschutzwoche in Nortorf (v.l.): Bürgermeister Karl-Arthur Jäger-Volk, Oberrechtsrat Hans-Heinrich Blunck, Amtsvorsteher Klaus Ehlers und BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender.

Für die Zuschauer war die Darstellung dieses „Unglücks“ ein gutes Lehrbeispiel. Viele fragten sich, wieweit sie selbst auf eine solche Aufgabe vorbereitet sind und meldeten sich spontan zu BVS-Lehrgängen an.

**Norderstedt.** Auf dem Gelände des THW am Waldbühnenweg in Norderstedt probten Einsatzkräfte des Behörden-selbstschutzes der Stadtverwaltung die Hilfe nach einem Unfall. Brandschutz-, Sanitäts- und Bergungsstaffel sollten erste Rettungsmaßnahmen einleiten, bis die Rettungsdienste eingetroffen waren. Kritische Beobachter waren Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Neumünster.

**Neustadt.** Karl-Otto Becker ist zum Selbstschutzberater in Neustadt ernannt worden. Er ist der dritte in der Stadt, der die Behörden bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes unterstützt. Bürgermeister Hans-Joachim Birkholz überreichte Becker die Ernennungsurkunde.

Neustadt ist die einzige Stadt im Kreis Ostholstein und die fünfte in Schleswig-Holstein, die auf die Hilfe von drei und mehr Selbstschutzberatern zählen kann.

**Flensburg.** Ein Erlebnis war für alle Teilnehmer die 7. Orientierungsfahrt um den „Henry-Dunant-Pokal“ für die Einheiten des Katastrophenschutzes im Kreise Schleswig-Flensburg, die unter der Schirmherrschaft von Landrat Dr. Korthals vom Vorjahressieger, der Frei-



Die Teilnehmer der Orientierungsfahrt beim BVS-Kontrollpunkt.

willigen Feuerwehr Schuby, ausgerichtet wurde. 35 Dienstkraftfahrzeuge mit je zwei Mann Besatzung aus den Reihen des THW, des DRK, der JUH und der Freiwilligen Feuerwehr mußten eine Fahrstrecke von 80 Kilometern bewältigen und Kontrollpunkte anfahren, an denen verschiedene Aufgaben zu lösen waren.

Die BVS-Dienststelle Flensburg war mit dem Filmwagen sowie einem Informationsstand beteiligt und hatte einen Kontrollpunkt besetzt, an dem die Teilnehmer einen Entstehungsbrand bekämpfen und die Bedeutung der Sirensignale erklären mußten.

## Quer durch Niedersachsen

**Westerstede.** Brandursachen, Möglichkeiten zur Bekämpfung eines Entstehungsbrandes, die Bedeutung von Sirensignalen, Hinweise zum Schutzraumbau, lebensrettende Sofortmaßnahmen – das sind einige Themen, die in einer Selbstschutzfibel der Stadt Westerstede behandelt werden. Die Fibel wurde in Zusammenarbeit mit dem BVS im Vorfeld einer Selbstschutzwoche herausgegeben und allen Bürgern kostenlos zugänglich gemacht, um auf die Informationswoche vorab hinzuweisen und wesentliche Aspekte des Selbstschutzes darzustellen.

Ein Quiz, zahlreiche Informationsveranstaltungen, die Ausstellungen „Schutz und Wehr“ und „Hilfe durch Selbstschutz“ sowie ein Sicherheitswettbewerb bildeten die Schwerpunkte der Selbstschutzwoche, an der sich auch

die JUH, das DRK, das THW, die DLRG, die Feuerwehr sowie die Polizei beteiligten.

Auf dem Marktplatz Westerstedes wurde den Bürgern auch ein Fertigschutzraum gezeigt, der im Ernstfall neun Personen Platz und Sicherheit bietet. Schirmherr der Veranstaltung war Stadtdirektor Gerd Tapken.

**Bergen.** Ein Selbstschutzquiz leitete in Bergen das umfangreiche Programm einer vom BVS und der Stadt Bergen veranstalteten Selbstschutzwoche ein, für die Bürgermeister Dr. Wegner die Schirmherrschaft übernommen hatte. 407 Bürger beteiligten sich an dem Test, fast alle hatten die richtigen Antworten parat. Auf besonderes Interesse stießen auch die Ausstellungen „Zivilschutz“ und „Der Mensch im Mittelpunkt“, die von rund 1100 Bürgern besucht wurden.

Bei der Eröffnungsveranstaltung betonte Stadtdirektor Günther Grabow, alle Bemühungen des Staates um den Schutz der Bürger in Gefahrensituationen seien zum Scheitern verurteilt, wenn die Betroffenen nicht die Möglichkeiten des Selbstschutzes sofort nach Eintritt der Bedrohung wahrnehmen könnten.

BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper meinte, es sei falsch, den Selbstschutz allein unter dem Gesichtspunkt des Verteidigungsfalles zu sehen. Vielmehr sei Selbstschutz ein „Bündel von Maßnahmen zum Schutz des Menschen bei Unfällen und Katastrophen, bis organisierte Hilfe kommt“.

Mit Straßenaktionen und Schaufensterdekorationen zum Thema Selbstschutz sowie mehreren Informationsveranstaltungen wurde die Bevölkerung während der Selbstschutzwoche über Aufgaben und Ziele des BVS aufgeklärt.

Bei einem Sicherheitswettbewerb, an dessen Ausrichtung sich auch die DLRG, das DRK, die Feuerwehr, die Polizei sowie die Stadt Bergen beteiligten, ging es für die Teilnehmer um schnelle Hilfe in bedrohlichen Situationen. Die Sieger erhielten Ehrenteller des BVS sowie Preise der Stadt Bergen.

**Haren.** Auf großes Interesse der Bevölkerung stieß die Harener Selbstschutzwoche, die im Rahmen einer Festwoche sowie einer örtlichen Werbe- und Verkaufsschau stattfand.

Während der Veranstaltungswoche wurden u. a. mehrere Informationsveranstaltungen und Straßenaktionen durchgeführt. Weiterhin war die Ausstellung „Zivilschutz“ zu sehen, die von rund 400 Bürgern besucht wurde.

Die Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen wurde in einer Übung in der Maximilianschule unter Beweis gestellt. Eine Gasexplosion im Physikraum war die Übungssituation – Feuerwehr, DRK, Polizei und Rettungsdienst leisteten innerhalb kürzester Zeit in guter Zusammenarbeit schnelle Hilfe.

Bürgermeister Pinkernell, der Schirmherr, nannte den Verlauf der Selbstschutzwoche ein Ergebnis des „harmonischen Zusammenspiels vieler Kräfte“ und betonte die Notwendigkeit, die Bevölkerung verstärkt auf die Bedeutung des Selbstschutzes hinzuweisen und zur Mitarbeit zu bewegen.

**Delligsen.** Mit der Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ wurde eine Selbstschutzwoche im Rathaus Delligsen eröffnet. In vier Straßenaktionen informierten die BVS-Mitarbeiter die Bürger über Maßnahmen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Außerdem wurde ein Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt.

Schirmherr der Selbstschutzwoche, die einen guten Anklang in der Bevölkerung fand, war Gemeindedirektor Apel.

**Holle.** Die Eröffnung der Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ bildete den Auftakt zu einer Selbstschutzwoche in der Gemeinde Holle. Gemeindedirektor Meyer stellte in seiner Ansprache die Bedeutung des Selbstschutzes heraus, auf den die Bevölkerung immer dann angewiesen sei, wenn der Staat nichts mehr für den einzelnen Bürger tun könne. BVS-Fachbearbeiter Schuh betonte, daß man sich dem Zivilschutz, wenngleich er ein unangenehmes Thema sei, nicht verschließen dürfe.

Neben der Ausstellung, die von etwa 250 Bürgern besucht wurde, fanden Informationsveranstaltungen sowie Gespräche mit Selbstschutzbeauftragten aus Behörden und Betrieben statt.

**Burgdorf.** Mit Unterstützung durch Stadtdirektor Horst Bindseil und Ordnungsamtsleiter Gerd Stuhler führte die BVS-Dienststelle Hannover in Burgdorf einen Sicherheitswettbewerb durch. Beteiligt waren auch das DRK, die DLRG, das THW, die Burgdorfer Feuerwehr sowie die Polizei.

41 Teilnehmer stellten an den zwölf auf dem Schützenplatz aufgebauten Stationen ihr Können und Wissen auf dem Gebiet der Selbst- und Nachbarschaftshilfe unter Beweis. Rund 300 Bürger sahen zu und informierten sich über das Zusammenwirken der verschiedenen Hilfsorganisationen.



Bürgermeister Huth (3. v.l.) mit den Teilnehmern des Sicherheitswettbewerbs. (Foto: Koy)

Bürgermeister Hans-Jürgen Huth als Schirmherr überreichte in einer Abschlussveranstaltung neben BVS-Ehrentellern an die Sieger mehrere Sachpreise, die von der Stadt Burgdorf und einer ortsansässigen Firma gestiftet worden waren. Musikalisch wurde die Schlussveranstaltung vom Feuerwehrmusikzug Burgdorf-Hänigsen unter Mitwirkung des Jugendblasorchesters umrahmt.

**Nienburg.** Unter dem Motto „Selbstschutz – ein wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“ veranstaltete die Stadtverwaltung Nienburg einen Informationsabend für Vertreter der örtlichen Vereine und Verbände. Nach einem Einführungsreferat des für den Zivilschutz zuständigen Sachbearbeiters der Stadt informierten zwei BVS-Mitarbeiter über die Aufgaben des Zivil- und Selbstschutzes. Kernpunkt der Ausführungen war der Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung der Städte und Gemeinden zur Förderung, Aufbau und Leitung des Selbstschutzes, wobei der BVS unterstützend und beratend tätig ist.

**Hildesheim.** Eine Übung absolvierte der Katastrophenschutzzug der Bundespost Hildesheim: Der 13 Mann starke Zug, der vor 20 Jahren gegründet worden war, hatte ein Feuer zu löschen. Eine elektronische Anlage im Fernmeldeamt Hildesheim, so die Ausgangssituation, war in Brand geraten. Unter der Anleitung von BVS-Mitarbeiter Rudolf Köstel wurde das „Feuer“ gelöscht.

**Dahlenburg.** „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ hieß das Motto einer BVS-Veranstaltung im Rahmen einer örtlichen Verkaufs- und Gewerbeschau in Dahlenburg. Die Besucher konnten ihre Kenntnisse im Selbstschutz in einem Quiz testen. Sieben Verbandkästen hatte die Samtgemeinde als Preise gestiftet. Rund 140 Bürger beteiligten sich an dem Test.

An einem Informationsstand wurde für die Aufgaben des Selbstschutzberaters in der Gemeinde geworben. Eine Kartenübersicht veranschaulichte die Einteilung der Samtgemeinde in Wohnbereiche und verdeutlichte so den Einsatz des Selbstschutzberaters.

Samtgemeindedirektor Ulrich Stade und Samtgemeindebürgermeister Bernhard Stolte freuten sich über das Interesse der Ausstellungsbesucher und über das umfangreiche Informationsangebot des BVS.

**Soltau.** „Hallo, machen Sie mit“ lockten große Plakate zur Teilnahme an einem Sicherheitswettbewerb in Soltau unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Schirmherr dieser Gemeinschaftsveranstaltung mit DLRG, DRK, Feuerwehr, Polizei, THW und der BVS-Dienststelle Lüneburg war Bürgermeister Werner. Eine gute Beteiligung war der Lohn für die Verantwortlichen und Helferinnen und Helfer der ausrichtenden Organisationen.

**Bleckede.** Das Hafenfest der kleinen Elbestadt war der Anlaß für den Aufbau eines BVS-Informationsstandes und Demonstrationen zu Themen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang. Filmvorführungen fanden interessierte Zuschauer, und die BVS-Mitarbeiter hatten viele Fragen zu beantworten.

### Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Körtlinghausen.** Nach 27jähriger Tätigkeit an der BVS-Schule Körtlinghausen nahm der Verwaltungsführer der Schule, Kurt Görlich, seinen Abschied aus dem aktiven Berufsleben. In einer Feierstunde würdigte Landesstellenleiter Peter Eykmann die Arbeit und Verdienste des Scheidenden. Als äußeres Zeichen des Dankes wurde ihm vor den Gästen, Freunden und Kollegen die Ehrennadel des BVS überreicht und die Dankurkunde ausgehändigt.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (links) überreicht Kurt Görlich die BVS-Ehrennadel. (Foto: Wagner)

Ein besonderer Dank galt der stets korrekten Pflichterfüllung, der guten Betreuung der Lehrgangsteilnehmer an der Schule und der langjährigen Personalarbeit im Bezirks- und Hauptpersonalrat des BVS.

**Herford.** Reges Treiben auf dem Gelände einer stillgelegten Fabrik in Herford: Mehr als 70 Helfer des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost waren im Einsatz, um das Zusammenwirken der verschiedenen Fachdienste zu erproben. Drei Fachlehrer der BVS-Dienststelle Herford assistierten, gaben Tipps und Hinweise. Die OPD Münster dankte der BVS-Dienststelle Herford für die Mitwirkung bei dieser Großübung und für die Bereitstellung des Fabrikgebäudes. Das Gelände sei ein idealer Übungsort mit realistischen Bedingungen.

**Olpe.** Ein Ereignis besonderer Art konnte die BVS-Dienststelle Olpe „feiern“: Die 100. Ausbildungsveranstaltung bei der Deutschen Bundespost. Seit 18 Jahren besteht die Zusammenarbeit mit den Ämtern Siegen, Lennestadt und Gummersbach. Die Ausbildung erstreckt sich auf die Fachlehrgänge „Brandschutz“, „Bergungs- und Sanitätsdienst“ sowie auf Übungen.

Die 100. Veranstaltung war ein Bergungslehrgang beim Fernmeldeamt Siegen. Im Rahmen der Schlussaussprache wurde die jahrelange gute Zusammenarbeit noch einmal in Erinnerung gerufen: Das Ergebnis konnte nur lauten: „Der Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost steht auf einem beachtlichen Ausbildungsstand.“

**Recklinghausen.** In einer Feierstunde zur Eröffnung der Selbstschutzwoche in Marl wurden den ehrenamtlichen BVS-Mitarbeitern Wolfgang Kastrop, Wilhelm Lehnebach und Herbert Reschke die Ehrennadel des BVS verliehen.

Kastrop ist seit 1959 ehrenamtlicher Helfer; durch seine Tätigkeit als Beauftragter für Castrop-Rauxel, die er 1979 übernahm, wurden die bereits bestehenden Verbindungen weiter gefestigt. Er hat gute Kontakte zu Vereinen und Verbänden.

Lehnebach arbeitet seit 1967 ehrenamtlich für den BVS. Als BVS-Beauftragter



Auszeichnung für langjährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS: die Ehrennadel erhalten (v.l.) Wilhelm Lehnebach, Herbert Reschke, Wolfgang Kastrop. (Foto: Schneeweis)

für Marl hat er die bestehenden Kontakte in der Stadt Marl vertieft. Verdienst von Lehnebach ist es, daß kontinuierlich Selbstschutz-Grundlehrgänge an Wochenenden für die Bevölkerung durchgeführt werden können.

Reschke gehört seit 1965 ehrenamtlich dem BVS an. Als BVS-Beauftragter für Waltrop hat er es ermöglicht, daß in Waltrop mit fast 30000 Einwohnern mindestens 24 Selbstschutz-Grundlehrgänge im Jahr für die Bevölkerung durchgeführt werden. „Er ist der Mann vor Ort“, betonte Stadtdirektor Störbrock.

**Düsseldorf.** „Chemie '83“, unter dieser Bezeichnung lief die Katastrophenschutzübung der Stadt Düsseldorf ab. Rund 80 Teilnehmer versammelten sich in der Hauptführungsstelle „Am Barmeshau“ in einem instandgesetzten Hochbunker, darunter auch der Leiter der BVS-Dienststelle Düsseldorf. Die Übung wurde kritisch von zwei Schiedsrichtern der Katastrophenschutzschule Wesel überwacht.

In einer ersten Manöverkritik wurde festgestellt, daß der „Papierkrieg“ noch zu groß sei und die Teilnehmer räumlich zu beengt arbeiten müssen. Erstaunt war das Schiedsrichtergespann über die Ruhe der Teilnehmer, die in keiner Phase der Übung Hektik aufkommen ließen.

**Dortmund.** 150000 Besucher kamen in die Westfalenhalle zur größten westdeutschen Verbrauchermesse „Dortmunder Herbst“, an der auch die BVS-Dienststelle mit der Ausstellung „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ beteiligt war. Tausende von Bürgern wurden mit BVS-Informationsmaterial versorgt. Der Tischcomputer mit seinen Beratungshinweisen und Tips zum Schutzraumbau war ein gutes Werbemittel. Das Beratungsangebot der BVS-Mitarbeiter wurde von zahlreichen Besuchern in Anspruch genommen.

**Dortmund.** Erstmals konnte im Frauenprogramm der Volkshochschule Dortmund eine BVS-Informationstagung „Selbstschutz“ durchgeführt werden. Die achtstündige Wochenendveranstaltung wurde von 19 Frauen besucht, die aufmerksam den Ausführungen von BVS-Dienststellenleiter Erhard Stammberger folgten.

Einige Vorurteile gegenüber Selbstschutzmaßnahmen oder Schutzraumbau konnten nur teilweise beseitigt werden. Die Veranstaltung hat aber gezeigt, wie notwendig ein solcher Meinungsaustausch ist. Für das VHS-Studienjahr 1984 sind weitere BVS-Veranstaltungen geplant.

**Düsseldorf.** Das Ziel der „Meerbuscher Selbstschutzwoche“, den Informationsstand der Bevölkerung über den Zivilschutz zu verbessern, wurde durch den Einsatz von vier Ausstellungen, zehn Informationsständen, sechs Schaufensterwerbungen, einen Sicherheitswettbewerb, zwanzig Informationsveranstaltungen und vor allem durch zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitungen erreicht. In einer Pressekonferenz betonte der 1. Beigeordnete der Stadt, Lunkenheimer, die Selbstschutzwoche sei ein Beitrag zum Frieden und zur Entspannungspolitik.

Der Schirmherr der Veranstaltung, Bürgermeister Nüse, führte u. a. in seiner Eröffnungsansprache aus, Selbstschutz bedeute keine Kriegsvorbereitung, sondern sei ein Gebot der Menschlichkeit. Er stellte klar, Selbstschutz treffe nicht primär und ausschließlich Vorsorge für den Kriegsfall, sondern auch für die Gefahren und Schadensereignisse des täglichen Lebens. Nüse betonte: „Jeder muß wissen, wie er sich zu verhalten hat. Man kann nicht so einfach dem Staat alles überlassen.“

Bei der Abschlußveranstaltung bedankte sich der Bürgermeister bei den mitwirkenden Hilfsorganisationen DRK, JUH, MHD, DLRG, THW, Feuerwehr und Polizei für die gute Zusammenarbeit.

**Aachen.** Die anhaltende Diskussion über das Thema „Frieden“ hat das Interesse großer Teile der Bevölkerung an mehr Information über die Wirkungen moderner Waffen sowie über Vorsorge- und Selbsthilfemaßnahmen nicht geschmälert. So wurden in einem Monat im gesamten Bereich der BVS-Dienststelle Aachen 13 Informationsstände errichtet und dabei rund 14000 Besucher gezählt.

„Wie schützt man sich am wirkungsvollsten gegen die Auswirkungen eines möglichen Krieges?“ „Welche Maßnahmen kann der Bürger selbst ergreifen, wenn Gefahren bei Unfällen oder Katastrophen drohen?“ Diese und viele andere Fragen mußten von den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern immer wieder beantwortet werden. Viele Bürger zeigten großes Interesse, vor allem für den öffentlichen Schutzraumbau. „Wo ist denn der nächste Bunker?“ War eine vielgestellte Frage, die nicht immer zur Zufriedenheit beantwortet werden konnte. Die BVS-Mitarbeiter informierten die Bürger auch über Maßnahmen, die jeder selbst zur Gefahrenabwehr treffen kann.

**Viersen.** In Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren des Kreises Viersen beteiligte sich die BVS-Dienststelle in diesem Jahr an mehreren

Standorten an einem „Tag der offenen Tür“ mit Informationsständen und praktischen Vorführungen. Dabei wurde das Ablöschen brennender Personen mit Hilfe einer Decke, der Umgang mit Feuerlöschern sowie die Bergung Verletzter demonstriert. Die Vorführungen, die das umfangreiche Programm der Feuerwehr ergänzten, stießen bei den Bürgern auf reges Interesse.

**Bonn.** Die BVS-Dienststelle Bonn hatte Führungskräfte mehrerer Behörden zu einer Informationstagung „Selbstschutz“ eingeladen. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmern Kenntnisse der im Verteidigungsfall drohenden Gefahren zu vermitteln, sie von der Notwendigkeit des Behördenselbstschutzes zu überzeugen und zu motivieren, aktiv im Selbstschutz der Behörden mitzuwirken.

Die erfreulich gute Resonanz brachte der Dienststelle Bonn über 200 Anmeldungen, so daß neun weitere Veranstaltungen durchgeführt werden.

## Hessenspiegel

**Fulda.** Zwölf Straßenaktionen führte in den letzten Wochen die BVS-Dienststelle Fulda durch. In den Fußgängerzonen von Fulda, Bad Hersfeld, Bebra, Melsungen, Homberg, Alsfeld und Lauterbach hatten die beiden fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen ihre Stände aufgebaut, um das Gespräch mit dem Bürger zu suchen. Dabei wurden die Besucher auch auf das umfangreiche Ausbildungs- und Informationsangebot des Verbandes hingewiesen.

**Fulda.** Der Bereich der BVS-Dienststelle Fulda umfaßt vier Landkreise mit 89 Städten und Gemeinden. Bis heute wurden von 66 Städten und Gemeinden 460 Selbstschutzberater zur Ausbildung bei der Dienststelle angemeldet. Hiervon besuchten 150 den Fachlehrgang „Selbstschutzberater“. Weitere 170 Berater haben an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen und zum großen Teil auch Ergänzungslehrgänge besucht. Nur 140 Berater sind zur Zeit nicht ausgebildet. Die Dienststelle Fulda will sich verstärkt um die Aus- und Weiterbildung der Berater bemühen.

**Löhnberg.** In Löhnberg hatten die Bürger anläßlich der bundesweiten Sirenenprobe erstmals die Gelegenheit, sich vor Ort über Zivilschutzfragen zu informieren. Bürgermeister Leuningger hatte dem Angebot des BVS zugestimmt, an diesem Tage in der Kerngemeinde einen Informationsstand aufzustellen. Der BVS-Beauftragte für den Kreis Limburg-

Weilburg, Josef König, stand hier der Bevölkerung für Auskünfte zur Verfügung. Bürgermeister Leuninger war einer der ersten Besucher am Stand.

**Wiesbaden.** In Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse des Main-Taunus-Kreises zeigt die BVS-Dienststelle Wiesbaden in den einzelnen Filialen der Kasse von September 1983 bis Februar 1984 eine Wanderausstellung.

In Anwesenheit von Kommunalpolitikern und Vertretern der Katastrophenschutz-Organisationen eröffnete Landrat Dr. Löwenberg am 1. September 1983 in der Hauptstelle der Kreissparkasse in Frankfurt-Höchst die Bilderschau. Der Landrat wies dabei auf die besondere Bedeutung des Selbstschutzes als wichtige Ergänzung des Katastrophenschutzes hin und hob hervor, daß der Selbstschutz nicht allein die Behörden, sondern die gesamte Bevölkerung angehe. Der Selbstschutz bilde eine wichtige Grundlage und Voraussetzung für das notwendige Bemühen, den unmittelbaren Lebensbereich freiwillig und aus eigener Kraft zu schützen. Besonders stellte Dr. Löwenberg die Zuständigkeit und Verantwortung der Gemeinden bei Aufbau und Förderung des Selbstschutzes heraus. So habe kürzlich bei einer Bürgermeister-Dienstversammlung der Bereich des Selbstschutzes einen breiten Raum eingenommen.

Abschließend betonte der Landrat: „Mit der Ausstellung wollen wir den Versuch unternehmen, die Bevölkerung anzusprechen und mehr für den Selbstschutz zu interessieren. Wir wollen darauf aufmerksam machen, daß im Mittelpunkt allen Bemühens der Mensch steht.“

**Frankfurt.** Auch dieses Jahr standen im Mittelpunkt des Behördenselbstschutzes der Deutschen Bundesbank die Intensivierung der Ausbildung und der übungsmäßige Einsatz mit den Fachdienstausstattungen. Gruppen- oder staffelweise kamen die Helfer zusammen und übten auf dem Bankgelände. Es wurden Schwerpunkte gesetzt und danach ausgebildet.

Wiederholungs- und Fortbildungslehrgänge dauern mehrere Tage bis zu einer Woche. Dazu stehen den Einsatzkräften das Übungsgelände und die Lehrkräfte des BVS zur Verfügung. Was auf dem Bankgelände nicht möglich ist – wie das praktische Üben mit Handfeuerlöschern, das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Löschdecke, der Einsatz der Motorspritzen, Löschen von Glut- und Flüssigkeitsbränden und Metallspänen sowie der Einsatz des Bohrhammers, des Trennschleifers und

der Kettensäge – kann hier praktiziert werden.

Was nützen nämlich viele Helfer und gute Geräte, wenn nicht jeder entsprechend ausgebildet ist? Deshalb nimmt jeder Helfer an einem Fachlehrgang seiner Sparte teil, der von der BVS-Dienststelle Frankfurt angeboten wird. Für einige Führungskräfte folgen später Gruppen- oder Staffelführerlehrgänge.

Die Lehrsaaaltheorie wird dann in die Praxis umgesetzt. Verletzte werden „dargestellt“, angeschminkt. Sie aus dem Gefahrenbereich zu bergen und zu versorgen, ist oberstes Gebot. Für diesen Zweck wurden an der BVS-Landeschule in Birkenfeld in diesem Jahr vier Termine reserviert. Auch im nächsten Jahr wird es wieder dorthin gehen. Die geräumigen Lehrsäle und das weite Übungsgelände mit dem Trümmerhaus bilden eine ideale Voraussetzung für diese Übungen. Das Zusammenspiel der verschiedenen Einheiten – Bergung, Brandschutz und Sanitätsdienst – wird trainiert.

Um die Durchführung kontrollieren zu können, wurden Beobachter eingeteilt. Später erfolgt eine Kritik, um aus den Fehlern die Lehren zu ziehen.

**Darmstadt.** Die Rettungshundestaffel „Rhein-Main-Neckar e. V.“ wandte sich an die BVS-Dienststelle Darmstadt mit der Bitte um Unterstützung bei der Ausbildung der Hunde. Die Staffel verfügt über zwölf ausgebildete Suchhunde und hat fünf in der Ausbildung. Eingesetzt wurden die Hundeführer mit den Suchhunden in Erdbebengebieten Nordafrikas und bei Explosionsunglücken in Hessen.

Um die Einsatzbereitschaft der Rettungshunde zu erhalten, müssen sie immer wieder auf unbekanntem Übungsgeländen ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Da die BVS-Dienststelle über ein geeignetes Gelände (aufgelassener Steinbruch mit alten Gebäuden) verfügt, ist eine Zusammenarbeit vereinbart worden. Weiterhin kann die Dienststelle im Rahmen ihrer Bergungsausbildung den Hundeführern wertvolle Kenntnisse über Schadenselemente vermitteln.

Die Rettungshundestaffel auf dem Übungsgelände des BVS. (Foto: Görger)



## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Landstuhl.** In Landstuhl informierten sich die Vorstandsmitglieder der CDU-Frauenvereinigung des Landkreises Kaiserslautern in einem zweitägigen Seminar über den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland sowie über Vorsorgemaßnahmen und selbstschutzmäßiges Verhalten. Dies sei, so die Meinung der politisch engagierten Frauen, wichtig in einer Zeit, in der soviel über Bedrohung und über Frieden diskutiert wird.

**Koblenz.** Auf Anregung der ehrenamtlichen Fachbearbeiterin für Frauenarbeit der BVS-Dienststelle Koblenz, Else Grosch, wurde in Absprache mit der rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Frau Professor Gabriele Kokott-Weidenfeld eine eintägige Informations-tagung für Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigungen durchgeführt. Referenten waren BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus und Ingrid Perlick, Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit.

Im Verlauf der Tagung, die laut Aussage der Teilnehmerinnen sehr informativ war, wurden rege Diskussionen u. a. über Selbstschutzmaßnahmen im häuslichen Bereich geführt.

**Koblenz.** Unter dem Motto „Vorsorge und Eigenhilfe“ führte die BVS-Dienststelle Koblenz eine Informations- und Sicherheitswoche in Koblenz durch. Schirmherr war Oberbürgermeister Willi Hörter. Vorangegangen waren Informationswochen in zwei großen Kaufhäusern.

Der Bürgermeister und Dezernent für den Katastrophenschutz, Eckart Braunschweiler, betonte in seinem Grußwort: „Dem unstreitigen Friedenswillen der Bevölkerung stehen Kriegsdrohen und Vernichtung gegenüber. Die Konflikte in aller Welt beweisen uns drückend die Notwendigkeit, für einen denkbaren Ernstfall Vorsorge treffen zu müssen. Sicherlich sind Demonstrationen für den Frieden in der Welt notwendig. Genauso berechtigt und erforderlich sind aber die Informationen darüber, was den Bürger



Neben dem Informationsstand des BVS sind Schautafeln mit Selbstschutzgerät aufgestellt. (Foto: Kasper)

im Falle einer militärischen Auseinandersetzung erwartet, welche Möglichkeiten es gibt, den Selbstschutz zu erlernen und damit das eigene Leben zu sichern und die Möglichkeit, die vorhandenen Kenntnisse in Bezug auf einen Notfall zu überprüfen."

Mehrere Informationsstände und zwei Filmwagen waren in der Fußgängerzone und auf dem Zentralplatz eingesetzt. Nonstop wurden verschiedene Filmspots vorgeführt, und Schutzraummodelle zeigten anschaulich die Nutzung der Räume im Frieden. An einem Informationsstand wurde ein Lebensmittelvorrat und auf drei Schautafeln die persönliche Ausrüstung im Selbstschutz sowie die Geräteausstattung für Brandschutz, Bergung und Selbstbefreiung gezeigt.

**Birkenfeld.** In einer Tagung an der BVS-Schule Birkenfeld informierten sich Vorstandsmitglieder politischer Frauenvereinigungen über die Aufgaben und Ziele des Zivil- und Selbstschutzes. Die Teilnehmerinnen waren überwiegend Vorsitzende der CDU-Frauenkreise und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen.

Im Anschluß an die einzelnen Referate wurde lebhaft diskutiert. Einhellig war man, trotz verschiedener politischer Auffassungen, der Meinung, daß der Schutz der Bevölkerung und die Maßnahmen des Selbstschutzes einen hohen Stellenwert haben müßten.

## Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** Vertreterinnen der Landfrauenvereine aus den Kreisgebieten St. Wendel und Neunkirchen besuchten auf Einladung der BVS-Landesstelle Saarland eine Tagung, um sich über die Aufgaben und Ziele des Zivilschutzes zu informieren.

Zu lebhaften Aussprachen führten insbesondere die Referate über den Selbst- und Katastrophenschutz sowie den Schutzraumbau. Die zahlreichen Teilnehmerinnen brachten zum Ausdruck, sie seien größtenteils mit völlig falschen Vorstellungen und auch mit Vorurteilen zu der Tagung gekommen.

Sie hätten aber nun die Überzeugung gewonnen, daß Vorsorgemaßnahmen unerläßlich seien.

Die Frauen sprachen sich weiterhin dafür aus, innerhalb der Landfrauenvereine darauf hinzuwirken, daß verstärkt von dem umfangreichen Informations- und Ausbildungsangebot des BVS Gebrauch gemacht werde.

**Lebach.** In Anwesenheit zahlreicher Gäste eröffnete Bürgermeister Nikolaus Jung die Ausstellung „Schutz und Wehr“ in der Eingangshalle des Rathauses Lebach. Jung, der die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernommen hatte, unterstrich in seiner Ansprache die gute Zusammenarbeit mit dem BVS.

**Neunkirchen.** In Anwesenheit von Bürgermeister Groß und Beigeordnetem Bernhardt sowie haupt- und ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter verabschiedete Landesstellenleiter Christian Koch den Leiter der BVS-Dienststelle Neunkirchen, Joachim Schmelzer, in den Ruhestand. Koch gab einen kurzen Überblick über die langjährige Tätigkeit des Scheidenden und stellte insbesondere Schmelzers Wirken in Neunkirchen heraus. Der Landesstellenleiter dankte Schmelzer für seine Leistungen und überreichte ihm eine Urkunde.

Danach stellte Koch den Nachfolger im Amt, Helmuth Klippel, vor. In dem neuen Wirkungsbereich habe Klippel es mit einem aufgeschlossenen Behördenkreis zu tun. Der qualifizierte Mitarbeiterstamm der Dienststelle biete außerdem die Gewähr für eine erfolgreiche Arbeit, führte der Landesstellenleiter aus.

Bürgermeister Groß zollte dem scheidenden Dienststellenleiter Dank für die Zusammenarbeit und überreichte ihm ein kleines Abschiedsgeschenk.

**Mandelbachtal.** Eine gut besuchte Informationstagung „Zivilschutz“ führte die BVS-Landesstelle Saarland im neuen Rathaus durch. Zur Begrüßung der Mandatsträger war auch Bürgermeister Carlen gekommen, der sich insbesondere bei BVS-Landesstellenleiter Koch für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedankte. Im Verlaufe der Tagung traf auch der BVS-Kreisbeauftragte, Oberamtsrat Albert Martini, ein, der die aufschlußreichen Ausführungen von Ministerialrat Hans Grundmann bezüglich des Katastrophenschutzes ergänzte, wobei er speziell auf die Verhältnisse im Saarpfalz-Kreis einging.

Der öffentliche und private Schutzraumbau, über den Ministerialrat Dipl.-Ing. Wilhelm Klein referierte, stand im Mittel-

punkt der Tagung. Hierbei gab der Referent einen Überblick über die innerhalb des Kreisgebietes geschaffenen und noch vorgesehenen Schutzbaumaßnahmen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Vertreter der politischen Parteien die Darlegungen Kochs über den Selbstschutz in den Gemeinden. Nach Auffassung der Kommunalpolitiker müßten diese Tagungen von jedem Ortsvorsteher und den Ratsmitgliedern besucht werden. Dann sei es auch für die Gemeinde wesentlich einfacher, die vorbereitenden Selbstschutzmaßnahmen zu forcieren.

Einige Teilnehmer sprachen sich gleichzeitig dafür aus, vom Informations- und Ausbildungsangebot des BVS Gebrauch zu machen.

## Bayern heute

**Geretsried/Krailling.** Mit viel Erfolg zeigte die BVS-Dienststelle Starnberg die Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ in den Rathäusern von Geretsried und Krailling.



Ein Ausstellungsrundgang im Kraillingen Rathaus (v.l.): 2. Bürgermeister Schmid, Selbstschutzberater Staggge, BVS-Dienststellenleiter Schramm, Gemeinderätin Lilo Ruhdorfer, 1. Bürgermeister Schreyer. (Foto: Weißfuß)

Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung in Geretsried betonte Bürgermeister Rudolf Mörtl, er werde als Schuldirektor einen Malwettbewerb mit der Themenstellung „Katastrophen- und Selbstschutz“ in den Geretsrieder Schulen fördern.

Beide Ausstellungen wurden von rund 2300 Bürgern besucht.

**Starnberg.** Mitte September hat die BVS-Dienststelle Starnberg in Tutzing neue Räume bezogen. Die Dienststelle setzt damit eine seit 1956 bestehende Verbindung zwischen der Gemeinde Tutzing und dem BVS fort. Von 1956 bis zu ihrer Verlegung nach Geretsried befand sich in Tutzing die weit über Bayerns Grenzen hinaus bekannte BVS-Schule. Tutzing war auch einer jener Orte, der sich spontan bereit erklärte, am Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes teilzunehmen.

**Grünwald.** Auf Empfehlung der Branddirektion München hat die BVS-Dienststelle Starnberg in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand an der Durchführung von sechs Informationsseminaren über Sicherheitsfragen an bayerischen Schulen mitgewirkt.

Teilnehmer an diesen Seminaren, die in der Sportschule Grünwald stattfanden, waren die Fachberater für Sicherheitsfragen an den bayerischen Schulämtern. Aufgabe dieser Fachberater ist es, die Sicherheitsbeauftragten der einzelnen Schulen über schulspezifische Sicherheitsfragen zu informieren und fortzubilden.

Die BVS-Dienststelle Starnberg referiert jeweils über Brandschutzmaßnahmen in Schulen. In einer praktischen Übung wurde den Teilnehmern die Handhabung der in Schulen vorhandenen Löschgeräte sowie das Ablöschen brennender Kleidung demonstriert.

**Regensburg.** Bei der Fülle der behandelten Themen reichte auch diesmal der vorgesehene Zeitraum nicht, als sich die BVS-Beauftragten, der Helfervertreter und die Fach- und Sachbearbeiter der BVS-Dienststelle Regensburg, wie in jedem Quartal, zu einem Koordinierungs-

gespräch trafen. In diesen Besprechungen werden Termine, Vorhaben und Planungen abgesprochen und nach neuen Wegen gesucht, den Selbstschutzgedanken in die Bevölkerung zu tragen.

So wurde u. a. beklagt, daß Informationsstände und Kleinausstellungen zu wenig Beachtung finden und publikumswirksamere Lokalisationen gefunden werden müssen. Daher werden künftig alle Jahresplanungen der Marktämter und Ausstellungsleitungen angefordert und Vereinbarungen mit den Trägern der Veranstaltungen angestrebt, um BVS-Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit wirksam einzubauen.

## GZS Berlin



### Erstes Schutzbauseminar der GZS

Am 17. und 18. November 1983 fand das erste Schutzbauseminar in Berlin statt. Es wurde von der GZS für Architekten und Bauherren veranstaltet. Das Ziel des Seminars bestand darin, die Planer mit den bestehenden bautechnischen Vorschriften für Schutzräume bekannt zu machen und die Auftraggeber über den Weg zur Erlangung staatlicher Zuschüsse zu den Baukosten aufzuklären.

Nach einer ausführlichen Abhandlung über die Wirkung moderner konventioneller Waffen wurden die ABC-Waffen behandelt.

Die einzelnen Wirkungskomponenten der Kernwaffen (Lichtblitz, thermische Strahlung, Sofortkernstrahlung, Druckwelle, elektromagnetischer Impuls und radioaktiver Niederschlag) sowie die Eigenschaften der biologischen Kampfmittel und der chemischen Kampfstoffe wurden den Seminarteilnehmern erläutert.

Hierauf folgte eine Darlegung der Schutzmöglichkeiten unter deutlicher Herausstellung der Grenzen baulicher Schutzmaßnahmen. Einen Volltrefferschutz gibt es nicht, selbst nicht gegen einige der modernen konventionellen Waffen. Deshalb wurde das Konzept des sog. „Grundschutzes“ entwickelt. Hierbei gilt es, alle diejenigen gegen die Wirkung von Kernwaffen abzuschirmen, die sich in hinreichend großer Entfernung vom Sprengpunkt einer Atombombe befinden. Dieser Abstand hängt von deren Detonationswert ab und liegt in etwa zwischen 1,8 und 6 Kilometern.

Im „Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (SBauG)“ vom 9. September 1965 (BGBl. I, Seite 1232) ist im §3 über die Beschaffenheit der Schutzräume folgendes gesagt:

„Die Schutzräume müssen gegen herabfallende Trümmer, gegen radioaktive Niederschläge, gegen Brandeinwirkungen sowie gegen biologische und chemische Kampfmittel Schutz gewähren und für einen längeren Aufenthalt geeignet sein (Grundschutz); es muß die Gewähr bestehen, daß sie in kürzester Zeit erreichbar sind.“

Daneben führt das SBauG noch den Begriff des „verstärkten Schutzes“ ein. Hierbei werden vom Schutzbau noch zwei zusätzliche Eigenschaften gefordert. Der Baukörper muß einem Luftstoß von  $3 \text{ kp/cm}^2$  (= 3 bar) standhalten und der radioaktiven Anfangsstrahlung Rechnung tragen.

Die Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin (BK/O [65]) 11 vom 1. Oktober 1965 gestattet in Berlin die Durchführung aller notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung vor den Wirkungen bewaffneter Angriffe. Daraufhin hat der Berliner Senat mit Beschluß Nr. 3914/67 vom 14. Februar 1967 festgelegt, den Aufbau des Zivilschutzes in Berlin zeitlich und materiell auf die Zivilschutzmaßnahmen des Bundes abzustimmen, soweit nicht die besonderen Berliner Verhältnisse einer Sonderregelung bedürfen. Am 16. Juli 1970 wurde ein Verwaltungsabkommen mit dem Bund über die Finanzierung des Zivilschutzes in Berlin geschlossen.

An Hand eines Planungsbeispiels, das sich auf den Entwurf eines Hausschutzraumes für 18 Personen bezog, wurden die zur Zeit geltenden „Bautechnischen

Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes“ detailliert erläutert.

Anschließend wurden diverse Typen von Fertigschutzräumen aus Stahl und Stahlbeton vorgestellt, wie sie zur Zeit in Gestalt von kugelförmigen, zylindrischen und kastenförmigen Baukörpern von zahlreichen Herstellern in Serie gefertigt werden.

Die Frage der Baukosten und staatlicher Finanzierungshilfen interessierte die Seminarteilnehmer besonders stark.

In Berlin kann die Gewährung von Zuschüssen des Bundes bei der Abteilung I des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Württembergische Straße 6-10 in Berlin 31, unter Verwendung eines dort erhältlichen Formblattes, beantragt werden.

Eine steuerliche Abschreibung der Herstellungskosten – wie das in den übrigen Bundesländern möglich ist – kann im Land Berlin nicht vorgenommen werden, da die entsprechenden gesetzlichen Regelungen hier nicht gelten.

Abschließend wurden der nachträgliche Umbau von vorhandenen Kellerräumen zu Schutzräumen und die im Notfalle zu ergreifenden Behelfsschutzmaßnahmen in Wohngebäuden besprochen.

Das zweitägige Seminar dürfte den teilnehmenden Architekten eine Reihe wichtiger Informationen geboten haben, die ihnen bei der Realisierung entsprechender Bauvorhaben als Entscheidungshilfe dienen werden. Bei den potentiellen Bauherren dürfte es den Schutzbaugedanken vertieft und die Schutzbauwilligkeit aktiviert haben.

Die GZS beabsichtigt, in Zukunft weitere derartige Seminare zu veranstalten.

Wittke

## Schleswig-Holstein



### Ölwehrgeschäften bewährten sich im Einsatz

**Neustadt.** „Mit der Stationierung modernster Ölwehrgeschäften begann für das Technische Hilfswerk in Ostholstein und speziell für den THW-OV Neustadt ein neues Kapitel im Einsatzbereich in dieser Region.“ Dieses Fazit zog der THW-Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein, Dipl.-Volkswirt Helmut Meier, anlässlich eines Informationsbesuchs beim 1. THW-Instandsetzungszug des Kreises Ostholstein in Neustadt. Meier bekräftigte, daß die Ölwehr des Kreises eineinhalb Jahre nach ihrer Indienststellung ihre Bewährungsprobe voll bestanden habe.

Meier lobte vor allen Dingen die hervorragende Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Ostholstein in Eutin. Er dankte dem Kreis noch einmal für die Anschaffung der hochmodernen Geschäften und der umfangreichen Materialien zur Bekämpfung von Ölschäden, die zentral für den Kreis Ostholstein beim THW-Instandsetzungszug in Neustadt stationiert sind.

Zahlreiche Einsätze seit der Beschaffung des Gerätes Ende 1981 hätten gezeigt, so betonte der Kieler THW-Geschäftsführer Karl Hübner, daß die Ölwehr sowohl materiell als auch personell seitens des THW nahezu als optimal zu bezeichnen sei. Einen besonders guten Eindruck habe die Ölwehr Ende September hinterlassen, als nach einem schweren Verkehrsunfall auf der Autobahn A 1 mehrere hundert Liter Heizöl am Fahrbahnrand zu versickern drohten

und nur der schnelle THW-Einsatz eine Umweltkatastrophe größeren Ausmaßes verhindern konnte.

Als vordringlichstes Ziel für die Zukunft des Instandsetzungsdienstes in Neustadt wünschte sich der neue THW-Ortsbeauftragte Rudolf Abold eine Verbesserung der funkttechnischen Anbindung an die Rettungsleitstelle des Kreises in Eutin, damit eine noch schnellere und effektivere Hilfe möglich wird. Abold berichtete, daß sowohl die für den „stillen Alarm“ benötigten Funkmeldeempfänger als auch Funkgeräte für die Fahrzeuge erforderlich seien. C. B.

## Hamburg



### Ausbildung in Hoya

**Hamburg.** Ein Bergungszug des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf führte an der Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes Hoya, über vier Tage eine verlagerte Standortausbildung durch.

Schwerpunkte der Ausbildung waren Stegebau, Behelfsbrückenbau, Wasserdienst und Fährenausbildung. Die Schule Hoya unterstützte alle Ausbildungsvorhaben mit Gerät und stellte, soweit es der Ausbildungsbetrieb zuließ, Fachlehrer zur Unterrichtung der Helfer zur Verfügung.

Als kultureller Höhepunkt wurde den Helfern eine Besichtigung der Bremer Altstadt geboten. Mit dieser Besichtigung war auch ein Empfang durch den Bremer Innensenator im Rathaus verbunden. A. K.

Behelfsmäßige Übergänge wurden im Rahmen der Ausbildung gebaut. (Foto: Krüger)



### Fortbildungsveranstaltung bei den Hamburger Wasserwerken

**Hamburg.** Zum zweiten Mal wurde für Unterführer und Helfer der GW-Gruppen bei den Hamburger Wasserwerken eine Fortbildungsveranstaltung durchgeführt. Die Helfer des THW Hamburg wurden im Rohrnetzbezirk Süd mit den vorhandenen Geräten und Maschinen vertraut gemacht.



Praktische Übungen, wie z. B. das Anbohren einer Leitung unter Druck, standen im Vordergrund der Ausbildung (Foto: Krüger)

Im Vordergrund der Ausbildung standen praktische Übungen wie die Rohrverlegung, das Umlegen einer Versorgungsleitung und das Anbohren einer Leitung unter Druck. Weiterhin wurden Übungen mit Formstücken durchgeführt, das Isolieren von Rohren und die Bearbeitung von Anschlußleitungen geübt. Die Helfer wurden ebenfalls mit den gängigen Armaturen und den verschiedenen Isoliermaterialien vertraut gemacht. Den Höhepunkt bildete eine praktische Fehlersuche am Rohrnetz.

Für 1984 ist für alle GW-Gruppen der Einsatz an echten Schadensstellen in Zusammenarbeit mit den Wasserwerken geplant. A. K.

### Fachdienstübung „Herbst 1983“

**Hamburg.** Über 500 Helfer der Fachdienste Bergungs-, Sanitäts- und Fernmeldedienst des THW Hamburg nahmen

THW-Helfer stützen den Dachstuhl ab.



an der Fachdienstübung „Herbst 1983“ teil. Auf einem alten Wertgelände war eine Gasexplosion angenommen worden. Da die Gebäude sowieso zum Abbruch anstanden, konnte die Schadensstelle realistisch hergerichtet werden. Eine große Anzahl von geschminkten „Verletzten“ und Puppen rundete das Übungsszenarium ab.

Nachdem die Brandschutzeinheiten den brennenden Dachstuhl abgelöscht hatten, konnten zwei Bergungszüge des THW mit der Menschenrettung in den Trümmern beginnen. Verschiedene Einlagen der Übungsleitung, z. B. eingespielte Detonationen, erschwerten den Bergungshelfern die Arbeit.

Nach zweieinhalb Stunden bekamen die eingesetzten Kräfte einen neuen Auftrag. In diesem Übungsteil sollten besonders das Herauslösen der Einsatzkräfte und das Zuführen von neuen Einsatzeinheiten geübt werden. Nachdem alle „Verletzten“ geborgen und in Schwerpunktkrankenhäuser gebracht waren, wurde die Übung beendet.

Der Chef der Hamburger Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Gebhardt, führte vor Schiedsrichtern und Übungsleitung eine kurze Abschlußkritik durch. Gebhardt lobte besonders den Einsatzwillen der Helfer, das komplette Vorhandensein von Material und Gerät sowie die reibungslose Zusammenarbeit und

Verbindungsaufnahme zwischen den Einheiten verschiedener Fachdienste. Er kündigte auch für 1984 verschiedene Fachdienst- und Alarmübungen an.

A. K.

### Mehr als 2000 Helferstunden für Verlegung eines Sanitätsmittellagers

**Hamburg.** Im Februar 1983 bekam der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona über das Bundesinnenministerium den Auftrag, für die Gesundheitsbehörde Hamburg die Lagerbühnen eines Sanitätsmittellagers von Uetersen nach Hamburg zu verlegen. Das Lager in Uetersen bestand aus ca. 100 lfd. m Regalbühnen in ca. 2,60 m Höhe mit Breiten von ca. 4–5 m. Auf einer Konstruktion aus Stahlstützen und Stahlträgern waren 8/20 Balken befestigt, die den Belag aus 30 mm Nut-/Feder-Brettern trugen. Der neu zu erstellende Grundriß in der Halle in Hamburg-Rissen umfaßte ca. 100 lfd. m Bühne von ähnlichen Breiten wie in Uetersen. Das vorhandene Material sollte weitgehend wieder verwandt werden, so daß die Verlegung kostengünstig bewerkstelligt werden konnte. Als Zeitvorgabe galt eine Fertigstellung bis Ende September 1983.

Vor dem Abbau wurden die Knoten der Stahlkonstruktion so markiert, daß beim

Zusammenbau jede Stütze wieder an die ursprüngliche Stelle des Trägers gesetzt werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt waren auch Konstruktion und Statik erstellt, so daß die wieder zu verwendenden Teile feststanden. Der Bretterbelag war mit ca. 7000 Holzschrauben befestigt. Da das Holz möglichst schonend abgebaut werden sollte, wurden zum Abbau Maschinenschrauben gemietet, mit deren Hilfe an einigen Abenden alle Bretter unbeschädigt gelöst wurden. Die Balken wurden ebenfalls problemlos abgebaut. Die Stahlträger wurden an die Dachkonstruktion angeschlagen und nach Lösen der Stützverbindungen abgelassen.

Für den Transport der teilweise 15 m langen Doppel-T-Träger stand ein Langholzträger mit lenkbare Hinterachse zur Verfügung. Spätabends setzte sich der seltsame Konvoi, eskortiert von Kombis und Fukow mit Blaulicht von Uetersen nach Hamburg in Marsch. An einigen Ecken war Millimeterarbeit erforderlich, um Ampel- und Lichtmasten zu umfahren. Am gleichen Abend wurde das gesamte übrige Material transportiert und in der neuen Halle gelagert.

Beim Aufbau waren einige Schwierigkeiten zu überwinden: In der Halle war ein Holzfußboden von ca. 13 cm Höhe eingezogen, der an allen Stützpunkten auszuschnitten war. Als Auflager an den Wänden der Halle wurden die Balken 8/20 angedübelt, die im Abstand von 2 m von Kanthölzern 10/10 unterstützt werden mußten. Hierfür waren ebenfalls Löcher auszuschnitten. Wegen der an den Wänden angebrachten Heizkörper mußten diese Stützen leicht schräg gestellt werden.

Im August wurde mit dem Aufbau begonnen. Mit Engagement und Geschick wurde das Handicap des teilweise nicht optimal geeigneten Werkzeuges überwunden. So war die verfügbare Hakenhöhe der zur Montage der Stahlträger eingesetzten Rohrlegewinden des I-Zuges zu gering, um die Träger auf die Stützen zu heben. Einige Zentimeter ließen sich durch den Holzfußboden der Halle gewinnen; für die restliche Höhe sorgten untergelegte Balken und eine speziell angefertigte, Höhe sparende Aufhängekonstruktion für die Träger. Der letzte, leichtere Träger wurde von Hand auf die Stützen gesetzt. Anschließend wurden die Balken aufgelegt und mit Holzverbinder gesichert. Der Bretterbelag, der aufgrund des geänderten Grundrisses speziell in den Ecken und Seitenbühnen auf neue Länge zu schneiden war, wurde mit ca. 70 kg Nägeln auf den Balken befestigt.

Die in den Holzfußboden geschnittenen Aussparungen wurden nach Befestigung der Stützen mit Dübeln mit Beton ver-

Bergungshelfer im Einsatz bei der Fachdienstübung „Herbst 1983“. (Fotos: Krüger)



Rohriegewinden wurden zum Aufbau der Stahlkonstruktion im neuen Sanitätsmittelager eingesetzt.

(Foto: Buch)



füllt, um den Hallenboden wieder auf voller Fläche nutzbar zu machen.

Pünktlich am 30. September um 22.30 Uhr, 1½ Stunden vor Ablauf der vereinbarten Frist, konnte die fertige Lagerbühne der Gesundheitsbehörde der Hansestadt übergeben werden. Nach Übergabe der Zeichnungen und der Statik war damit die Arbeit für das THW abgeschlossen.

Alle Helfer waren mit Engagement bei der Arbeit. Unzulänglichkeiten des auf den Bergungsdienst ausgerichteten Gerätesatzes wurden nicht als Hemmnis, sondern als Herausforderung empfunden und durch Improvisation zweckmäßig überbrückt. An Arbeitsleistung wurden über 2000 Helferstunden und mehr als 2500 Fahrzeugkilometer erbracht.

Hans Albertsen, der Konstrukteur, Statiker und Bauleiter; Zugführer Gebhard Reyelts und der Bergungszug 12/42 sowie der technische Einsatzleiter Dieter Buch, die hier stellvertretend für alle die Beteiligten genannt werden, haben zusätzlich zu dem normalen Dienstbetrieb diese umfangreiche Leistung erbracht.

D. B.

## Nachruf

Am 16. Oktober 1983 verstarb plötzlich und unerwartet der langjährige Gruppenführer

### Hans Peter Witt

im Alter von 30 Jahren.

Der Bezirksbeauftragte und die Helfer des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Nord sind zutiefst erschüttert und werden Hans Peter Witt ein ehrendes Andenken bewahren.

Der THW-Bezirksbeauftragte für Hamburg-Nord.

## Bremen



### Projekt für 70 arbeitslose Jugendliche

**Bremen.** Mit einem ungewöhnlichen Projekt gibt jetzt der Bremer Senator für Soziales, Jugend und Sport in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt in der Hansestadt 70 arbeitslosen Jugendlichen zumindest für die Dauer von neun Monaten eine Beschäftigung. Nach einer dreimonatigen Vorbereitungszeit reisten die Mädchen und Jungen im Alter zwischen 18 und 22 Jahren Anfang November zu einem Arbeitseinsatz nach Israel. Die jungen Bremerinnen und Bremer werden dort für drei Monate als Freiwillige in einem Moshaw, einem genossenschaftlich organisierten Landwirtschaftsbetrieb, leben und arbeiten. Nach Auskunft von Jugendsenator Dr. Henning Scherf unterstützt die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit dieses „Modellvorhaben“ mit 400000 DM.

Den Jugendlichen wurden in der drei Monate dauernden Vorbereitungszeit unter anderem handwerkliche und gärtnerische Kenntnisse vermittelt. Das Bremer THW hatte sich vor Beginn des Projekts der senatorischen Behörde gegenüber verpflichtet, einen Teil der Mädchen und Jungen im Rahmen seiner Möglichkeiten anzulernen. Jeweils sechs Jugendliche wurden in den THW-Geschäftsbereichsbereichen Bremen-West und Bremen-Neustadt betreut. „Sie haben unter anderem die Unterkünfte gereinigt, Zäune gestrichen, die Fahrzeuge gewaschen und die Außenanlagen gärtnerisch in Schuß gehalten“, erläuterte THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel. „Bevor die Jugendlichen zu uns kamen“, fügte er hinzu, „haben sie einen Selbstschutz-Grundlehrgang beim BVS

und eine Erste-Hilfe-Ausbildung beim DRK absolviert.“

Die Bedeutung des ungewöhnlichen Projekts betonte Jugendsenator Dr. Henning Scherf in mehreren Pressekonferenzen. Sein Standpunkt: „Wir sammeln hier Jugendliche von der Straße auf, denen niemand sonst ein Angebot macht. Ihre Alternative wäre also, weiter herumzugammeln.“

U. W.

## Niedersachsen



### Öffentlichkeitsarbeit für das Technische Hilfswerk

**Bremen/Hannover.** Der diesjährige Lehrgang der THW-Helfer für Öffentlichkeitsarbeit, der erstmals unter Einbeziehung der Bremer Helfer im Oktober 1983 in der Hansestadt durchgeführt wurde, zählte 40 Teilnehmer, für die übrigens als Schlafstätte ein ungewöhnlicher Ort ausgesucht war: ein Schutzbunker.

Pünktlich um 9.00 Uhr begann das Schulungsprogramm für die Helfer für Öffentlichkeitsarbeit aus den THW-Landesverbänden Bremen und Niedersachsen. Eingeleitet wurde der Lehrgang durch einen Vortrag von Uwe Wolthemath, von Beruf Journalist.

THW-Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Reiner Bormann, stellte anschließend sein Arbeitspapier in der zweiten Auflage vor und widmete sich dann besonders dem Thema Ausstellungen. So kann der THW-Landesverband Niedersachsen neben dem „Gabo-Stand“, speziell für Kreditinstitute, im nächsten Jahr einen überarbeiteten „Mero-Stand“ für allgemeine Ausstellungen zur Verfügung stellen. Auf entsprechende Anfragen im Verlauf einer ausführlichen Diskussion verdeutlichte Bormann, daß durch die Umstrukturierung des organisationseigenen Teils des THW die Tätigkeit als Helfer für Öffentlichkeitsarbeit nur noch in Doppelfunktion, also Anbindung an eine Funktion im KatS-Bereich, oder als Althelfer ausgeübt werden kann. Die THW-Helfer für Öffentlichkeitsarbeit, so wurde weiter diskutiert, vermissen häufig ganz allgemein die Anerkennung ihrer Tätigkeit, die sich u. a. auch im Nichtanspruch auf Mehraufwandsentschädigung niederschlägt. Aber auch das Fehlen entsprechender, wenn auch lose gefaßter Richtlinien zur Klarstellung der Funktion im Ortsverband und zur Erleichterung der Wahrnehmung entsprechender Aufgaben, wurde von den Lehrgangsteilnehmern kritisiert.

Zukünftig sollen die Lehrgangsteilnehmer in zwei Gruppen eingeteilt werden. Den langjährig tätigen und engagierten Helfern für Öffentlichkeitsarbeit wird dann ein anderes Programm angeboten als den Nachwuchshelfern, denen jeweils noch Grundlageninformationen vermittelt werden müssen.

Die Zusammenarbeit der Landesverbände Bremen und Niedersachsen im Bereich Schulung und Ausbildung wird durch zwei Verwaltungshelferlehrgänge im November 1983 in Hoya fortgesetzt.

R. B.

## „Prachtstück in Soltaus Innenstadt“

**Soltau.** Innerhalb von zwei Monaten erstellten die Helfer des THW-OV Soltau eine weitere Fußgänger- und Radfahrerbrücke. Von den bisher fünf angefertigten Exemplaren im Stadtgebiet ist die jüngste auch die schönste Brücke geworden. Sie hat ihren Standort im Zentrum an der Stadtkerntangente „Am alten Stadtgraben“. Der stellvertretende Bürgermeister Andreas Otto übergab das Bauwerk Mitte Oktober 1983 in Gegenwart von Mitgliedern der Stadtverwaltung, des Rates und von Helfern des THW seiner Bestimmung, den Mitbürgern und Gästen zu dienen.

Die Brücke hat eine Länge von elf Metern und ist 2,30 Meter breit, die Tragfähigkeit beträgt 500 kg/m<sup>2</sup>. Von Beginn der Arbeiten bis zum Übergabezeitpunkt war es eine mit Problemen behaftete Errichtungszeit. Im Juli wurde mit dem Einrammen von vier dicken Eichenpfählen begonnen. Sie dienen als Träger für die freigespannten Leimbinderträger. Die Tragfähigkeit je Pfahl beträgt 5 Tonnen.

Bei den komplizierten Dübelverbindungen traten die ersten Schwierigkeiten auf. Das benötigte Spezialgerät konnte nach langem Suchen in Gifhorn aufgetrieben werden. Die zeitliche Verzögerung betrug immerhin vier Wochen. Anschließend wurden 7½ m<sup>3</sup> Eichenschnittholz verarbeitet. Schon tauchten neue Probleme auf. Es gab Schwierigkeiten mit den Verbindungselementen, da zwei verschiedene Holzarten, nämlich Eiche und Fichte, für den Brückenbau verarbeitet wurden. Nach rund 800 Arbeitsstunden hatten es die Kameraden geschafft. Während der Dienstabende und an Samstagen waren immer vier bis 15 Helfer am Brückenbau beschäftigt. Die schwankende Helferzahl richtete sich nach den einzelnen Bauphasen.

„Die Brücke kann man jetzt nach der Fertigstellung getrost als Prachtstück in Soltaus Innenstadt bezeichnen, sie ist Bestandteil der Innenstadtsanierung“,

erklärte der stellvertretende Bürgermeister bei der feierlichen Einweihung. Nachdem er sich bei den Helfern des THW im Namen der Bürger der Stadt und der Verwaltung bedankt hatte, zerschchnitt Andreas Otto das traditionelle Brückenband. In einer Feierstunde ging der THW-Ortsbeauftragte Wilhelm Wiltenbockel nicht nur auf verschiedene Fragen zum Brückenbau ein, sondern gab auch einen kleinen Überblick über den Aufbau und die Aufgaben eines THW-Ortsverbandes und seiner Helfer.

M. M.

## Präsident Dr. Kolb zu Besuch im THW-OV Stade

**Stade.** Von einer Tagung in Hamburg kommend, stand der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, dem THW-Landesverband Niedersachsen im Oktober für einen Besuch „an der Basis“ zur Verfügung. Im Kreishaus des Landkreises Stade wurde ein ausführliches Gespräch geführt, zu dem Oberkreisdirektor Diekmann eingeladen hatte. Das Gespräch, an dem auch Kreisoberamtsrat Naubert, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Friese, Geschäftsführer Ziech und Landesbeauftragter Leiser teilnahmen, brachte sowohl für den Landkreis als auch für das THW und den Präsidenten wesentliche Anregungen für die jeweiligen Arbeitsbereiche. Ein abschließender gemeinsamer Rundgang durch die Innenstadt Stade vermittelte den Besuchern unter Führung des Oberkreisdirektors einen guten Einblick in die geglückte Sanierung der Innenstadt mit ihrer wertvollen alten Bausubstanz. Einen Sprung in die Neuzeit brachte die anschließende Besichtigung des Kernkraftwerkes Stade mit einem einführenden Vortrag und einer fachkundigen Führung.

Abschließend wurde der THW-OV Stade besucht. Hier begrüßte Kreis- und Ortsbeauftragter Friese im Kreis seiner Führungskräfte den Gast aus Bonn. Dr. Kolb

zeigte sich über Unterkunftssituation, Stärke und Ausstattung des Ortsverbandes gut informiert. Den Abschluß der Zusammenkunft bildete ein zwangloses Gespräch mit den anwesenden Führungskräften.

E. L.

## „Abgestürztes“ Flugzeug geborgen

**Quakenbrück.** „Schweres Unglück bei Menslage.“ Mit dieser Meldung alarmierte der Landkreis Osnabrück den OV Quakenbrück des Technischen Hilfswerks. Bei der danach anlaufenden Übung hatten die THW-Helfer konzentriert und mit großem Eifer zur Sache zu gehen. Die Aufgabe bestand darin, ein „abgestürztes“ Flugzeug im Raum Menslage aufzufinden und zu bergen. Bekannt waren nur die Koordinaten 1521/3728 der Absturzstelle. Während der gesamten Übung bestand Funkverkehr über Kanal 488 U/G.

Nach der Alarmierung durch den Kreis wurden alle THW-Helfer telefonisch vom Ortsverband benachrichtigt. Man informierte den Bergungszug 1, und eine Stunde nach der Alarmierung war alles einsatzbereit. Die Truppen rückten aus, wobei ein Zugtrupp als Erkundungstruppe eingesetzt wurde. Die Aufgabe lautete, Schadensstelle und -umfang genau zu ermitteln, um die Helfer danach einzusetzen. Während der Suche nach dem Flugzeug trafen vom Landkreis zwei weitere Schadensmeldungen ein: In Fürstenau drohte eine Eisenbahnbrücke einzustürzen und in Bippen war die Straße südlich der Eisenbahnlinie durch Überschwemmung zerstört. Sofort wurden zwei Bergungsgruppen von der Flugzeug-Suchtruppe abgezogen und an die beiden Orte gesandt, um dort die „Schäden“ zu beheben.

Währenddessen hatte die erste Bergungsgruppe im Tannenkamp in Hahnenmoor (Hahnenmoorkanal) das „abgestürzte“ Flugzeug entdeckt: ein Rumpf eines früheren Heeresflugzeuges



THW-Helfer bergen das „abgestürzte“ Flugzeug.  
(Foto: Bockstiegel)

in Originalgröße. Die „Piloten“ waren inzwischen geborgen worden. Die Bergung des Flugzeuges mußte in sehr unwegsamem Gelände durchgeführt werden. Mit Hilfe einer Winde, die an einem Unimog installiert ist, zog man den Rumpf auf einen Tieflader.

Im Verlauf der gesamten Übung standen der Ortsverband bzw. die Bergungstruppen in ständigem Kontakt mit dem Landkreis über Funk und Draht. Dabei wurden Beginn und Ende eines jeden Einsatzes dem Landkreis mitgeteilt, damit dieser seinerseits die Truppe erneut an anderen Orten schnell und komplett einsetzen konnte. Die Katastrophenabteilung des Landkreises konnte sich so ein möglichst genaues Bild vom Ablauf des Geschehens und der eventuell zusätzlich einzusetzenden Helfer machen.

An diesem Abend waren insgesamt 35 THW-Helfer aus Quakenbrück im Einsatz. Das bislang theoretisch Erlernete konnte in die Praxis umgesetzt werden. Gleichzeitig wurden aber auch verschiedenen Lücken im Ablauf festgestellt und somit wertvolle Erkenntnisse gewonnen, um zu noch schnellerer Einsatzabwicklung zu gelangen. H. B.

### THW-Führungskräfte umfassend informiert

**Salzgitter/Hoya.** Mit 40 Teilnehmern am 29. Oktober in Salzgitter und 70 am 5. November in Hoya hatten die diesjährigen Tagungen der Kreis- und Ortsbeauftragten des THW im Landesverband Niedersachsen eine große Resonanz.

In Salzgitter konnte THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Willi Kunze als Hausherr die Gäste aus den Regierungsbezirken Hannover und Braunschweig in seiner erst vor kurzem fertiggestellten Unterkunft willkommen heißen. Als besondere Überraschung ließ er zur Nachmittagspause die Mädchen und Jungen des neu formierten THW-Spielmannszuges Salzgitter aufspielen.

In der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, begrüßte Schulleiter Dr. Achim Kassner die Tagungsteilnehmer aus den Regierungsbezirken Oldenburg und Lüneburg sowie vom in der Woche zuvor verhinderten Geschäftsführerbereich Hannover. Als Ehrengast der Veranstaltung hieß Landesbeauftragter Eckhard Leiser den Referatsleiter THW 1 und ständigen Vertreter des THW-Direktors, Norbert Krutzki, willkommen. Dessen Ausführungen zur Tätigkeit und zu den Erfahrungen der Prüfungsgruppe des Bundesministers des Innern sowie die Erläuterungen zur Dislozierung und zur Reform der Geschäftsführerbereiche wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Während der Kreis- und Ortsbeauftragten-tagung spielte der THW-Spielmannszug Salzgitter auf.

(Foto: Bormann)



Sowohl in Salzgitter als auch in Hoya konnte sich Ralph Dunger als neuer THW-Hauptsachgebietsleiter Ausbildung vorstellen und seine gegenwärtige und zukünftige Arbeit umreißen. Unter der Moderation des Landesbeauftragten fungierten als weitere Referenten die Hauptsachgebietsleiter E und V, Jochen Rohwedder und Klaus Leifheit, sowie zu Themen der Öffentlichkeitsarbeit, Sachgebietsleiter Reiner Bormann. Den Abschluß bildeten jeweils Kurzvorträge von Vertretern der THW-Helfervereinigung. In Salzgitter war dies der THW-Landessprecher Willi Kunze und in Hoya der stellvertretende Landesvorsitzende Gerd Hase aus Cloppenburg. R. B.

Berlin



### Korbacher THW-Helfer in Tempelhof

**Berlin.** Bei einem Berlinbesuch wurden die Korbacher THW-Helfer von ihren Tempelhofer Kameraden begrüßt und in die Unterkunft gelotst. Dort empfing sie der Gastgeber und ihr eigener Ortsbeauftragter Dieter Stede.

Am nächsten Tag schauten sich die THW-Helfer in Berlin um. Der Checkpoint-Charly wurde besichtigt, ebenso die neue Staatsbibliothek, die Nationalgalerie und die Philharmonie, das Brandenburger Tor, der Reichstag und die Kongreßhalle. Eine der typischen Berliner Besonderheiten wurde nicht ausgelassen: der S-Bahnhof Wollankstraße. Er liegt auf dem Gebiet Ost-Berlins, ist aber den Ostberlinern nicht zugänglich. Dort bestiegen die Korbacher THW-Helfer die S-Bahn und fuhren ein Stück Richtung Süden.

Aber es wurde auch gearbeitet. Die THW-Helfer bekamen die Aufgabe, sich in der großen Stadt zurechtzufinden. In mehreren Fahrzeugen wurden Orientierungsfahrten nach Stadtplan durchge-

führt. Leicht war es nicht, die angegebenen Zielpunkte zu finden und den Weg dorthin herauszusuchen. Nach dem Mittagessen stand das Bergen aus Höhen und Tiefen auf dem Programm. „Verletzte“ waren durch waagerechtes und senkrecht Ablassen vom Übungsturm zu bergen. Danach kam der Leiterhebel zum Einsatz. Anschließend wurden eine Seilbahn gebaut und so die „Verletzten“ vom Turm geholt.

Dann ging es in die Tiefe. Eine Schadensstelle sollte erkundet werden. Sie war nur über einen 150 Meter langen Kriechgang zu erreichen. Der Gang hatte mehrere Abzweigungen, die nach etlichen Metern endete. Er war von Rohren durchzogen, seine Höhe schwankte zwischen 50 und 110 cm. Der C-Sack war mitzuführen. Eine Handweitleuchte spendete das nötige Licht. Verschiedene Hindernisse waren zu überwinden und der richtige Weg zu finden, wobei die benötigte Zeit dafür festgehalten wurde. In durchschnittlich sechs Minuten lösten die Korbacher Kameraden diese schwierige Aufgabe.

Ein gemütlicher Abend beendete den Berlin-Besuch. N. W.

### Übung macht den Meister

**Berlin.** Regenwolken hingen am Himmel, als Mitte September 30 Helfer des Bezirksverbandes 11/83 zu ihrer jährlichen Wochenendübung nach Spandau fuhren. Aber das Wetter hatte ein Einsehen. So konnten die Zelte noch im Trockenen aufgebaut werden.

Am nächsten Morgen wurden die Helfer vom eigenen Gelände mit der Schaluppe zum zwei Kilometer entfernten Übungsgelände der Polizei übergesetzt. Dort begannen drei THW-Gruppen mit dem Bau von Stegen. So mancher junge Helfer hatte sich in den letzten Monaten gefragt, wozu er die vielen Bunde üben mußte: Jetzt wurden sie alle gebraucht – ob Kreuzbund, Bockschnürbund, Bretttafelbund, Schleuderbund,

Dreibockbund oder andere. Der Bau des Bretterteppichstegs bereitete keine Schwierigkeiten. Beim Tonnensteg mußten die erfahrenen Helfer mit Rat und Hilfe einspringen. Bald war man eingeübt, so daß auch der Trümmersteg und der Bocksprengwerksteg bewältigt wurden.

Der THW-Landesbeauftragte Gerhard Brühl stattete den Helfern einen Besuch ab, um sich vom Können zu überzeugen. Deshalb wurde noch ein gut 30 m langer Hängesteg in Angriff genommen. Dazu kam ein Floß, mit dem am Abend eine Gruppe zum THW-Gelände übersetzte. Am nächsten Tag wurden alle Stege von anderen Gruppen noch einmal gebaut. Der Abbau der Stege und die Verlastung des Materials gingen ebenfalls zügig von der Hand. N. W.

Beim Stegebau sind Stiche und Bunde wichtig. (Foto: Bühl)



## Nordrhein-Westfalen



### Besuch in Bonn

**Aachen.** Ortsbeauftragte und Helfer aus drei THW-Ortsverbänden des Kreises Aachen besuchten zusammen mit Mitarbeitern der THW-Geschäftsstelle Aachen den Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Aachen, Erich Berschkeit. Berschkeit, auch Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Eschweiler, hatte die Helfer nach Bonn eingeladen.

Nach einem Spaziergang durch das Regierungsviertel der Bundeshauptstadt spürten die Helfer etwas vom Fluidum Bonns.

Bei einem Gespräch im Bundesministerium für Verteidigung wurden Fragen der Zusammenarbeit THW – Bundeswehr angesprochen. Leider konnte der Referent zu diesem Thema keine allzu befriedigenden Ausführungen machen.

In einem anschließenden Gespräch berichtete Berschkeit über seine Arbeit als Abgeordneter in Bonn.

### Nachruf

Wir haben einen guten Kameraden verloren.

Am 14. Oktober 1983 starb für uns völlig unerwartet

#### Jürgen Hoffmann

im Alter von 34 Jahren.

Er hat sich in seiner über 10jährigen THW-Zugehörigkeit um den Aufbau und den kameradschaftlichen Zusammenhalt unseres Bezirksverbandes große Verdienste erworben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Bezirksbeauftragte und die Helfer des THW-Bezirksverbandes Berlin Charlottenburg/Wilmersdorf

Mühlacker Feuerwehrstadtkommandanten Kurt Fiedler.

Rund zehn THW-Helfer waren den ganzen Samstag über im Einsatz, nach Kräften wurde mit dem vom Brand verschonten Werkzeug gebohrt, gehämmert und geschraubt und am Abend war der neue Zaun im Eingangsbereich des Campingplatzes fertig. Der THW-Ortsbeauftragte von Mühlacker, Rudolf Keppler, überzeugte sich an Ort und Stelle von der sauberen und soliden Arbeit.

Nachdem die Arbeit vollendet war, nahm Keppler die Gelegenheit wahr, sich beim ebenfalls anwesenden Feuerwehrkommandanten Kurt Fiedler für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Freiwilliger Feuerwehr und Technischem Hilfswerk zu bedanken. R. H.

### Gefahr für Kinder wurde beseitigt

**Schopfheim.** Die Ortsgruppe Schopfheim des Technischen Hilfswerkes hatte in diesem Jahr zum zweiten Mal Gelegenheit, eine Sprengung durchzuführen. Nachdem die Schopfheimer THW-Helfer im April mithalfen, den Kamin einer ehemaligen Spinnerei zu sprengen, waren sie in jüngster Zeit mit der Beseitigung des ehemaligen Wasserreservoirs, das mit seinem Pumpenhaus zwischen Fahrnau und Hausen lag, beschäftigt. Die Sprengung selbst wurde vom Kreisbeauftragten Klaus Schrenk aus Rheinfeldern durchgeführt.

Das an einem Steilhang mit Bewaldung liegende ehemalige Wasserreservoir mit Pumpenhaus war ein beliebter Spielplatz, jedoch auch eine ständige Gefahr für die Kinder. Das in Richtung Hausen liegende Gebäude war über dem Boden sieben Meter hoch und im Boden fünf Meter tief.

Den Auftrag zur Beseitigung erhielt das vom Ortsbeauftragten Arthur Kury geleitete THW Schopfheim. Zunächst mußten die Verrohrungen ausgebaut werden. Der teilarmierte Vollbetonbau sollte mit Präzisions-Richtsprengungen so zum Einsturz gebracht werden, daß der Bau-schutt der Seitenwände des Hauptgebäudes die bestehende Vertiefung auffüllt.

An Hand von Berechnungsplänen, die Kreisbeauftragter Klaus Schrenk gearbeitet hatte, mußten 145 Bohrlöcher an dem schon abgedeckten Gebäude angebracht werden. Diese wurden für die vier zeitlich versetzten Sprengungen mit insgesamt 7,9 Kilogramm „Ammongelit 3“ gefüllt und verdammt.

Um der Ausbildung gerecht zu werden, waren am Vor- und Nachmittag jeweils zwölf Helfer, die je zwei Sprengungen erlebten, zu diesen Arbeiten abgestellt.

Im Anschluß daran besichtigten die Teilnehmer den Plenarsaal im Bundeshaus.

Der Leiter der Gruppe, H. W. Bodelier, bedankte sich bei Berschkeit mit einem Holzteller mit THW-Emblem für die Einladung nach Bonn. H. W. B.

## Baden-Württemberg



### THW baute neues Weidegatter

**Mühlacker.** Ein Großbrand hatte in Mühlacker gewütet und dabei nahezu die gesamte Ausrüstung des dortigen Ortsverbandes des Technischen Hilfswerkes vernichtet. Dennoch war es für den Instandsetzungszug des THW-OV Mühlacker unter seinem Zugführer Peter Hiesinger selbstverständlich, daß man im Rahmen der Ausbildung den Campingplatz im Knittlinger Stadtteil Freudenstein ansteuerte, um den schadhafte Zaun um das dortige Streicheliergehege durch ein Weidegatter zu ersetzen. Diese Aktion entsprang der Initiative des

Nachdem Klaus Schrenk mit Sprenggehilfe Kiefer das Hauptgebäude mit den Richtsprengungen so beseitigt hatte, daß die fünf Meter Vertiefung aufgefüllt waren, wurde der Pumpenhausanbau mit 27 Ladungen mit einer Zusammenbruch-Sprengung in einen kleinen Schuttberg verwandelt. K. S.

### Futtermittelnotstand

**Stuttgart.** Durch die anhaltende Dürre in der zweiten Sommerhälfte 1983 war die ausreichende Viehfuttermittelversorgung in einigen Gebietsteilen Südbadens nicht mehr gewährleistet. Es galt, in unkomplizierter Weise dem sich abzeichnenden Futtermittelnotstand unverzüglich entgegenzutreten. Hierbei beteiligte sich auch das THW.

Insbesondere wurde der Landwirtschaft im südlichen Marktgräferland und im Kinzigtal Futtermais unter Einsatz von zwölf aus den Geschäftsführerbereichen Freiburg, Offenburg und Waldshut zusammengezogenen THW-Lastkraftwagen zugeführt. Diese konzentrierte Transporthilfe wurde durch eine in der Trägerschaft des THW befindliche Technische Einsatzleitung (TEL) örtlich koordiniert. Durch diese Maßnahmen hat das THW den landwirtschaftlichen Betrieben gezielt geholfen.

Bei dieser kurzfristig angesetzten Hilfeleistung hat das THW wieder gezeigt, daß es auch überörtlich mit zusammengefaßten Kräften schnell und wirkungsvoll zur Überwindung von Notsituationen einsetzbar ist.

Der Regierungspräsident in Freiburg, Dr. Norbert Nothhelfer, hat sich in einem Schreiben anerkennend über den THW-Einsatz geäußert und den Landesbeauftragten gebeten, diesen Dank den eingesetzten Helfern und Führungskräften zu übermitteln. G. K.

### Pumpeneinsatz bei der Bodenseewasserversorgung

**Stuttgart.** Um eine Inspektion der aus Schleuder-Panzer-Beton verlegten Rohrleitung im Bereich der Versorgungsleitung II der Bodenseewasserversorgung durchführen zu können, wurden THW-Einheiten aus den Ortsverbänden Konstanz, Friedrichshafen, Singen, Stockach und Villingen-Schwenningen Ende Oktober 1983 eingesetzt.

Es galt ca. 2000 m<sup>3</sup> Wasser mit einer Geschwindigkeit von 60 m<sup>3</sup>/s hochzufördern und in einen 100 m entfernten Vorfluter zu pumpen. Um die Pumpen zu entlasten, war vorgesehen, einen

3000-l-Faltbehälter als Puffer mit einer TS 21/3 zwischenschalten. Leider zeigte sich, daß die von den Herstellern angegebenen Förderleistungen der Pumpen nicht erreicht werden konnten.

So mußten nach und nach alle als Reserve vorgesehenen Pumpen eingesetzt werden. Außerdem wurde, um die Förderstrecke zu verkürzen, nicht mehr in den Vorfluter und das Pufferbecken eingespeist, sondern auf eine naheliegende Wiese gepumpt. Damit die Grasnarbe der Wiese nicht beschädigt wurde und keine Auskolkungen entstanden, wurde der Boden im Bereich der Schlauchenden mit Plastikplanen abgedeckt. Jetzt konnte die Fördermenge auf 80 l/s gesteigert werden.

Bei der Schätzung des aus dem Bereich der Rohrleitungen abzupumpenden Wassers wurde eine größere Wassermenge angenommen als wirklich vorhanden war, so daß der Einsatz des THW früher als vorgesehen beendet werden konnte. Trotzdem ist geplant, bei einem späteren Einsatz des THW an der Versorgungsleitung I der Bodenseewasserversorgung die großen Tauchpumpen aus Waldshut und Stuttgart einzusetzen, um die so gewonnene Zeit für Inspektionsarbeiten zu gewinnen.

Nachdem die Rohrleitung vollkommen entleert war, konnten die Rohrverbindungen untersucht werden. An den Stellen, an denen Erdbewegungen den Rohrstrang verschoben hatten und die Rohrverbindungen an den Muffen undicht geworden waren, wurden durch Firmen-Fachkräfte diese Partien neu abgedichtet.

Für die Bodenseewasserversorgung war diese Arbeit ein Beweis für die Einsatzfähigkeit des Technisches Hilfswerks.

Die Bodenseewasserversorgung entnimmt in größerer Tiefe Wasser aus dem Bodensee und versorgt mit zwei Leitungen den gesamten nord-schwäbischen Raum einschließlich der großen Versorgungsgebiete Stuttgart und Heilbronn. K. S.

### THW versorgt Marathonläufer

**Oberhausen/Rheinhausen.** Beim „Internationalen Karlsruher Marathon“, veranstaltet vom Turn- und Sportverein Rüppurr und dem DRK, übernahm der THW-OV Oberhausen-Rheinhausen die Trinkwasserversorgung bei der auf Streckenmitte liegenden Versorgungsstation. Die eingesetzten Helfer übernahmen gleichzeitig über Funk die Übermittlung von Daten an Start und Ziel. Die Zusammenarbeit klappte hervorragend. P. K.

### Nachruf

Der THW-Ortsverband Lörrach trauert um seinen Kameraden

#### Karl Schahl

der im Alter von 29 Jahren nach schwerer Krankheit verstarb.

Sein stets kameradschaftliches Verhalten ist uns Verpflichtung, ihm ein ehrenvolles Andenken zu bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Lörrach

Bayern



### Hoher Besuch beim Technischen Hilfswerk Starnberg

**Starnberg.** Der Präfekt der italienischen Provinz Lecce, Dr. Enzo Coccia, besuchte den Starnberger Ortsverband des Technischen Hilfswerks, Einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen, veranlaßte diesen Besuch.

Unter Führung des Starnberger Orts- und Kreisbeauftragten Dieter Wimmer konnte der Gast die Unterkunft am Schloßhölzl in Starnberg besichtigen. Dr. Coccia zeigte sich sehr beeindruckt vom Engagement und dem Idealismus der THW-Helfer, die ihre Freizeit in den Dienst des Katastrophenschutzes stellen. C. M.

### Mit Sauerstofflanze und Wasser im Einsatz

**Deggendorf.** Reibungslos klappte die Zusammenarbeit zwischen den Männern der Freiwilligen Feuerwehr Ruhmannsfelden und den zur gemeinsamen Katastrophenschutzübung eingeladenen Männern des Technischen Hilfswerks des OV Deggendorf unter Norbert Wagner sowie den THW-Helfern aus Mallersdorf und Osterhofen.

Die Helfer stellten gemeinsam und auch getrennt ihre Einsatzmöglichkeiten in gut dargebotenen Übungen vor und überzeugten nicht nur die Führungskräfte, sondern die Bevölkerung von Ruhmannsfelden und Umgebung. Bewundert wurde die Arbeit mit der Sauerstofflanze durch das Technische Hilfswerk Mallersdorf und Beifall erhielten die Männer der Feuerwehr Ruhmannsfelden für den Aufbau einer 800 Meter langen Schlauchleitung.

Alle Helfer wie Zuschauer wurden von der Küche des THW-OV Deggendorf mit einer Gulaschsuppe betreut.

Voller Stolz wurde ein Teil der THW-Fahrzeugausstattung gezeigt.



Die Übungen zeigten den hohen Ausbildungsstand der Wehrmänner und der Helfer aus Deggendorf und Mallersdorf auf. Von 9 bis 14 Uhr waren die Akteure am Werk und boten fast ihr gesamtes Repertoire an Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten. Arthur Schreiner (Orts-sprecher vom Stadtteil Deggendorf/-Fischerdorf) hatte die Mikrofön-Regie übernommen und unterrichtete die Zuschauer und Zuhörer über das sich immer wieder an andere Orte verlagernde Geschehen.



Mit über 2000 °C brennt sich die Sauerstofflanze durch jedes Gestein. (Fotos: Mattes)

Zunächst begrüßte Landrat Helmut Feuchtinger die Helfer von Feuerwehr und THW und unterstrich den Wert der Zusammenarbeit beider Hilfsorganisationen: „Nicht Konkurrenz, sondern Ergänzung in der Hilfe ist das Ziel.“ Bürgermeister Alois Zellner hieß die Gäste willkommen.

Bei der Wehr waren der Aufbau einer Saugleitung zu sehen, die Beherrschung von Seilen und Knoten und die Arbeit mit der Kübelspritze. Interessant war die Demonstration mit dem Pulverlöscher und das Löschen mit Kohlendioxidlöscher. Auch Zuschauer durften ihr Können im Umgang mit diesen Geräten zeigen. Hochinteressant waren die Vorführung und der praktische Einsatz der Sauerstofflanze durch das THW Mallers-

dorf. Die Deggendorfer THW-Helfer hatten dazu einen riesigen Betonklotz auf die Wiese gebracht und mit Spezialbohrern angebohrt. Mit 2500 Grad an der Lanzenspitze wurde von den Spezialisten dieser Klotz fast „spielend“ durchtrennt. Die Männer der Feuerwehr Ruhmannsfelden gaben dabei mit einer Leitung „Löschschutz“ für Eventualitäten, doch die Helfer aus Mallersdorf mit Zugführer Wilhelm Seidel an der Spitze beherrschten ihr Metier.

Alles, was das THW an Geräten zur Verfügung hat, wurde in Ruhmannsfelden gezeigt. Zugführer Georg Fuchs mit seinem Instandsetzungszug war verantwortlich für die Gasleitung. Die Elektrogruppe unter Gruppenführer Eduard Schreiner zeigte den Aufbau der selbstgebauten Flutlichtanlage und hatte die Netzersatzanlage 61 kVA aufgebaut und eine Feldtelefonleitung von 800 Metern installiert. Manfred Treske sen. und seine Männer zeigten die Arbeit mit der Seilbahn und hatten den Betonklotz mit Hydraulikpumpen an Ort und Stelle bugsiert. Die Helfer vom THW-Stützpunkt Osterhofen mit Gottfried Radbeck und Georg Streubel an der Spitze bauten einen Steg, und bewundert wurde deren Rollgliss zur Bergung aus Höhen und Tiefen. Die Küche unter Manfred Glas-hauser sorgte für das leibliche Wohl und die Kolonnenfahrt durch Ruhmannsfelden unter Schirrmeister Reinhold Hecht war eine echte Werbedemonstration.

Ortsbeauftragter Norbert Wagner sprach den Männern der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks Dank und Anerkennung aus. K. M.



Die „Verletzten“ wurden aus dem zweiten Obergeschoß geborgen. (Foto: Mendheim)

## Probe für den Ernstfall

**Starnberg.** Zwei Jahre nach der letzten Katastrophenschutzübung wurde im Landkreis Starnberg erneut der Ernstfall geübt.

An einem Samstag im Oktober ging bei der Polizei in Herrsching der Notruf ein, daß in einem Brauereigebäude am Ammersee eine Explosion erfolgt sei – die Feuerwehr und der Rettungsdienst werden alarmiert.

Nach Feststellung der Lage durch die eintreffenden Feuerwehren kann davon ausgegangen werden, daß im zweiten Obergeschoß der Brauerei etwa 50 Personen „verletzt“ und eingeschlossen sind. Die Feuerwehr beginnt, einen Brand des Dachstuhls zu löschen und versucht, die Bergung der „Verletzten“ aufzunehmen. Dies erscheint nahezu unmöglich, da alle normalen Zugänge zum zweiten Stock unpassierbar sind. Um 9.36 Uhr wird der Starnberger Bergungszug des THW über Funk alarmiert. Um 9.55 Uhr trifft das Technische Hilfswerk am Schauplatz der Katastrophe ein. Zugführer Christian Wodarczyk informiert sich über die Lage.

Als vordringlichste Aufgabe gilt es, die „Verletzten“ aus dem zweiten Stock herunterzubringen. Hierzu wird ein Rollgliss an einem aus der Wand herausstehenden Träger befestigt, und nach kurzer Zeit birgt das THW den ersten „Verletzten“ auf den sicheren Erdboden, wo er vom BRK übernommen wird. Auch die Feuerwehr birgt nun „Verletzte“, indem sie die Tragen vorsichtig an den Leitern heruntergleiten läßt. Plötzlich droht ein Teil der Decke des zweiten Obergeschosses einzustürzen – da noch „Verletzte“ oben sind, muß das THW die Decke behelfsmäßig abstützen, so daß die Bergung sicher weitergehen kann.

Als gegen 12.00 Uhr die Übung beendet ist, konnte mit Hilfe des Rollgliss ein großer Erfolg aller Übenden verbucht werden: 23 Verletztendarsteller der Bundeswehr wurden so binnen kurzer Zeit sicher auf den Boden gebracht. C. M.



Schweres Erdbeben in Ostanatolien

## Nach dem Beben: Hunger, Angst, Kälte

Über 1400 Todesopfer – Rund 500000 Personen wurden obdachlos –  
Schnelle Hilfeleistung durch das Deutsche Rote Kreuz

Das schwere Erdbeben, das am Morgen des 30. Oktober dieses Jahres die ost-anatolische Region Erzerum erschütterte, hat 1400 Todesopfer gefordert. 800 bis 1000 Verletzte werden in den umliegenden Krankenhäusern versorgt, 35000 bis 50000 Personen sind obdachlos geworden. Zwei Mitarbeiter des DRK-Generalsekretariats, Hans-Peter Paulenz und Martin Lenk, befanden sich bereits 24 Stunden nach der Katastrophe in der Türkei, um als Erkundungsteam Eindrücke an Ort und Stelle zu sammeln. Martin Lenk berichtet über seine Mission:

Nach ersten Gesprächen mit dem Türkischen Roten Halbmond in Ankara, in denen wir über die bereits angelaufenen Hilfsmaßnahmen informiert wurden, flogen wir nach Erzerum, der Provinzhauptstadt Ostanatoliens. Von dort aus sind es noch etwa 60 bis 70 Kilometer zum Epizentrum des Erdbebens, das am Tag zuvor stattgefunden hatte. Betroffen sind nach unseren Informationen die vier Bezirke Horasan (Epizentrum), Narmen, Pasinler und Serikamis. Aus Zeitgründen ist es uns nur möglich, von Erzerum aus die Bezirksstadt Horasan und einige der umliegenden Dörfer zu besuchen.

### Kein Stein mehr auf dem anderen

Mit dem Landrover fahren wir morgens in Begleitung eines Dolmetschers des Türkischen Roten Halbmondes nach Horasan und sind erstaunt, daß die Straßen in sehr gutem Zustand sind. Kleinere Schäden werden jetzt schon, nur anderthalb Tage nach der Katastrophe, behoben, die freie Zufahrt in das Gebiet ist ohne weiteres möglich. Auch in Horasan selbst, einer kleinen Stadt mit etwa 5000 Einwohnern und Eisenbahnan-schluß, sind kaum Zerstörungen feststellbar. Die gemauerten Häuser mit normaler Bedachung haben den mittelschweren Erdstößen ohne weiteres standgehalten.

Das eigentliche Ausmaß der Katastrophe wird erst deutlich, als wir in den umliegenden Dörfern die unvorstellbaren Verwüstungen, die fassungslosen Überlebenden sehen. Die Pisten zu diesen Dörfern, die bei Regen sofort verschlammten und ein Weiterkommen un-

hohen Temperaturen im Sommer, denen sich die Bauern in dieser baumlosen Gegend ausgesetzt sehen, haben sie sich förmlich in die Erde eingegraben. Einfache Balkenkonstruktionen sind mit Steinen und Lehm ausgefüllt, auf die meist lose aufliegenden Dachbalken ist



Schnelle Hilfe ist nötig: Die Hilfsgüter des DRK werden auf dem Köln-Bonner Flughafen verladen.

möglich machen, sind verstopft mit Lastwagen, auf denen Soldaten und hilfsbereite Studenten in die zerstörten Dörfer gebracht werden, um bei den Aufräumarbeiten zu helfen. Von Dorf zu Dorf werden die Verwüstungen schlimmer, bis wir zuletzt am Ende der Piste das Dorf Kizlarkalesi erreichen, in dem kein Stein mehr auf dem anderen steht.

Angesichts der Trümmer wird uns klar, warum bei dem mittelschweren Erdbeben so ungewöhnlich viele Todesopfer zu beklagen sind. Dies ist insbesondere auf zwei Umstände zurückzuführen: zum einen auf die Bauweise der Häuser, zum anderen auf den Zeitpunkt des Geschehens. Wegen der grimmigen Kälte im Winter (minus 30–40 Grad) und der

eine 50 bis 60 Zentimeter dicke isolierende Erdschicht aufgehäuft.

### Viele Menschen erstickten

Als die Erdstöße diese Hütten wie Kartenhäuser zusammenstürzen ließen, wurden die Menschen, die sich zum Zeitpunkt des Geschehens, um 7.15 Uhr morgens, teilweise noch in den Betten befanden, regelrecht erstickt, ohne daß rechtzeitig Hilfe möglich war. Relativ schnell eingesetzte Suchhunde konnten nicht einen einzigen Lebenden unter den verschütteten Opfern finden. Diejenigen, die überlebt haben, hatten sich zum Zeitpunkt des Erdbebens nicht in den Gebäuden befunden.

Die türkische Armee und der Türkische Rote Halbmond helfen mit schwerem Gerät bei den Bergungsarbeiten.



Da es in der Nacht vor dem Geschehen kalt war und erste Schneefälle eingesetzt hatten, befand sich ein Großteil des Viehs in den Häusern, um mit seiner Körperwärme zur „Heizung“ mit beizutragen. So ist zu erklären, daß zusammen mit den Angehörigen ein Teil der Lebensgrundlage der überlebenden Bevölkerung vernichtet wurde.

In den besuchten Dörfern können wir noch drei Tage nach der Katastrophe sehen, daß die Leichen der verschütteten Opfer teilweise mit Händen ausgegraben werden. Es spielen sich erschüt-

ternde Szenen ab, wann immer geborgene Tote Gewißheit über das Ausmaß der Katastrophe bringen. Die Menschen, die auf ihren ausgegrabenen Habseligkeiten hocken, völlig verstörte Kinder, die das Geschehen noch nicht begreifen können, blicken die Fremden und die Helfer hilfeschend und verzweifelt und auch teilweise noch völlig abwesend an.

### Im Schlaf überrascht

Ein Leutnant der Armee, der französisch spricht und seit drei Tagen im Einsatz-

gebiet ist, macht einen übermüdeten und erschütterten Eindruck. Er hat mit seinen Leuten in zwei Dörfern 600 Tote ausgegraben. Darunter – wie er sagt – ein Ehepaar, das schlief und von dem Erdbeben überrascht wurde, sowie eine Mutter mit einem nur zwei Wochen alten Kind im Arm, alle ohne sichtbare Verletzungen, erstickt.

Die Aufräumarbeiten und die Hilfsmaßnahmen sind jedoch schon in vollem Gange. Überall werden die Zelte des Türkischen Roten Halbmondes aufgebaut, um in den kalten Nächten

Im Epizentrum des Erdbebens bei Hovan: ein unübersehbares Trümmerfeld.



Die nächsten Angehörigen, Heim und Vieh verloren – wie sieht die Zukunft aus?



Der Türkische Rote Halbmond errichtet winterfeste Zelte für die obdachlose Bevölkerung.



Schutz zu bieten, Schlafsäcke und Decken werden verteilt, die Überlebenden werden aus Feldküchen gepflegt, die nach dem Erdbeben 1976 in der benachbarten Provinz Van das Deutsche Rote Kreuz seiner Schwestergesellschaft zur Verfügung gestellt hat.

Auch der schnelle Einsatz der Armee und vieler freiwilliger Helfer bei den Räumungsarbeiten zeigt, daß alle Hilfs-

kräfte mobilisiert werden, und daß die Betroffenen in der ersten Phase nach der Katastrophe in gut organisierter Weise mit dem Nötigsten versorgt sind.

### Spontane Hilfe

Das Deutsche Rote Kreuz ist bereits vier Tage nach der Katastrophe mit ei-

nem ersten Hilfsflug vor Ort, mit dem Zelte, Schlafsäcke, Decken und medizinische Ausstattung geliefert werden. Ein weiterer Hilfsflug folgte eine Woche später.

Die schnelle und spontane Hilfeleistung darf jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die eigentlichen Probleme sich erst einstellen werden. Anfang Dezember setzt der Winter ein, vie-

DRK-Delegierte Martin Lenk und Hans-Peter Paulenz nach ihrer Rückkehr aus dem Erdbebengebiet im Gespräch mit Herrn Olcayto, Korrespondent der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“.

(Fotos: Lenk 4, Zimmermann 2)



le Dörfer und Städte sind dann von der Außenwelt abgeschnitten, vor allem die abgelegenen Bergdörfer ohne gute Straßenverbindung. Sie werden über viele Wochen nicht erreichbar sein. Deshalb konzentrieren sich die Hilfsmaßnahmen

des Deutschen Roten Kreuzes auf die Wiederaufbauphase, die in Übereinstimmung mit dem Türkischen Roten Halbmond und den zuständigen türkischen Behörden sorgfältig geplant werden muß.

Martin Lenk

beurteilen kann, sind von allen Seiten zustimmende Erklärungen eingegangen.

**Frage:** Welche Bedeutung kommt den Aussagen der Genfer Abkommen und der Zusatzprotokolle zu Fragen der Menschenrechte zu?

**Dr. Schlögel:** Nun, es gibt gegenwärtig keine anderen völkerrechtlichen Verträge, die so verbreitet sind wie die Genfer Rotkreuz-Abkommen.

**Frage:** ... auch nicht die Abkommen der UN, also der Vereinten Nationen?

**Dr. Schlögel:** Auch diese nicht, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen haben nur etwa je siebzig Staaten die beiden internationalen Pakte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966 ratifiziert, also bedeutend weniger, als Staaten die Genfer Rotkreuz-Abkommen ratifiziert haben; zum zweiten weil diese Abkommen zwar sehr wichtige Bestimmungen für Friedenszeiten enthalten, uns jedoch völlig im Stich lassen, wenn wir sie darauf hin prüfen, welche dieser Bestimmungen auch im Konfliktfall anwendbar sind.

**Frage:** Könnten Sie Beispiele dafür nennen, welche Menschenrechte durch Genfer Abkommen und die Zusatzprotokolle besonders geschützt werden?

**Dr. Schlögel:** Es ist in erster Linie der Schutz des Lebens und der Gesundheit. Kriegsgefangene dürfen beispielsweise nicht einfach ermordet werden. Weiter sind es das absolute Verbot der Geiselnahme und das heute lebenswichtige Verbot der Folterung. Gerade diese Menschenrechte sind aber in der Gegenwart erheblich bedroht; ihr Schutz durch die Genfer Abkommen und die Protokolle ist daher auch in besonderem Maße wichtig.

**Frage:** Inwieweit sind diese Genfer Abkommen auch ein wichtiges Element, um Frieden und Freiheit zu sichern?

**Dr. Schlögel:** Das Rote Kreuz hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Humanitäre Völkerrecht nicht nur Bestimmungen für den Konfliktfall enthält, sondern daß es auch das wichtigste Mittel ist, den Krieg gewissermaßen unwahrscheinlicher zu machen. Je mehr nämlich die Möglichkeiten von Kampfmaßnahmen im Krieg eingeschränkt werden, desto unwahrscheinlicher wird der Krieg selbst. Es gibt natürlich kein Patentrezept, um den Frieden absolut zu sichern; jedenfalls konnte bisher noch niemand etwas vorschlagen, was dafür geeignet wäre. Eine weltweite Ratifikation der Zusatzprotokolle und die unbedingte Einhaltung der Genfer Rotkreuz-Abkommen sind jedoch bei weitem die wichtigsten Mittel, friedensstiftend zu wirken.

**Ich danke Ihnen für dieses Gespräch, Herr Dr. Schlögel.** Evemarie Sill

## Das Interview

Über die Hilfe, die das Rote Kreuz durch die Genfer Abkommen und die Ratifizierung der Zusatzprotokolle gegenwärtig leistet, führten wir ein Gespräch mit Dr. jur. Anton Schlögel, DRK-Generalsekretär a. D., Mitglied des DRK-Präsidiums und Vorsitzender des DRK Arbeitskreises „Humanitäres Völkerrecht“.

**Frage:** Wir haben in den vergangenen Monaten wiederholt über die Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen berichtet. Um zu vermeiden, daß „Zusatz-“ hier falsch im Sinne von „nicht unbedingt notwendiger Nachtrag“ verstanden werde, bitten wir Sie, unseren Lesern zu sagen, warum diese bei-

den Zusatzprotokolle so eine Kampagne rechtfertigen?

**Dr. Schlögel:** Das Wort „Zusatzprotokolle“ ist in der Tat nicht sehr glücklich gewählt. Es bedeutet nichts anderes, als daß hier durch einen völkerrechtlichen Vertrag ergänzende Bestimmungen zu den bereits bestehenden Genfer Rotkreuz-Abkommen vereinbart wurden.

**Frage:** Sind Ihnen, Herr Dr. Schlögel, Reaktionen auf die Ratifikationsappelle des DRK an die zuständigen Stellen bekannt? Schließlich haben der Präsident, der DRK-Rechtsausschuß und Ihr Arbeitskreis eine Reihe von Aktivitäten in dieser Richtung unternommen.

**Dr. Schlögel:** Ja, unser Präsident hat eine äußerst wirksame Kampagne zugunsten der beiden Zusatzprotokolle entfaltet. Er hat sich an Parteien, an die zuständigen Stellen der Regierung und an die großen gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften und andere gewandt. Soweit ich es bisher



Dr. jur. Anton Schlögel, DRK-Generalsekretär a. D., Mitglied des DRK-Präsidiums und Vorsitzender des DRK-Arbeitskreises „Humanitäres Völkerrecht“. (Foto: Lenk)

ASB-Soforthilfe für die Erdbebenopfer in der Türkei

## Spontane Bereitschaft ermöglichte schnelle Hilfe

Über 30 Tonnen Hilfsgüter mit dem Flugzeug ins Erdbebengebiet transportiert

Die Hilfsgüter für die Opfer des Erdbebens in der Türkei werden von ASB-Helfern auf einen Lkw gestapelt und zum Flughafen transportiert.



Ein schweres Erdbeben hat in den Morgenstunden des 30. Oktober 1983 den Osten der Türkei erschüttert. Nach offiziellen Angaben wurden mehr als 1300 Tote und 75000 Obdachlose gezählt. Das Zentrum des Bebens lag bei der Stadt Pasinler, rund 600 Kilometer östlich von Ankara. Mehr als 30 Dörfer in der Umgebung der Stadt Horasan wurden völlig zerstört. Die Erschütterungen reichen bis zum Grenzgebiet zur Sowjetunion im Osten und im Süden bis zur Stadt Diyarbakir. Mehrere Dörfer in der Umgebung der Städte Horasan und Namar waren von der Außenwelt abgeschnitten. In Pasinler, 60 Kilometer östlich der Provinzhauptstadt Erzurum, und in der Ortschaft Koprukoy bei Pasinler wurden nach ersten Berichten Hunderte von Häusern zerstört. Der Zugang zu den betroffenen Orten wurde durch heftige Schneestürme erschwert. Die vier Hospitäler in Erzurum mußten eine große Anzahl von Verletzten aufnehmen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund als Einsatzleitzentrale für humanitäre Hilfe von Parität International/DPWW und des In-

ternationalen Arbeiterhilfswerkes (IAH) reagierte sofort und bot seine Hilfe an. In Zusammenarbeit mit der Türkischen Botschaft und dem Auswärtigen Amt wurden dringend benötigte Hilfsgüter bereitgestellt. ASB-Ortsverbände waren sofort bereit mitzuhelfen. Schon am 1. November 1983 konnte die erste Maschine der Turkish Airlines mit fünf Tonnen Medikamenten und 15 Tonnen warmer Winterbekleidung im Gesamtwert von 1,5 Mio. DM auf dem Frankfurter Flughafen verladen werden. Um 21.00 Uhr startete die Maschine direkt ins Erdbebengebiet.

Diese schnelle Hilfe war nur durch die spontane Bereitschaft und Mitarbeit verschiedener ASB-Ortsverbände möglich, die in der Nacht zuvor die Fahrzeuge mit den Hilfsgütern beluden und nach Frankfurt zum Flughafen brachten.

Nun wurden weitere Hilfsmaßnahmen mit den ausländischen ASB-Partnerorganisationen in Dänemark, Norwegen, Österreich und Belgien abgesprochen. Die norwegische Volkshilfe sagte sofort eine finanzielle Unterstützung zu.

Die Einsatzleitzentrale erhielt ein weiteres Hilfeersuchen durch die Türkische Botschaft, in dem um Wolldecken, Zelte und Öfen gebeten wurde. Aufgrund der verschlechterten Wetterlage, Schnee und eisige Kälte, sind diese Gegenstände dringend notwendig. Daraufhin beschloß der ASB-Bundesvorstand umgehend, eine weitere Hilfssendung bereitzustellen, und zwar 5000 Wolldecken und 30 Zelte mit den dazugehörigen Zelt Heizgeräten. Der Wert dieser Hilfssendung beläuft sich auf weitere 100000 DM.

Wiederum waren die Ortsverbände gefordert. Innerhalb kürzester Zeit holten sie aus den verschiedensten Gegenden der Bundesrepublik per Lkw die Hilfsgüter und brachten sie zum Flughafen nach Frankfurt. Am 4. November, um 21.00 Uhr, konnte die Maschine mit den Hilfsgütern starten. Somit war die dringende humanitäre Soforthilfe abgeschlossen. Über 30 Tonnen Hilfsgüter wurden in das Erdbebengebiet transportiert.

## Medikamente und Bekleidung für Brasilien

Im Nordosten Brasiliens hat es seit über fünf Jahren keinen Regen mehr gegeben. Die Landschaft vertrocknet, über 24 Millionen Menschen sind von dieser Dürrekatastrophe betroffen. Dagegen wurde der Süden dieses riesigen Landes von einer Überschwemmungskatastrophe überrascht.

Nachstehend ein Auszug aus dem Hilfersuchen der Brasilianischen Botschaft an den ASB:

„... Wie Sie wahrscheinlich bereits wissen, ist in den letzten Wochen durch Überschwemmung, Unwetter und Sturm eine Katastrophe großen Ausmaßes über Südbrasilien hereingebrochen. Am stärksten betroffen wurde von diesem Unheil ohne Zweifel der Staat Santa Catarina, der im Laufe des ersten Vierteljahres 1983 bereits von einem Unwetter und zwei Überschwemmungen heimgesucht worden war. Die stärksten und ausgedehntesten Überschwemmungen wurden durch das dritte Hochwasser ausgelöst, das zwischen dem 4. und 16. Juli auftrat und 70% der Bevölkerung des Staates (mehr als zwei Millionen Menschen) betroffen hat.

## ASB-Hilfe für den notleidenden Tschad

Weitere zwei Lastkraftwagen im Wert von 30000 DM sind in die Hauptstadt des Tschad, N'D-amena, gebracht worden. Diese verteilen nun neben den bereits gelieferten fünf Lkw Lebensmittel an die notleidende Bevölkerung.

Im August 1983 wurden Ersatzteile geliefert, um den Einsatz der Fahrzeuge, der unter den härtesten Bedingungen stattfindet, sicherzustellen. Nach Berichten der UNDRO (United Nations Disaster Relief Organization – Katastrophenhilfswerk der Vereinten Nationen) haben sich die Fahrzeuge bisher hervorragend bewährt und sind nun im Süden des Landes, außerhalb des Kriegsgeschehens im Norden, eingesetzt.



ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer (links) im Gespräch mit dem Gesandten der Brasilianischen Botschaft, Mario Augusto Santos.  
(Foto: Stachowski)

Das letzte Hochwasser hat nicht nur schwere Schäden verursacht, sondern auch 250000 Menschen obdachlos gemacht. 35000 Kinder haben dadurch ihr Heim verloren. Der Großteil der Wirtschaft des Staates Santa Catarina, die 18000 städtische Industriebetriebe, 280000 kleine landwirtschaftliche Betriebe und 63000 andere Unternehmen im städtischen Bereich umfaßt rund 900000 Arbeitnehmer, davon 70% im städtischen Bereich beschäftigt, wurde lahmgelegt. Zwölf Tage lang waren die Betriebe überflutet.

Der Gouverneur des Staates Santa Catarina, Esperidiao Amin Helou Filho, richtete ein Schreiben an die Botschaft, in dem er bittet, die oben angeführten Informationen denjenigen Stellen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bekanntzugeben, die daran interes-

siert sind, den Opfern der Naturkatastrophe in Santa Catarina in irgendeiner Weise zu helfen.

Die Botschaft dankt daher im voraus verbindlichst für jede Form der Hilfe, die geleistet werden kann, insbesondere in Form von Kleidung, Nahrung und Medikamenten ...“

Sofort wurden umgehend 650 kg dringend benötigter Medikamente im Wert von 130000 DM sowie fünf Tonnen Bekleidung im Wert von 50000 DM vom Frankfurter Flughafen aus in das Überschwemmungsgebiet geflogen.

Der Geschäftsträger der Brasilianischen Botschaft stattete dem ASB am 5. November 1983 einen Besuch ab und sprach dem Bundesvorstand für die schnelle und spontane Hilfe seinen Dank aus.



Die vom ASB bereitgestellten Lastkraftwagen sind im Tschad zur Verteilung von Lebensmitteln an die notleidende Bevölkerung eingesetzt.

## „Menschenführung“

Ein Seminar für Nachwuchskräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe

### 1. Bedarf, Zielsetzung, Zielgruppe

Seit Jahren wird in der Johanniter-Unfall-Hilfe das Thema „Führung und Führen“ im Bereich der Unterführer- und Führerausbildung erörtert. Die praktischen Erfahrungen aus dieser Ausbildungsarbeit haben gezeigt, daß die Kenntnisse der meist noch jungen Führer und Unterführer in der Menschenführung nicht immer ausreichend sind. Die Forderung zur Unterweisung in Fragen der Menschenführung trifft ebenso auf Ausbilder der Stufe II und III wie auf neu berufene und junge Beauftragte der JUH zu. Gerade die Beauftragten haben durch ihre Pflicht der Vertretung der JUH nach außen und die vielfältigen Aufgaben des Informierens, Anweisens und Kontrollierens erhebliche Führungsaufgaben übernommen. Der Bundesausbildungsleiter hat den Wunsch nach mehr Unterweisung im Bereich der Menschenführung aufgegriffen und mit dem Lehrstab der Bundesschule eine Konzeption erstellt, die in einem Pilotseminar am 15./16. Oktober 1983 in der Bundesschule der JUH in Niederweisel praktisch erprobt wurde.

Ziel des Seminars war es, die zum Teil schwerverständlichen psychologischen Erkenntnisse in verständlicher Form zu vermitteln, um den Führern des Katastrophenschutzes und den Ausbildern der JUH Hilfen für die Praxis zu vermitteln.

### 2. Inhalte, Hilfen für die Praxis

Ausgehend von den „fünf Grundbedürfnissen des Menschen“ der Psychodynamik, dem Seinwollen, dem Habenwollen, dem Mitteilenwollen, dem Wissenwollen und dem Wirkenwollen wurden darauf aufbauend die vier Voraussetzungen zur Führungsfähigkeit in verständlicher Form erläutert. Zu den Voraussetzungen zur Führungsfähigkeit gehören insbesondere Menschenkenntnis, Intelligenz, Fachkenntnis und Führungswille. In Kenntnis

der Voraussetzung zur Führungsfähigkeit wurden im zweiten Unterrichtsblock wesentliche Bereiche aus der Psychologie vermittelt. Ausgehend von der Kenntnis des Selbstbildes wurden in praktischen Übungen Erkenntnisse zum Selbstwertgefühl zusammengetragen mit dem Ziel, ein eigenes „Selbstwertgefühlendiagramm“ zu erstellen. Gemäß den menschlichen Bedürfnissen wurden in einer weiteren Stufe die wesentlichen Inhalte der Motivation praktiziert. Danach wurden die bewußten wie auch unbewußten Rückmeldungstechniken (Feedback) geübt mit dem Ziel, anhand einer Checkliste eine Kontrolle zum richtigen und aktiven Zuhören als praktische Hilfe zur Hand zu haben.

Ziel des zweiten Unterrichtsabschnittes sollte es sein, das eigene Verhalten besser einschätzen zu lernen und ggf. Einstellungsveränderungen zu vollziehen. Die Teilnehmer sollten weiterhin lernen, mit der Kenntnis über Kommunikation unsere Mitmenschen besser zu verstehen, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen erfolgreicher zu gestalten und unser „Ich“ besser einordnen zu können.

Im dritten Unterrichtsabschnitt wurden unter dem Stichwort „Selbstkritik“ die drei gefährlichsten Schwächen der Führung, d. h. Überheblichkeit, Unbeherrschtheit und Voreingenommenheit aufgegriffen.

In der letzten Unterrichtseinheit sollten die erworbenen theoretischen und zum Teil auch praktischen Kenntnisse auf die Hilfsorganisation übertragen werden, d. h. die Frage beantwortet werden, wie die Führer der JUH Menschen dazu veranlassen, in der Organisation die gestellten Aufgaben im Johannitergeist zu vollziehen. Dabei wurde insbesondere der Zusammenhang erläutert, daß in der JUH statt auf „Einzelkämpfer“ auf das „Team“ gesetzt werden muß. Dies begründet sich schon allein auf der großen Aufgabenbreite und den geforderten Qualitäten, denn es gilt insbesondere für die Vorgesetzten, Mitarbeiterprinzipien,

Kooperation und Kollegialität zu lernen und zu üben.

Zitat: „Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter. Wenn wir sie behandeln, als wären sie, was sie sein wollten, so bringen wir sie dahin, wo hin sie zu bringen sind“ (Goethe).

Dies wird überall nur dann zu erreichen sein, wenn die folgenden Führungsprinzipien zur Wirkung kommen:

**1. Partizipation**, d. h. die Teilnahme am Entscheidungsprozeß (weniger Abhängigkeit, mehr Selbst- als Fremdbestimmung). Sie zeigt sich in Mut zur Entscheidung, Akzeptieren von Entscheidungen, aktiver Informationsbeschaffung, Delegationsbereitschaft und -fähigkeit.

**2. Respektierung**, Beachtung personeller Interessen (weniger Routinebehandlung, mehr Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeit). Sie zeigt sich in qualitativer Personalplanung, positivem Beurteilungsverhalten, Förderungsverhalten, Förderungsmaßnahmen, individueller Problemlösung.

**3. Kollegialität**, d. h. Partnerschaft im zwischenmenschlichen Bereich (mehr Vertrauen und Hilfen – weniger Angst und Aggression). Sie zeigt sich in gegenseitigem Verständnis kollegialer Partnerschaft, Verarbeitung sozialer Konflikte und Einarbeitung von Stellvertretern und Nachfolgern.

**4. Humanisierung**, d. h. Verbesserung der Zusammenarbeit (Stärkung des Teamgeistes, weniger Eigensucht und Resignation). Sie zeigt sich in Bejahung notwendiger Veränderungen, Selbstdisziplin und Kontrolle, Sonderaufgaben – Solidarität – Arbeitssicherheit.

Ausgehend von der Erkenntnis über die veränderten Arbeitsbedingungen/Prozesse, wurden die zeitgerechten Arbeitssysteme dargestellt, die eben differenzierter, dynamischer und gruppenbezogener geworden sind, d. h. für die Praxis mehr Zeit und Kraft in Führungsaufgaben stecken, Ziele aufzeigen, Initiativen und Engagement zielgerecht

Ein fast historisches Bild – die JUH-Bundesschule in Niederweisel, vor dem zur Zeit laufenden Umbau.



mobilisieren. Für die Mitarbeiterführung heißt das zusammenfassend, die Mitarbeiter tüchtiger machen, sie zur Mitarbeit gewinnen, die Zusammenarbeit verbessern, Verantwortung übertragen, die Lernbereitschaft steigern, sie auf die Zukunft vorbereiten.

Während des Seminares wurden die erworbenen Kenntnisse mit praktischen Übungen auf die jeweilige JUH-Situation übertragen. Es wurde u. a. geübt

- wie führt man neue Mitarbeiter ein
- wie informiert man Mitarbeiter
- wie delegiert man Aufgaben
- wie führt man Kontrollen durch
- wie übt man Kritik

- wie veranlaßt man Veränderungen
- wie behandelt man Beschwerden
- und wie verhält man sich bei persönlichen Anliegen von Mitarbeitern.

### 3. Perspektiven für die JUH-Arbeit, Zusammenfassung

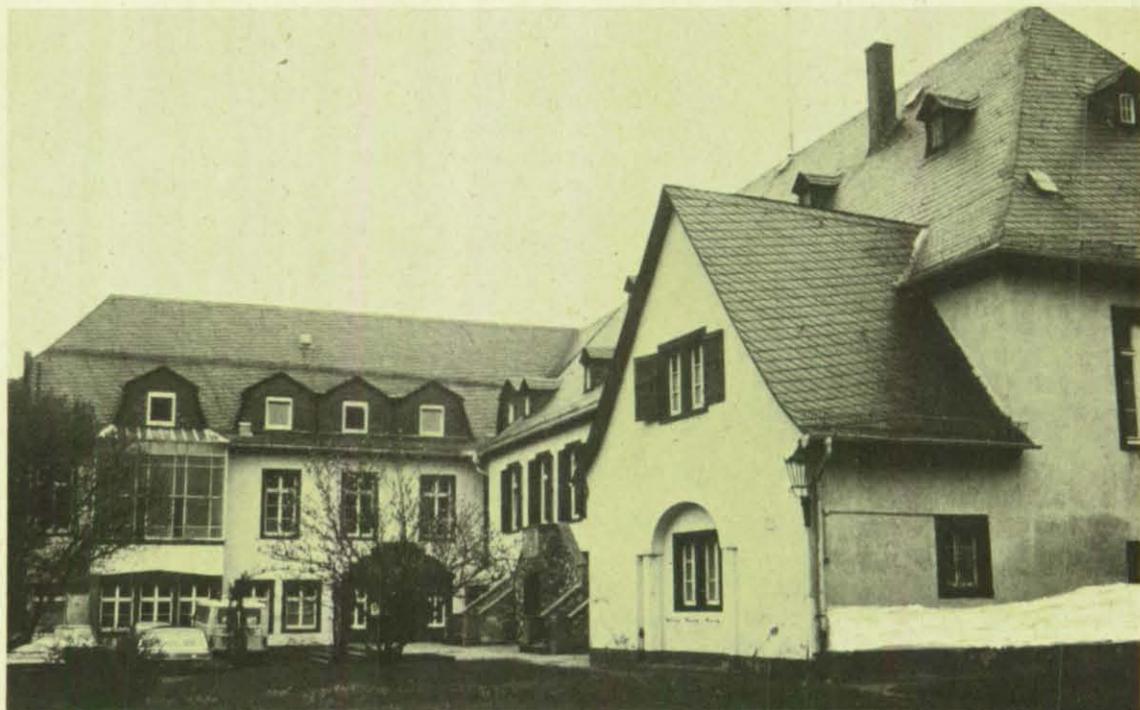
Gemäß der Zielsetzung einer Wochenendunterrichtung in Fragen der Menschenführung konnte ein solches Seminar nur Anregungen und Hilfestellungen für die Praxis bieten. Künftig ist daran gedacht, besonders qualifizierte Ausbilder aller Ausbildungsstufen sowie Führer im Katastrophenschutz in einem

zweiten Ausbildungsschritt zu Ausbildern auf dem Gebiet der Menschenführung zu schulen mit dem Ziel, in einigen Jahren diesen Lehrgang auch auf Landesverbandsebene selbst durchführen zu können. Nach Auswertung der Teilnehmerfragebögen nach Lehrgangsende konnte festgestellt werden, daß von den sechs weiblichen und 28 männlichen Teilnehmern des Pilotlehrganges „Menschenführung“ in der Bundesschule eine positive Kritik vermerkt wurde, d. h. singgemäß, der richtige Schritt zur Bewältigung der künftigen Aufgaben und Führungsanweisungen in der JUH getan worden ist.

J. Lindig

Gebäude und Innenhof der JUH-Bundesschule Niederweisel, an der das Seminar „Menschenführung“ stattfand.

(Fotos: Kimpel)



Ein Krankentransport von Breslau nach Berlin

## 600 Kilometer mit Blaulicht und Sirene

Zwei Rettungssanitäter und ein Arzt holen  
einen Verunglückten nach Hause

Rückholtransporte werden fast täglich durchgeführt. Wer entsprechend versichert ist, kann sich bei Unfall oder Erkrankung fernab seines Heimatortes wieder nach Hause bringen lassen.

Angesichts jahrelanger Erfahrungen ist festzustellen, daß die betroffenen „Auslands“-Patienten bereits am Unfall- bzw. Erkrankungsort die medizinische Versorgung erhalten, die ihre Transportfähigkeit garantiert. Nur selten treten während der Fahrt oder des Fluges Probleme auf. Im folgenden Fall wurde der Verletzte zwar noch medizinisch versorgt, aber alles weitere stand weitab der Norm. Das Außergewöhnliche ist in der sich über strenge Verordnungen des Ostblocks hinwegsetzenden Abwicklung des Transportes zu sehen.

### Was geschah?

Johann W., ein 68jähriger Berliner, war in Breslau von einer Straßenbahn erfaßt und schwer verletzt worden. Er erlitt Frakturen an Arm und Bein, ferner eine Lungenquetschung sowie einen Leber- und Nierenriß. Die Milz war so schwer beschädigt, daß sie entfernt werden mußte. Hinzu kam ein Schädel-Hirn-Trauma. Es grenzt schon an ein Wunder, daß W. die schwerwiegenden Verletzungen überlebt hat, was letztlich auch auf die hervorragenden Leistungen der Chirurgen im Breslauer Krankenhaus zurückzuführen ist. Der Verletzte sollte zur medizinischen Weiterversorgung in eine außerhalb Breslaus gelegene Spezialklinik überwiesen werden, was die Angehörigen jedoch ablehnten. Sie waren der Meinung, wenn Johann W. einen längeren Transport innerhalb Polens überstehen könne, müsse es doch auch möglich sein, gleich nach Berlin zu fahren. Die polnischen Ärzte lehnten dies aber im Interesse des Patienten ab. Von Breslau nach Berlin sind es immerhin ca. 600 km.

Auf beharrliches Drängen der Angehörigen wurde schließlich ein Kompromiß vereinbart. Wenn ein Transport über-

haupt gestattet werden solle, dann nur unter folgenden Bedingungen: Ununterbrochene ärztliche Aufsicht, ausgewähltes Fahrpersonal, ununterbrochene Sauerstoffzufuhr, Dauerinfusion, und das alles mit Sonderrechten, das heißt mit Blaulicht und Sirene.

Da Johann W. eine Versicherung über den ADAC-Rückholdienst abgeschlossen hatte, riefen seine Angehörigen sofort dort an. Der ADAC wiederum beauftragte die Zentrale des Malteser-Hilfsdienstes in Köln mit dem Rücktransport. Es ist vertraglich vereinbart, daß die jeweilige Hilfsorganisation solche Transporte an jene Ortsgruppe vergibt, die dem Zielort des Patienten am nächsten gelegen ist. Johann W. sollte ins Klinikum Steglitz (West-Berlin) verlegt werden. Folglich rief man beim MHD Berlin an, der nun alles in Bewegung setzte, um diesen Auftrag durchführen zu können.

Als erstes mußten ein Arzt und zwei Rettungssanitäter gefunden werden, die in der Lage waren, eine derart strapaziöse Fahrt zu unternehmen (1 200 Kilometer ohne Pausen).

### Die Aktion läuft an:

#### 9.45 Uhr

Boris Ratzek (22) und Wolfgang Ramlow (34) erklärten sich bereit, den Transport zu übernehmen. Beide sind Rettungssanitäter.

Alles klar: Der ungewöhnliche Krankentransport von Polen nach Berlin-Steglitz kann losgehen.



#### 10.00 Uhr

B. Ratzek holt Paßfotos für das Visum bei W. Ramlow in dessen Wohnung ab.

#### 10.35 Uhr

Ankunft in der MHD-Geschäftsstelle Berlin. Erhalt aller Informationen und Instruktionen für den Transport durch den Geschäftsführer H. J. Schulze.

#### 11.00 Uhr

Harald Stephan, ein Notarzt aus dem Klinikum Charlottenburg, ist gefunden. Auch seine Paßbilder werden abgeholt.

#### 11.30 Uhr

Ankunft im Reisebüro für die Polen-Visa. Die erste Schwierigkeit taucht auf: Die Bearbeitungszeit beträgt ca. 14 Tage bis vier Wochen. Die MHD-Geschäftsstelle wird informiert.

#### 11.40 Uhr

Pfarrer Walf (Maximilian-Kolbe-Gemeinde) wird um Hilfe gebeten. Er ist Mitorganisator der Polenhilfe.

#### 11.45 Uhr

Pfarrer Walf telefoniert mit dem polnischen Konsul in Berlin. Er bittet, eine Ausnahme zu machen und die Visa noch am gleichen Tag zu erteilen.

#### Warten!

#### 13.30 Uhr

Positiver Bescheid durch Pfarrer Walf an die Geschäftsleitung. Die Visa müssen direkt bei der polnischen Militärmission abgeholt werden.

#### 13.55 Uhr

Eintreffen bei der polnischen Militärmission.

#### Warten!

#### 14.20 Uhr

Letzte Absprache mit dem Malteser-Hilfsdienst Köln. Bestätigung des Rücktransportes.

#### Warten!

#### 15.50 Uhr

Die Visa werden in Empfang genommen.

### 16.30 Uhr

Eintreffen in der Geschäftsstelle des MHD Berlin. Der Rettungswagen wird noch einmal auf seine Vollständigkeit überprüft. Es werden zusätzlich acht Sauerstoffbomben verstaut. Die Absaugung funktioniert einwandfrei. Nun fehlt noch der Arzt mit den Medikamenten.

### 16.40 Uhr

Harald Stephan kommt.

### 16.45 Uhr

Fahrt mit Sonderrechten zum Kontrollpunkt Dreilinden. Dort angekommen, wird die Bitte um bevorzugte Abfertigung erfüllt. Man erkundigt sich, ob für die Rückfahrt mit dem Patienten Sonderregeln verwendet werden dürfen. Antwort: „Wir werden uns bemühen, es zu veranlassen.“ Die Fahrt muß aber laut Transitabkommen ohne Blaulicht fortgesetzt werden. Erst mit dem Patienten könne man eine Ausnahme machen.

### 21.30 Uhr

Ankunft in Frankfurt/Oder. Bevorzugte Abfertigung.

### 2.25 Uhr

Ankunft in Breslau.

### 2.40 Uhr

Ankunft im Krankenhaus. Der Notarzt H. Stephan informiert sich über den Zustand des Patienten und die durchzuführenden Maßnahmen während des Transportes. Die Mannschaft richtet inzwischen die Sauerstoffanlage und die Absaugung ein.

### 3.00 Uhr

Johann W. wird gebracht. Ihm wird ein Dauer-EKG-Gerät angelegt.

### 3.15 Uhr

Die Rückfahrt nach Berlin-West beginnt. Von Breslau bis Frankfurt/Oder liegt eine Sondergenehmigung zur Fahrt mit Blaulicht und Sirene vor. Die polnische Miliz sorgt während der ganzen Strecke für zügiges Vorankommen. Der Verletzte verkraftet die Fahrt den Umständen entsprechend gut.

### 5.25 Uhr

Eine Krise: H. Stephan und B. Ratzek müssen all ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen.

### 5.40 Uhr

Geschafft! Johann W. geht es wieder besser.

### 7.25 Uhr

Ankunft in Frankfurt/Oder. Man wird schon erwartet. DDR-Polizei weist das Fahrzeug an den wartenden PKW vorbei, direkt bis zum Abfertigungsschalter. Ein Grenzfürer informiert sich beim Fahrer des Rettungstransportwagens. Die Situation wird ihm geschildert. Er geht telefonieren.

### 7.37 Uhr

Man genehmigt die Weiterfahrt mit Sonderrechten. W. Ramlow, der den Wagen

die gesamte Fahrt über steuert, erklärt dem Offizier wörtlich: „Wundern Sie sich bitte nicht, wenn ich die nächste Tankstelle anfare. Das Benzin wird knapp.“

### 7.38 Uhr

Es geht weiter.

### 7.50 Uhr

Eine Tankstelle! W. Ramlow: „Es war unglaublich! Der gleiche Offizier, mit dem ich in Frankfurt/Oder sprach, dirigierte alle wartenden Fahrzeuge zur Seite. Zwei Tankwarte standen an der Zapfsäule bereit. Ohne daß ich aussteigen mußte, konnten wir die Fahrt nach wenigen Minuten fortsetzen. So etwas habe ich noch nicht erlebt.“

Die Männer des Malteser-Hilfsdienstes Berlin sollten auch weiterhin nicht aus dem Staunen kommen. An jeder Abzweigung standen Fahrzeuge der Volkspolizei bereit, um den richtigen Weg zu weisen. An unübersichtlichen Stellen fuhr man ihnen mit Blaulicht voraus bis der Weg wieder eindeutig war. Einbiegender Verkehr wurde gestoppt, so daß der RTW gefahrlos vorankam. Um Kilometer einzusparen, wies man ihnen den Weg zum Grenzübergang Berlin-Schönefeld. Dieser Übergang ist normalerweise nicht für den Transitverkehr zugelassen.

Bei all den Spannungen zwischen Ost und West ist das Verhalten der Volkspolizei der DDR, in diesem Fall, als vorbildlich zu bezeichnen. Dank der Streckenverkürzung erreichte der Krankenwagen bereits um 8.27 Uhr die Kontrollstelle in Berlin-Schönefeld. Auch hier erfolgte eine unverzügliche Abfertigung.

Um 9.10 Uhr kam man endlich im Klinikum-Steglitz an.

## Menschlichkeit bewiesen

Johann W. wurde während des Transportes mit fast 30000 Liter Sauerstoff, 4 Liter Infusionslösung mit diversen Medikamenten versorgt.

Er war intubiert, hatte einen Blasenkatheter. Einen Menschen unter diesen Umständen 600 km weit zu transportieren, ohne daß er weiteren Schaden nimmt, ist eine Leistung, die Respekt und Anerkennung verdient. Trotz des Risikos bei diesem Transport, der nach meinem Dafürhalten gar nicht hätte unternommen werden dürfen, ist die Art und Weise seiner Entstehung und Durchführung doch bemerkenswert.

Die bewiesene Menschlichkeit über zwei Grenzen und unzählige Paragraphen hinweg ist hoffentlich nicht vergebens gewesen.

Detlef Stollorc

## „Schwere Orkanschäden“ behoben

Zum ersten Mal führten der MHD Rheinhausen und das Technische Hilfswerk Rheinhausen eine gemeinsame Großübung auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule in Ahrweiler durch.

Geübt wurde die Bekämpfung eines Großunglücks (schwere Orkanschäden), realistisch dargestellt auf der Trümmerstraße der Katastrophenschutzschule, die Bergung, Rettung und Erstversorgung und der Krankentransport unter erschwerten Bedingungen. Eine weitere Aufgabe war die Erprobung der Zusammenarbeit zwischen den Fachdiensten Bergung, Sanitätsdienst, Fernmeldedienst und Versorgungsdienst unter Anleitung einer Technischen Einsatzleitung.

Die Übung klappte schließlich auch ganz gut. Einzelne Panikreaktionen zu Übungsbeginn konnten besprochen und schnell abgestellt werden. Das Schminkteam des MHD Menden hatte bei den „Verletzungen“ ganze Arbeit geleistet, so daß die übenden Sanitäter alle Hände voll zu tun hatten. Ebenso in vollem Einsatz war die Verpflegungsgruppe des MHD Rheinhausen, deren Essen von allen Helfern gelobt wurde.

Zum Einsatz kamen folgende Einheiten: Vom THW Rheinhausen 2 Bergungszüge, vom MHD Rheinhausen 1 Krankentransportzug, 1 Verbandsplatzzug und 1 Versorgungsdienst, weiterhin der Fernmeldezug des MHD aus Rees, der Fernmeldeverbindungen erstellte. Die Jugendgruppen des MHD Rheinhausen und Menden sowie Helfer der MHD-Ortsverbände Moers, Kempen und Wesel halfen unterstützend mit. Insgesamt waren 180 Helfer im vollen Einsatz.

Die Kolonnenfahrt der insgesamt 26 MHD-Fahrzeuge war auch für die Fahrer eine schwierige Anforderung. Immerhin kamen 1 RTW, 6 KTWs, 6 Kombis, 5 Fernmeldefahrzeuge, 2 Funkkommandowagen, 1 Kastenwagen, 1 Pritschenwagen, 1 Küchenwagen, 1 Feldkochherd und 2 Anhänger zum Einsatz. Das THW stellte 6 Mannschaftswagen, 1 Gerätekraftwagen, 1 Groß-LKW, 1 Einsatzleitwagen und 2 Kombis.

Ein gemütlicher Grillabend, bei dem sich die Helfer der verschiedenen Ortsverbände näher kennenlernten, rundete diese gelungene Übung ab. Deinert

## 3. Deutsche Feuerwehrmeisterschaften im Skilanglauf

Start am 28. und 29. Januar 1984 in Schonach im Schwarzwald

### Ausschreibung

Schirmherr:  
Staatssekretär Robert Ruder,  
Innenministerium Baden-Württemberg.

Veranstalter:  
Deutscher Feuerwehrverband und  
Landesfeuerwehrverband Baden-  
Württemberg.

Ausrichter:  
FF Schonach und SC Schonach.

Austragungsort:  
7745 Schonach/Schwarzwald  
(Skistation Schonach)

Organisations- und Quartierbüro:  
Kurverwaltung Schonach,  
7745 Schonach/Schwarzwald,  
Tel. (07722) 6033,  
(bitte rechtzeitig bestellen).

### Zeitplan:

Samstag, 28. Januar 1984:  
ab 8.00 Uhr Startkartenausgabe  
9.00 bis 13.00 Uhr Startzeit für Volksläufe 10 km und 20 km  
16.00 Uhr Zielschluß  
20.00 Uhr Kameradschaftsabend mit  
Programmeinlagen und Tanz im  
„Haus des Gastes“

Sonntag, 29. Januar 1984:  
ab 7.30 Uhr Startnummernausgabe  
8.30 Uhr Start der Leistungsläufe der  
verschiedenen Klassen  
17.00 Uhr Siegerehrung im „Haus des  
Gastes“

### Klasseneinteilung für Leistungsläufe:

Damen:  
weibliche Jugend 12–17 Jahre 5 km  
Juniorin./Damen 18–30 Jahre 5 km  
AK I 31–38 Jahre 5 km  
AK II ab 39 Jahre 5 km

Herren:  
männl. Jugend 12–17 Jahre 5 km  
Junioren/Senioren 18–32 Jahre 12 km  
AK I 33–40 Jahre 12 km  
AK II 41–50 Jahre 12 km  
AK III ab 51 Jahre 12 km

Für die Klassenzugehörigkeit gilt  
das vollendete Lebensjahr  
(Stichtag 1. Januar).

### Wertung:

Volksläufe:  
10 km und 20 km (keine Wertung);  
Kontrollstellen auf den Strecken.

Leistungsläufe:  
1. Einzelwertung aller Klassen  
2. Mannschaftswertung für  
a) weibliche Jugend, Juniorinnen,  
Damen und Altersklassen  
b) männliche Jugend  
c) Junioren, Senioren und Altersklassen.

In die Mannschaftswertung kommen bei  
den Damen jeweils die drei, bei den  
Herren jeweils die vier Zeitschnellsten,  
die der gleichen Feuerwehr oder Feuer-  
wehrabteilung angehören und auf der-  
selben Liste gemeldet sind.

### Titel:

Es werden folgende Meistertitel  
vergeben:

- a) weibliche Jugend:  
Deutsche Feuerwehr-Jugend-  
Skilanglauf-Meisterin
- b) Damen:  
Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-  
Meisterin
- c) männliche Jugend:  
Deutscher Feuerwehr-Jugend-  
Skilanglauf-Meister
- d) Herren:  
Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-  
Meister

### Ehrenpreise:

Alle Teilnehmer an den Volksläufen er-  
halten eine Teilnehmerplakette.  
Alle Teilnehmer an den Leistungsläufen  
erhalten eine Wettkampfspange.  
Die drei Erstplatzierten jeder Klasse der  
Leistungsläufe erhalten Pokale. Außer-  
dem erhalten die drei erstplatzierten  
Mannschaften einen Pokal (ein Pokal  
pro Mannschaft).

### Wettkampfbestimmungen

#### Zulassung:

- a) für Volksläufe: Jedermann
- b) für Leistungsläufe: Teilnahmeberech-  
tigt sind aktive Angehörige der Feuer-

wehren der deutschen Bundesländer,  
die am Wettkampftag mindestens  
sechs Monate der Feuerwehr ange-  
hört haben (Nachweis durch Feuer-  
wehrausweis).

### Meldeschuß:

Bis 18. Januar 1984, nur mittels vorge-  
druckter Meldelisten.

### Anmeldung:

Schriftlich an: Skiclub Schonach e.V.,  
Postfach 88, 7745 Schonach/Schwarz-  
wald.

### Auslosung:

Mittwoch, 25. Januar 1983, 17.00 Uhr in  
der Dom-Clemente GHS, Schonach.

### Startgeld:

1. Volksläufe:  
DM 10,- pro Lauf, DM 12,- bei Nach-  
meldungen.
2. Leistungsläufe:  
a) Angehörige der Jugendfeuerwehr bis  
17 Jahre DM 5,-;  
b) alle übrigen Läufer (ab 18 Jahre)  
DM 10,-.

Das Startgeld muß beim Abholen der  
Startnummern entrichtet werden. Die  
Startnummern für die Leistungsläufe  
werden nur geschlossen für die jeweili-  
gen Feuerwehrabteilungen ausgegeben.

### Haftung:

1. Angehörige der Freiwilligen Feuer-  
wehren einschließlich Jugendfeuerweh-  
ren genießen den gesetzlichen Unfall-  
versicherungsschutz, sofern die Aktiven  
im Rahmen ihres Feuerwehrdienstes an  
diesen Wettkämpfen teilnehmen.
2. Angehörige von Werk- und Betriebs-  
feuerwehren sind dann unfallversichert,  
wenn ihre Teilnahme im Rahmen ihrer  
beruflichen Tätigkeit gem. § 539 Abs. 1  
Nr. 1 RVO erfolgt. Zuständiger UV-Trä-  
ger ist die jeweilige Fachberufsgenos-  
senschaft, bei der das Unternehmen  
Mitglied ist.
3. Angehörige der Berufsfeuerwehren  
sind dann unfallversichert, wenn ein ein-  
tretender Unfall anlässlich der Skilang-  
lauf-Meisterschaften als Dienstunfall im  
Sinne des Beamtenversorgungsgeset-  
zes anzuerkennen ist.
4. Der Veranstalter und die Ausrichter  
übernehmen gegenüber den Teilneh-  
mern und dritten Personen keine Haf-  
tung.

### Proteste und alle weiteren Bestimmungen

entsprechend DWO (Deutsche Wett-  
kampfordnung).

Ausschreibungsunterlagen und Anmeldevordrucke rechtzeitig bei der Geschäftsstelle des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Röhrer Weg 12, 7030 Böblingen, Tel. (07031) 276881 oder beim Deutschen Feuerwehrverband, Postfach 200269, 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 331093 anfordern.

## DFV-Präsident Struve beim Bundes- präsidenten

Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens empfing am 5. Dezember 1983 als Vertreter der deutschen Feuerwehren den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, zu einem seit längerem geplanten Informationsgespräch. Begleitet wurde Präsident Struve hierbei von Bundesgeschäftsführer Reinhard Voßmeier.



Der Bundespräsident dankte in diesem Gespräch den Aktiven sämtlicher Feuerwehrsparten für ihren täglichen, uneigennütigen und vorbildlichen Dienst zum Schutze und Wohle der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Besonders anerkennend äußerte sich der Bundespräsident über die Leistungen der rund 900000 ehrenamtlichen Aktiven in den Freiwilligen Feuerwehren, die neben der Wahrnehmung gesetzlicher Feuerwehraufgaben sich nach seinen Ausführungen auch hohe Verdienste um den Erhalt der Gemeinschaft und des kulturellen Lebens in den Gemeinden erwerben. Die Freiwillige Feuerwehr sei neben ihrer rechtlichen Einrichtung ein unverzichtbarer gesellschaftspolitischer Faktor und müsse als solcher erhalten bleiben. Zuvor hatte Präsident Struve

Gelegenheit, das derzeitige Feuerwehrwesen, die Stärke und Leistungen der einzelnen Feuerwehrsparten sowie die Entwicklung im Bereich der Mitglieder zu erläutern.

Seine besondere Unterstützung versprach der Bundespräsident bei der Errichtung des „Deutschen Feuerwehr-

Museums“, da das Sammeln, Archivieren bzw. Restaurieren dieser Stücke sowie das geeignete museale Ausstellen nach seiner Meinung von großer kultureller Bedeutung sei. Der Bundespräsident versicherte, Präsident Struve zu gegebener Zeit vom Ergebnis seiner Bemühungen zu unterrichten.

## DFV-Stellungnahme zur Studie „Feuerwehr“

DFV: ÖTV-Aussagen teilweise mißverständlich –  
Studie nicht in allen Punkten im Interesse der Allgemeinheit

In einem Gespräch zwischen dem Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes und Vertretern der Abteilung Feuerwehr der ÖTV am 10. Juni 1983 in Ludwigsburg war die ÖTV-Studie „Zur Situation der Feuerwehr“ (Stand Dezember 1982) Gegenstand eines eingehenden Gedankenaustausches, in dem die teilweise unterschiedliche Bewertung seitens des DFV und der ÖTV eingehend analysiert wurde.

Der DFV stellte klar, daß die Studie keinen Anspruch erheben kann, die Situation der Feuerwehren allgemein aufzuzeigen, sondern lediglich die der Berufsfeuerwehren und ihrer Beschäftigten in ihrem Zuständigkeitsbereich. Deshalb sei eine Bezeichnung „Studie zur Situation der Berufsfeuerwehren und ihrer Beschäftigten in ihrem Zuständigkeitsbereich“ zutreffender. Unter „Feuerwehren“ seien nämlich neben den Berufsfeuerwehren auch die Freiwilligen Feuerwehren sowie die Werk-/Betriebsfeuerwehren zu verstehen.

Zu den einzelnen Abschnitten der Studie nimmt der DFV wie folgt Stellung (Nr. der Abschnitte entsprechen denen der ÖTV-Studie):

### 1. Ziele und Interessen der ÖTV-Studie

Der DFV stimmt mit der ÖTV darin überein, daß die Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland eine unverzichtbare Einrichtung in den Großstädten darstellen, ohne die ein gesicherter Brandschutz nicht gewährleistet ist. Andererseits stellt der DFV aber klar, daß der flächendeckende bundesdeutsche Brandschutz nicht nur durch die 67 Berufsfeuerwehren sichergestellt wird, sondern vorrangig durch den Bestand und die Leistung der rd. 25000 Freiwilligen

Feuerwehren und zusätzlich durch die rd. 1400 Werk-/Betriebsfeuerwehren.

### 2. Die Aufgaben der Feuerwehr und ihre Entwicklung

Ein Mißverständnis könnte durch die ÖTV-Studie in der Öffentlichkeit entstehen, wenn die Zunahme der Einsätze in den letzten zehn Jahren nur für die Berufsfeuerwehren dargestellt wird und das große Potential der Freiwilligen Feuerwehren im Zusammenhang damit keine Erwähnung findet. Der DFV weist aufgrund seiner Statistik darauf hin, daß nicht nur bei den Berufsfeuerwehren sondern vielmehr bei den Freiwilligen Feuerwehren eine enorme Einsatzsteigerung zu verzeichnen ist und im Zeitraum 1970 bis 1980 die Zahl der Brandeinsätze bei den BF um 35,7% und bei den FF um 73,6% gestiegen ist. Die Zahl der Technischen Hilfeleistungen stieg bei den BF um 58,9% und bei den FF um 73,4%. Hieraus ergibt sich eine Gesamtsteigerung bei den BF um 55,3% und bei den FF um 102,3%.

### 2.4 Feuerwehren im Katastrophenschutz

Es ist mißverständlich für die Öffentlichkeit, wenn durch die ÖTV-Studie angenommen wird, daß vorrangig die hauptberuflichen Kräfte der Feuerwehren zusätzliche Belastungen durch den Katastrophenschutz der Länder und des Bundes erfahren, da hier vorrangig die Freiwilligen Feuerwehren mit ihren Ehrenamtlichen das Hauptpotential des gesamten Katastrophenschutzes darstellen; im Bundesgesetz zur „Erweiterung des Katastrophenschutzes“ wird vorrangig auf die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren abgestellt. Zu weite-

ren Mißverständnissen könnte in der Studie die Annahme führen, daß generell die Hauptberuflichen der Feuerwehren im KatS wichtige Aufgaben der Integration und Leitung auf mittlerer und gehobener Ebene zu erfüllen haben. Auch dieses Aufgabengebiet der Führungs- und Leitungsebene kann letztlich bundesweit nur unter Mitwirkung der entsprechenden Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist für die Öffentlichkeit auch die Forderung der ÖTV mißverständlich, daß für diese Leitungs-, Service- und Beratungsfunktionen verstärkt die hauptberuflichen Feuerwehreinheiten in zentralen Schulen und Führungsakademien auszubilden sind. Die Führungs- und Leitungsorganisation in Katastrophenfällen wird durch das vor Jahren von der Innenministerkonferenz verabschiedete „Führungsmodell“ bestimmt und beinhaltet, daß diese Aufgaben letztlich von der jeweiligen Schadensart her personell zu besetzen sind und hiernach gibt es auch keinen Unterschied zwischen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Kräften der Feuerwehren und denen anderer Organisationen. An diesen Grundsatz fühlt sich der Deutsche Feuerwehrverband nach wie vor gebunden. Daß natürlich jeweils die besten Fachleute hiermit beauftragt werden, steht außer Zweifel.

Der Forderung der ÖTV nach zentralen Schulen und Führungsakademien kann der DFV nur soweit folgen, wenn hierdurch die gesetzliche Aufgabe und das Recht der Länder zur Ausbildung der Feuerwehren nicht eingeschränkt wird; die Aufgabe des Bundes bezieht sich ausschließlich auf den Teil des „Erweiterten Katastrophenschutzes“.

Für die Öffentlichkeit mißverständlich ist die ÖTV-Aussage, daß nur durch eine gesicherte Finanzierung und Vereinheitlichung der Ausbildung und der praktischen Übungen die Kooperation zwischen hauptberuflichen und freiwilligen Helfern sowie zwischen den verschiedenen Verbänden intensiviert werden kann. Da der Bund nur für die „besondere Ausbildung“ im KatS zuständig ist, sieht der DFV keinen Zusammenhang in dieser ÖTV-Forderung. Eine Kooperation kann nur durch eine entsprechende beiderseitige Bereitschaft und dann auch nur durch entsprechendes gemeinsames Arbeiten auf Gemeindeebene hergestellt werden und nicht nur durch Lehrgänge auf Bundesebene. Die in der Studie lesbare Mischung von friedensmäßigem und „Erweiterten Katastrophenschutz“ muß in der Bevölkerung zu Mißverständnissen Anlaß geben.

Nicht zustimmen kann der DFV der ÖTV-Forderung, bundesweit und regional die jeweils notwendigen Einsatzkräfte zu erfassen. Seit Jahrzehnten lehnt

der DFV eine überregionale Helferfassung aus grundsätzlichen Erwägungen ab und weiß sich hierbei in Übereinstimmung mit den anderen im KatS mitwirkenden Organisationen.

## **2.6 Allgemeine Service- und Koordinationsfunktion**

Nicht zustimmen kann der DFV der ÖTV-Forderung, daß die Berufsfeuerwehren wesentliche Aufgaben zur Unterstützung der „freiwilligen Verbände“ – die im Abwehrenden Brandschutz, im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst tätig sind – übernehmen könnten, um ihre Qualifikation und Organisation zu vereinheitlichen und um die Kooperation für größere Notfälle zu verbessern. Der DFV lehnt es ab, die Selbständigkeit der im KatS mitwirkenden Organisationen und Einheiten auch nur im geringsten in Frage zu stellen. Vielmehr unterstützt er die Selbständigkeit und Beibehaltung des Organisationsrechts der Organisationen im Rahmen ihrer Mitwirkung im Katastrophenschutz der Länder und des Bundes. Als genauso unrealistisch betrachtet der DFV die ÖTV-Vorstellungen, die hauptberuflichen Kräfte verstärkt für die Weiter- und Fortbildung, die Wartung und Fortentwicklung der Ausrüstung usw. der „freiwilligen Verbände“ einzusetzen.

Da laut ÖTV diese Service- und Koordinationsaufgaben bei der Bemessung der Personalstärke und im Dienst- und Schichtplan voll berücksichtigt werden müssen, kann in diesen Überlegungen nur das Ziel zur Festigung vorhandener oder Schaffung neuer Planstellen vermutet werden. Diese Planungen können vom DFV dann nicht mitgetragen werden, wenn dadurch das gesetzlich festgelegte Aufgabengebiet der 67 Berufsfeuerwehren außerhalb ihres derzeitigen Zuständigkeitsbereiches erweitert werden soll.

## **3. Organisation der Feuerwehr**

Den ÖTV-Überlegungen, u. a. sämtliche Aufgaben der Feuerwehren auf Länderebene (Abwehrender und Vorbeugender Brandschutz, Rettungswesen, technische Dienstleistungen) in einem Gesetz zusammenzufassen und den Berufsfeuerwehren zu übertragen, kann sich der Deutsche Feuerwehrverband nicht anschließen, da dieses keine primären Aufgaben ausschließlich der Berufsfeuerwehren sind, sondern aller Feuerwehren. Andererseits ist das Rettungswesen nicht in allen Bundesländern Aufgabe der Feuerwehren, sondern teilweise der Sanitätsorganisationen. Der DFV legt bei diesen Fragen Wert auf die Feststellung,

daß er nach wie vor im Rettungswesen für eine Beibehaltung des Status quo ist. Hinzu kommt, daß sich nicht alle Aufgabengebiete gesetzestechisch in einem Landesgesetz zusammenfassen lassen, wofür es praktische Beispiele gibt.

## **4. Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren**

In der ÖTV-Studie wird festgestellt, daß die traditionsreiche Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren immer wieder gefährdet wird. Aus der Sicht des Deutschen Feuerwehrverbandes gibt es für diese Feststellung keinen Anlaß, wenn das „Haus in Ordnung ist“ und Probleme nicht von außen hineingetragen werden. Das Anliegen des DFV ist es nach wie vor, daß die überwiegend gute Zusammenarbeit tatsächlich erhalten oder wo notwendig, verbessert werden sollte; dann gibt es auch nicht den geringsten Grund für die ÖTV-Feststellung zu diesem Thema.

Mißverständlich könnte für die Öffentlichkeit auch der Hinweis in der ÖTV-Studie auf die gute Zusammenarbeit zwischen der ÖTV „als Gewerkschaft der Hauptberuflichen“ und den „Verbänden der Freiwilligen Feuerwehren auf Bundes- und Landesebene“ sein. Der Deutsche Feuerwehrverband legt Wert auf die Feststellung, daß er mit seinen Landesfeuerwehrverbänden der Bundesverband aller Feuerwehrsparten in der Bundesrepublik Deutschland ist, nämlich der Freiwilligen Feuerwehren, der Berufsfeuerwehren, der Werkfeuerwehren sowie der Brandschutzgruppen der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte. Er ist der Fachverband aller deutschen Feuerwehren; nicht nur der „Verband der Freiwilligen Feuerwehren“.

In welchem Rahmen die ÖTV-Feststellungen zutreffen, daß die Berufsfeuerwehren und die Freiwilligen Feuerwehren weitgehend „selbständig und unabhängig“ voneinander sind, regeln ausschließlich die Brandschutzgesetze der einzelnen Bundesländer. Eine pauschale Aussage, wie im vorliegenden Falle, ist sicherlich bundesweit nicht zutreffend. Auch kann der DFV der ÖTV-Feststellung inhaltlich nicht ganz folgen, wo es lautet „Zunehmende Kooperation gibt es besonders in der Ausbildung und bei der Bereithaltung, Instandsetzung und Wartung der technischen Ausrüstung“, da es in den meisten Städten mit Berufsfeuerwehren die gesetzlich verankerte Einheit der Feuerwehr in Form einer praktizierten guten Zusammenarbeit gibt.

Der Deutsche Feuerwehrverband stimmt mit der ÖTV dahingehend überein, daß die Freiwilligen Feuerwehren in Städten mit Berufsfeuerwehren nicht schichtmäßig **auf den Wachen** fest in den Dienstplan eingebaut werden können, das dieses nicht dem Sinn des Ehrenamtes entspricht. Dagegen ist der DFV nach wie vor der Meinung, die Freiwilligen Feuerwehren in Städten mit Berufsfeuerwehren – soweit noch nicht geschehen – verstärkt in das Einsatzgeschehen der Stadt sinnvoll einzubeziehen, wozu auch eine Alarmbereitschaft unter Verwendung entsprechender technischer Einrichtungen gehört.

Der DFV muß der in der Studie wiedergegebenen ÖTV-Feststellung widersprechen, daß die Freiwilligen Feuerwehren in gemeinsamen Einsätzen mit den Berufsfeuerwehren ein Sicherheitsrisiko und einen Unsicherheitsfaktor darstellen. Dagegen stellt der DFV klar, daß bei entsprechender Ausbildung, moderner Ausstattung und angemessener Einsatzhäufigkeit und damit verbundener Einsatzerfahrung (wofür letztlich der Leiter der Feuerwehr verantwortlich ist) die Freiwilligen Feuerwehren in den Städten kein Sicherheitsrisiko und keinen Unsicherheitsfaktor darstellen, sondern in vielen Einsatzbereichen ein gleiches Leistungsvermögen wie die hauptberuflichen Kollegen aufweisen.

Als nicht zutreffend bezeichnet der Deutsche Feuerwehrverband die ÖTV-Aussage „Soweit die Gesetze die Großstädte zum Unterhalt von Berufsfeuerwehren verpflichten, verstößt der Einsatz von freiwilligen Feuerwehrleuten an Stelle von Berufsfeuerwehrleuten gegen diese gesetzliche Kompetenzzuweisung“. Der DFV stellt klar, daß es in keinem Brandschutzgesetz eines Landes diese Aufgabenabgrenzung gibt und nach vorliegenden Informationen von den Innenministerien/-senatoren der Bundesländer nicht geben wird. Die an dieser Stelle in der Studie zum Ausdruck kommende Aufgabenabgrenzung zwischen Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren findet nicht die Unterstützung des DFV.

Zum in der Studie angesprochenen Verhältnis der Einsätze bei Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren stellt der DFV klar, daß nach der Statistik 1980 bei den Gesamteinsätzen der öffentlichen Feuerwehren (ohne Rettungsdienst) 56,9% (274 300 Einsätze) von den Berufsfeuerwehren und 43,1% (207 500 Einsätze) von den Freiwilligen Feuerwehren geleistet wurden. Betrachtet man nur die Brandeinsätze, dann entfielen auf die Berufsfeuerwehren 45,8% (54 200 Einsätze) und auf die Freiwilligen Feuerwehren 54,2% (64 200 Einsätze).

## 5. Zentralisierung von Spezialfunktionen

Die von der ÖTV aufgestellte Forderung nach Schaffung einer „Bundesfeuerweherschule“ und einer damit verbundenen Verlagerung von Zuständigkeiten der Länder auf den Bund wird vom Deutschen Feuerwehrverband umfassend abgelehnt, da das Feuerwehrwesen vom Grundgesetz her Angelegenheiten der Länder und Kommunen ist. Der DFV steht zur gegenwärtigen rechtlichen Zuordnung des Feuerwehrwesens und sieht keinen Anlaß für Änderungen. Die ÖTV-Forderung nach einer bundesweiten Koordinierung der Feuerwehr kann nicht mit der Forderung nach neuen Bundeszuständigkeiten verbunden sein; dies würde der DFV für die deutschen Feuerwehren ablehnen müssen. Der Deutsche Feuerwehrverband sieht eine vorhandene Koordination des Feuerwehrwesens u. a. bereits in der Erarbeitung und Anwendung von Feuerwehr-Normen, in der Einführung der Feuerwehr-Dienstvorschriften und in den vielfältigen Beratungsergebnissen des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Innenministerkonferenz.

Die Katastrophenschutzschule des Bundes (in Ahrweiler) ist ausschließlich für die ergänzende Ausbildung des Bundes für den „Erweiterten Katastrophenschutz“ zuständig und nicht, wie es aus der ÖTV-Studie mißverständlich gefolgert werden kann, für den gesamten Katastrophenschutz, also nicht für den friedensmäßigen KatS. Die Vorstellungen der ÖTV, die Katastrophenschutzschule des Bundes mit anderen Aufgaben der Feuerwehr zu koordinieren, ist nach Auffassung des Deutschen Feuerwehrverbandes nicht möglich, da dieses nicht zum Aufgabenbereich der Schule gehört und gehören kann und weil außerdem der Bund hier keine Kompetenzen hat und bekommen kann. Bei dieser von der ÖTV angesprochenen Problemlösung muß in Grundsatzfragen exakt getrennt werden zwischen friedensmäßigen und V-Fall-bezogenen Aufgaben und den damit verbundenen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Auf eine derartige Abgrenzung legt der DFV besonderen Wert.

## 6. Personal; Allgemeines

In Verbindung mit der von der ÖTV angesprochenen WIBERA-Studie stellt der Deutsche Feuerwehrverband nochmals klar, daß diese Studie in vorgelegter Form kaum für die Berufsfeuerwehren und schon gar nicht für die Freiwilligen Feuerwehren anwendbar ist, da eine Realisierung der Schlußfolgerungen in

den meisten Positionen zu einer Verschlechterung der Sicherheit der Bevölkerung führen wird. Für die Sparte „Freiwillige Feuerwehren“ kann die Studie keine Aussagen machen, da dieser Bereich bei den Erhebungen zur Studie nicht berücksichtigt wurde.

Der Deutsche Feuerwehrverband stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehren in den Dienstplan insgesamt keine gefährliche Entwicklung für die Sicherheit der Bevölkerung darstellt, wie dieses in der ÖTV-Studie fälschlicherweise zum Ausdruck kommt. „In den Dienstplan einbeziehen“ kann nämlich nach Auffassung des DFV nicht bedeuten, daß die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren zu bestimmten Tageszeiten oder an bestimmten Wochentagen dienstplanmäßig auf bestimmten Wachen der Berufsfeuerwehren „stationiert“ werden. Hierunter kann nur verstanden werden, daß die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren umfassend in die Alarmpläne einbezogen und durch Vorhandensein entsprechender technischer Ausstattungen bei Bedarf sofort mit alarmiert werden. Die „Alarmbereitschaft“ der Freiwilligen Feuerwehren in Städten mit Berufsfeuerwehren ist nicht anders zu sehen wie die ständige tägliche „Alarmbereitschaft“ der rd. 25 000 Freiwilligen Feuerwehren im übrigen Bundesgebiet; ein Brandschutzsystem zum Wohle und zur Sicherheit der Bevölkerung und nicht umgedreht. Das in den Gemeinden erfolgreich praktizierte System sollte auch in den Großstädten analog mit anwendbar sein.

## Schlußbemerkung

Der Deutsche Feuerwehrverband begrüßt, daß die ÖTV mit der Studie eine sehr umfassende Situationsbeschreibung der Hauptamtlichen der öffentlichen Feuerwehren erstellt hat. Vom Inhalt her erhebt diese Studie jedoch keinen Anspruch auf Aussagen zur Situation „der Feuerwehr“, da sich der Inhalt vorrangig mit den Berufsfeuerwehren und ihren Beschäftigten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich beschäftigt.

Der DFV begrüßt, daß die Städte eine Reihe von Forderungen enthält, die der DFV schon in den vergangenen Jahren als zu lösende Probleme diskutiert, herausgestellt und öffentlich gefordert hat. Da in der Studie aber auch zahlreiche Aussagen und Forderungen enthalten sind, die in der schriftlich verfaßten Form in der Öffentlichkeit zu Mißverständnissen Anlaß geben können oder die der DFV vom Grundsatz her anders beurteilt, hält es der Verband für notwendig, diese Stellungnahme zu veröffentlichen.

– vor –

Ein furchtbarer Alptraum ging zu Ende

## Gelähmter Sporttaucher in Berliner DLRG-Druckkammer geheilt

Das Drama begann vor Sardinien, die Rettung folgte in Berlin

„Ein furchtbarer Alptraum ist gestern für den 18jährigen Berliner Abiturienten Eric van Geisten zu Ende gegangen.“ So schrieb eine große Boulevard-Zeitung vor Wochen über einen aufsehenerregenden Taucherunfall, der vor Sardinien begann und in Berlin ein glückliches Ende fand.

Was war geschehen? In dem Zeitungsbericht heißt es weiter: „Das Drama hatte für Eric an einem warmen Sommertag im Sardinien-Urlaub begonnen. Vor der Westküste tauchte er gemeinsam mit seinem Vater Cornelius und seinem Bruder Raoul von einem Boot aus ins Meer.

30 Minuten später kehrte Eric völlig erschöpft aus 18 Meter Tiefe an die Oberfläche zurück. Vater, Bruder und ein Tauchlehrer mußten den 2 Meter großen und 185 Pfund schweren jungen Mann an Bord ziehen.

Auf der Rückfahrt zur Küste setzten bei Eric erste Lähmungserscheinungen ein. Ursache: Der im Atemgemisch seines Preßluftgerätes enthaltene Stickstoff hatte sich bei den Druckverhältnissen unter Wasser in Eric's Blut gelöst. Beim raschen Auftauchen bildete der Stickstoff Gasblasen, die schlagartig wichtige Blutgefäße im unteren Bereich der Lendenwirbelsäule verstopften. Folge: Nervenstränge im Rückenmark wurden blockiert.

Nachdem Ärzte auf Sardinien deutliche Anzeichen der Querschnittslähmung bei Eric festgestellt hatten, war Vater Cornelius mit dem Sohn zu einer 18-Stunden-Nonstoptour zurück nach Berlin gefahren. Dort nahm sich der Berliner Sportmediziner Prof. Dr. Siegfried John, jetziger Präsident der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft und Leiter deren Berliner Bundes-Lehr- und Forschungsstätte, des Jungen an. Er leitete den entscheidenden Teil der Rettungsaktion ein.“

Aus dem Protokoll eines DLRG-Aktiven: Caissonkrank war Eric van Geisten, als er nach dem Taucherunfall fünf Tage später in die Druckkammer der Berliner



Prof. Dr. John unterhält sich mit Eric van Geisten in der Druckkammer.



Zahlreiche Helfer standen während der Behandlung rund um die Uhr zur Verfügung.

Oben: In ständigem telefonischen Kontakt mit zahlreichen ärztlichen und wissenschaftlichen Mitarbeitern stand Prof. Dr. John.

Unten: Ein glückliches Ende: Eric van Geisten verläßt geheilt die Druckkammer der DLRG-Lehr- und Forschungsstätte. (Fotos: Feige)

Bundes-Lehr- und Forschungsstätte (BLFS) eingeliefert wurde. Querschnittsgelähmt von der Brust abwärts mit allen Folgeerscheinungen, und ein Leben vor Augen, das für ihn mehr als ein Alptraum gewesen sein muß.

Seine Eltern und er, Prof. Dr. S. John und dessen ärztliche Freunde hatten sich entschlossen, eine bisher nie durchgeführte Überdrucktherapie zu wagen, die einzige Chance für Eric zu nutzen. Das bedeutete: Drucksteigerung auf 8 bar, in Helium/Sauerstoffumgebung ab 3 bar, Absenken des Sauerstoffanteils auf das absolute für Atmung und Kreislauf erforderliche Minimum, Atmen von Sauerstoff/Heliumgemischen in verschiedener Zusammensetzung, Atmen von reinem Sauerstoff, über mehrere Tage medizinische Betreuung auf engstem Raum und die Hoffnung, daß nach der Druckentlastung die Stickstoffblockade im Rückenmark aufgelöst sein wird.

Die Behandlung hatte Erfolg. „Alles klar“, sagte Eric freudestrahlend beim Verlassen der BLFS, bevor er zur weiteren neurologischen und krankengymnastischen Nachsorge ins Klinikum Steglitz transportiert wurde. Dazu DLRG-Präsident Prof. Dr. S. John: „Es ging darum, den Organismus wieder an normale Druckverhältnisse anzupassen. Deshalb wurde der Druck in der Kammer zunächst einmal erhöht und ganz allmählich wieder herabgesetzt. Den Stickstoff in der Atemluft ersetzten wir in den Tagen der Behandlung durch Heliumgas, um Eric vor weiterer Gasbildung durch gelösten Stickstoff zu schützen.“

Männer und Frauen waren während der Zeit pausenlos im Einsatz. Der Patient mußte gepflegt und behandelt werden, Gerätschaften mußten ständig kontrolliert, riesige Eismengen zur Kühlung der Druckkammer herbeigeschafft werden. Das Wasser im Tauchturn mußte gewechselt, ein neues Lager für den zwei Meter großen Patienten improvisiert werden, Ärzte und Pfleger wurden rund um die Uhr ein- und ausgeschleust. Die Helfer schliefen auf dem Fußboden, aßen und tranken nur dann, wenn Zeit dafür war.

Nach acht Tagen und elf Stunden wurde Eric van Geisten aus der Druckkammer entlassen.



## DLRG-Resolution zur Bädersituation

In steigendem Maße schränken Kommunen die Nutzungsmöglichkeiten von Schwimmbädern aus finanziellen Gründen ein. Dabei kommt es leider auch vereinzelt zu Bäderschließungen. In diesem Zusammenhang sollte beachtet werden, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen sicherlich nicht vorrangig auf das Betreiben öffentlicher Schwimmbäder zurückgeführt werden

können, denn die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Schwimmbäder hat sich nicht wesentlich verändert, im Gegenteil, es gibt genügend Beispiele für sinnvolle Ausgabenreduzierungen im Bäderbereich, ohne daß die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt werden mußten.

Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente im Bäderbereich sollte intensiviert werden. Dies gilt einerseits für den Bereich der Einnahmen, andererseits aber insbesondere für den Bereich der Ausgaben, und zwar sowohl der Sach- als auch der Personalausgaben. Eine günstigere Gestaltung der Sachausgaben ließe sich unter Nutzung moderner Energie- und Bautechnologien

erreichen, ohne daß eine die Hygiene und die Gesundheit sowie die Ausbildung und den Sport beeinträchtigende Verminderung der Dusch- und Badewassertemperaturen notwendig wird: Bei der Reduzierung von Personalausgaben sind neben arbeitsmarktpolitischen auch solche Grenzen zu beachten, die u. a. darin bestehen, daß öffentliche Schwimmbäder (Hallen- und Freibäder) mit ihrer komplizierten Technik und dem hohen Maß an zu übernehmender Verantwortung der hauptamtlichen Führung durch Schwimmmeister bedürfen. Insoweit kommen DLRG-Gliederungen und/oder ehrenamtliche DLRG-Mitarbeiter als Bäderleiter nicht in Betracht. Die DLRG ist jedoch – wie bisher – bereit, die Träger der Bäder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, indem die DLRG im Rahmen der Richtlinien für den Einsatz von Rettungsschwimmern in öffentlichen Bädern bereit ist:

1. aus dem Kreis ihrer Mitglieder geeignetes Aushilfspersonal (in Ergänzung der vorhandenen hauptamtlichen Kräfte) zu vermitteln,
2. zu Spitzenzeiten ergänzenden Wachdienst in Bädern zu übernehmen.

Auch dies sind sicherlich Beiträge mit positiven betriebswirtschaftlichen Folgen. Dies sollte mit dazu beitragen, daß die Träger öffentlicher Bäder den Nutzen von Bädern aus gesundheitlich-therapeutischer sowie sportlich-humanitärer Sicht so hoch veranschlagen, daß weiterhin breiten Bevölkerungskreisen, insbesondere auch den sozial schwächeren, die Nutzung der Bäder ermöglicht wird.

Die Delegierten der DLRG-Bundestagung appellieren an alle Verantwortlichen, insbesondere an die kommunalen Spitzenverbände, an Parteien, Gewerkschaften und Institutionen des Badewesens, sich für eine uneingeschränkte Offenhaltung der Bäder zum Nutzen der gesamten Bevölkerung einzusetzen. Die DLRG ist zur konstruktiven Mithilfe bereit!

## Rettungstaucher als Umweltschützer

Schon zur Tradition geworden ist der Übungseinsatz der Lübecker DLRG-Taucher, den Klempauer Hofsee am Lübecker Stadtrand von Gerümpel und gefährlichen Gegenständen zu räumen. Während die Jugendgruppe ihre Station mit Wischlappen und Pinsel auf Hochglanz brachte, bereiteten sich die Taucher auf den fast zweistündigen Tauch-

**DLRG-Taucher räumen den See von Schmutz und Unrat.**  
(Foto: Dirschauer)



gang vor. Das gesamte, zum Baden geeignete Ufer des Sees mußte abgesucht werden.

Dann war es soweit. Das Sicherheitsboot legte ab, jeder Taucher hatte einen wasserdurchlässigen Müllsack in der Hand, und dann hakten die Sicherheitsleinen ein. In Abständen von gut einem Meter standen die Taucher nebeneinander. Schließlich waren nur noch Geräusche der Lungenautomaten zu hören und die Wasserwirbel zu sehen. Meter für Meter wurde bis zu einer Wassertiefe

von etwa zwei Metern abgesucht und der Abfall in die Müllsäcke gepackt. Es waren nicht nur – wie üblich – Biergläser und Flaschen, es waren sogar ein Autotelefon und viel Scharfkantiges dabei.

Durch diesen Einsatz wurde das Baden am Klempauer Hofsee (man nennt ihn Beidendorfer See) ungefährlicher. Für die Neoprenanzüge der Taucher konnte man dies nicht sagen. Es mußte anschließend mancher Schaden beseitigt werden.

Bodo Dirschauer

## Neues Rettungssystem im DLRG-Ortsverband Sonthofen entwickelt und erprobt

Daß bei Bergunfällen die Helfer oft aus der Luft kommen, daran hat man sich in den Bergen längst gewöhnt. Seit kurzem gibt es aber auch Luftretter, die auf das Wasser spezialisiert sind: Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft in Sonthofen hat ein System entwickelt, nach dem Rettungsschwimmer vom Hubschrauber aus an solchen Stellen abgesetzt werden können, an denen der Einsatz von Booten und Tauchern zu gefährlich oder zu zeitraubend wäre. Diese neue Art der Wasserrettung hat der DLRG-Ortsverband Sonthofen vor kurzem erstmals bei einer Großübung in der Praxis getestet.

Auslöser für die Sonthofener „Erfindung“ waren zwei schwere Unfälle auf dem Illerwehr bei Martinszell im Allgäu. Wegen des reißenden Sogs gestaltete es sich damals äußerst schwierig und für die Helfer gefährlich, verunglückte Bootsfahrer zu bergen. Dieses Erlebnis ließ den Sonthofener DLRG-Rettungsschwimmer Klaus Hanft nicht mehr los. Bei seinen Grübeleien nach einem Aus-



**Das neue Rettungssystem, das Klaus Hanft entwickelte, besteht aus der Abwandlung eines Fallschirmspringergurtes, an dem Haltevorrichtungen für das Anbringen einer Halteschleife für zu rettende Personen angebracht wurden.**  
(Foto: Zander)

weg kamen dem Feldjäger seine früheren Erfahrungen als Fallschirmspringer zugute. Klaus Hanft konzentrierte sich auf die Möglichkeit, Rettungsschwimmer vom Hubschrauber aus direkt an der Unfallstelle abzusetzen. Ein Fallschirmspringergurt wurde so lange abgewandelt, bis er für die Wasserrettung optimale Sicherheit versprach. Beim mühevollen Weg durch die Prüfungs-Instanzen erhielt Klaus Hanft kräftige Unterstützung vom Technischen Leiter der DLRG Sonthofen, Andreas Meyer. Mit dem letzten Okay der Behörden war schließlich auch der Weg für eine Zusammenarbeit mit dem Lufttransportgeschwader 61 in Landsberg frei.

Bei einer Großübung wurde zum erstenmal die Wasserrettung aus der Luft getestet. Am Martinszeller Wehr mußten drei festsitzende, vom Technischen Hilfswerk gesicherte Schlauchbootfahrer gerettet werden, und auf dem Niedersonthofener See galt es, einen „eingebrochenen Eissegler“ zu bergen. Die durchtrainierten Luftretter – unter ihnen Klaus Hanft – stehen bei solchen Einsätzen wegen der Unterkühlungsgefahr für die Verunglückten unter großem Zeitdruck. Kompliziertester Teil der Übung war schließlich das Bergen zwei „verunglückter“ Wanderer aus der Starzlackklamm, wobei nun auch die Sonthofener Bergwacht mit von der Partie war. Die enge Schlucht verlangte großes fliegerisches Können von Hubschrauberpilot Leutnant Bergen.

Die Großübung zeigte, daß das neue Rettungsgerät aus Sonthofen in der Praxis tatsächlich effektiv eingesetzt werden kann, um rasch und relativ gefahrlos Hilfe zu bringen.

## Minister gab Zusage für Neubau eines Freizeitbades

Das „5. Kernader See- und Leinpfadfest“ brachte den DLRG-Bezirken Bochum und Witten wieder drei Tage lang viel Arbeit. So wurden unter anderem die drei Läufe des „Remember-Cup“ bewacht und mancher Segler aus dem Wasser geborgen. Bewachung bei den Surfereinsätzen, den Schauformationen der Kanuten und den Brettlaufmeisterschaften für Jedermann standen ebenfalls auf dem Programm. Die DLRG stellte sogar den „Neptun“, der, von Tauchern gezogen, im Oveney an Land

Minister Dr. Christoph Zöpel bei seiner Ansprache.



Ein DLRG-Rettungsboot fährt zum Einsatz.  
(Fotos: Gotthardt)



ging und zünftig Kajaks und Canadier mit Sekt taufte.

Höhepunkt aber war die Schlüsselübergabe für das neue Bootshaus „Gibraltar“ im Bochumer Oveney. Der nordrhein-westfälische Landes- und Stadtentwicklungsminister Dr. Christoph Zöpel nahm die feierliche Handlung vor.

Die DLRG-Bezirke Bochum und Witten konnten Räume für Wachmannschaften und Boote übernehmen. Minister Zöpel kam aber nicht mit leeren Händen: Er brachte die mündliche Zusage der Düsseldorf-Landesregierung auf 8,5 Millionen Mark für das geplante Freizeitbad im Wittener Heveney mit.

Gotthardt

## DLRG-Rettungsschwimmer sicherten Veranstaltungen der Kieler Woche 1983

„Ein Arzt muß her“ – so hallte es über das Vorfeld des Olympiageländes in Kiel-Schilksee während der diesjährigen „Kieler Woche“. Was war geschehen? Ein urplötzlich auftretender Sturm mit Windböen bis zu Stärke 7 hatte die zur Regatta auslaufenden Segler überrascht und ein Chaos angerichtet. Wie so häufig waren auch an diesem Tage der Kieler Woche die DLRG-Helfer sofort zur Stelle.

Am nächsten Tag berichteten die „Kieler Nachrichten“ u. a. darüber: „Wären nicht die ruhigen Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) schnell zur Stelle gewesen, die Segler hätten noch 30 Minuten, nachdem sie wieder in den Yachthafen gekommen waren, keine Chance auf Versorgung gehabt . . .“

Auch in diesem Jahr hatte sich der Landesverbandsvorstand entschlossen, die Organisatoren der „Kieler Woche“ mit einer Mobilen Einsatzgruppe (MEG) zu unterstützen. Unter der Leitung von Arnim Födisch übernahm die MEG gemeinsam mit Helfern des DLRG-Bezirks Kiel die Sicherung der Regattabahnen C, D und F auf der Kieler Förde. Hierzu wurden vom Landesverband Schleswig-Holstein 14 Bootsführer und Bootsgasten, drei Einsatzboote Dory 17, je ein Einsatzboot Dory 13 und Norfish sowie zwei Einsatzwagen bereitgestellt.

Der Einsatz wurde durch eine Mobile Funk- und Einsatzleitstelle, die über Funk und Feldtelefon sowie Leitungen der Deutschen Bundespost ständig mit der Regattaleitung in Verbindung stand, geführt. Durch diese direkte Verbindung

waren die Helfer in den DLRG-Booten auf ihren Einsatz- und Suchfahrten immer genau informiert.

Es gab eine Menge zu tun für die Helfer der DLG: Personen und Geräte wurden bei überraschend einsetzenden Sturm böen geborgen; gekenterte, verletzte Segler mußten behandelt und geborgen werden; Krankentransporte wurden durchgeführt. Ein griechischer Segler wurde durch Atemspende eines DLRG-Helfers gerettet: Der Grieche war in seinem Boot zusammengebrochen und so unglücklich gefallen, daß er an Erbrochenem zu ersticken drohte. Noch bevor der angeforderte Notarztwagen eintraf, konnten DLRG-Helfer Atemspende durchführen und den Bewußtlosen zum Erwachen bringen.

Weiter verzeichnen die Helfer während der „Kieler Woche“ einen Einsatz von zwei Rettungsbooten bei der Suche nach einem am Vortage Ertrunkenen. Die Leiche wurde von den DLRG-Bootsbesatzungen gefunden und der Kieler Kriminalpolizei übergeben.

Aber nicht nur mit diesen größeren Einsätzen machte die DLRG-Einsatzgruppe von sich reden. Die von den frühen Morgenstunden bis zum späten Abend besetzte DLRG-Leitstelle war Anlaufpunkt für viele leicht verletzte und erkrankte Segler und Zuschauer. Die eingesetzten DLRG-Helfer mußten ihr ganzes Können auf dem Gebiet der Ersten Hilfe anbieten.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Mobile Einsatzgruppe des DLRG-Landesverbandes Schleswig-Holstein während des größten deutschen Seglertreffens gute und erfolgreiche Arbeit geleistet und damit auch in der Öffentlichkeit einen großen Eindruck hinterlassen hat.

Gunther Schrock

## Schleppboot „Big Hein“ bestand Bewährungsprobe

„BIG HEIN“ wurde 1982 in Holland gebaut. Der Rumpf des Schiffes ist aus 5 mm starkem Stahl. Das gesamte Schiff hat eine Länge von 9,15 m, es ist sieben Tonnen schwer und wird von einem (gestifteten) 125-PS-Daimler-Benz-Dieselmotor angetrieben. Ausgerüstet ist es mit starken Suchscheinwerfern, einer Heizung für den Kajütenraum und außerdem mit einer selbstlenzenden Achterpflicht, auf der im Bedarfsfall eine

Fertigmachen zum Einsatz.



Auf der Regattabahn.



Die Helfer kommen vom Einsatz zurück.



Reihe von Personen untergebracht werden können. Im Ernstfall können hier Wiederbelebungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Das Boot hat eine Geschwindigkeit von 12 km auf dem Rhein zu Berg und findet u. a. bei der Bergung havariierter Sportboote, zur Sicherung von Regatten

Schon 40 Einsätze seit Indienststellung: Das Schleppboot „Big Hein“.



sowie als Rettungstaucherbasis Verwendung. Das Arbeits- und Schleppboot des Bezirks Düsseldorf besitzt als einziges Boot der DLRG Nordrhein ein Rheinfunkgerät und ist somit von der Feuerwehr, der Wasserschutzpolizei und den Wassersportlern auf Kanal 10 unter dem Rufnamen DLRG 4/30 jederzeit erreichbar. „BIG HEIN“ leistet jedem Sportboot kostenlos Hilfe bei Defekten. Seit der Indienstellung des Bootes wurden über 40 Einsätze erfolgreich gefahren.

## Rettungsbootwettbewerb des Landesverbandes Westfalen verlief erfolgreich

Einen Rettungsbootwettbewerb in größerem Rahmen veranstaltete der DLRG-Landesverband Westfalen im Mai 1983 im Raume Nijmegen, Holland, zusammen mit der niederländischen Schwestergesellschaft KNBRD. Die damals gemachten Erfahrungen waren sehr wertvoll und ermutigten den Landesverband, für den 15. Oktober 1983 den ersten Bootswettbewerb auf Landesebene auszusprechen. Wie richtig man mit dieser Ausschreibung lag, zeigten die dann eingehenden Anmeldungen. Insgesamt 25 Boote waren zum Wettbewerb bereit. Der DLRG-Bezirk Steinfurt und die Ortsgruppe Rheine übernahmen die Organisation. Die gestaute Ems in Höhe der Rheiner Straßenbrücke war der Austragungsort der Veranstaltung.



Ein Teil der Boote, die an den Wettkämpfen teilnahmen.



Ende der Übungen: Die Boote werden festgemacht.

Pünktlich begann der Wettbewerb, nachdem LV-Leiter Prof. Dr. Konrad Gelzer die Teilnehmer begrüßt, sich besonders aber bei den vielen ungenannten Helfern bedankt hatte.

Die Disziplinen waren: 1. Lauf – Slalomfahrt und Rettungsballwurf, 2. Lauf – Slalomfahrt und Retten einer Puppe durch einen Taucher, und 3. Lauf – Slalomfahrt, Zeitfahren und Abschleppen eines Bootes.



Gerdt Neumann, Technischer Leiter des Landesverbandes Westfalen, ehrt die siegreichen Mannschaften. (Fotos: Gotthardt)

Das Kampfgericht und die Auswertung arbeiteten so hervorragend, daß bald nach dem Lauf des letzten Bootes die Siegerehrung erfolgen konnte.

Den ersten Platz erreichte das Boot „G. Hasselmann“ aus dem DLRG-Bezirk Bochum. Mit Begeisterung wurde von der Mannschaft der Ehrenpreis in Empfang genommen, eine Kristall-Vase des NW-Ministerpräsidenten Johannes Rau. Platz zwei belegte das Boot „Amecke“ vom DLRG-Bezirk Hochsauerland, Platz drei das Boot „Olpe“ vom Bezirk Südsauerland.

Die Veranstaltung war ein großer Erfolg, das gesteckte Ziel wurde voll erreicht. Die Bezirke wurden daher von LV-Seite aus gebeten, im Frühjahr 1984 ihrerseits Bootswettkämpfe durchzuführen und die

beste Mannschaft für die zweite LV-Veranstaltung zu melden, die im Oktober 1984 stattfinden soll.

Hermann Gotthardt

## Großes Interesse beim „Tag der offenen Tür“

Zu einem vollen Erfolg wurde auch in diesem Jahr wieder der traditionelle „Tag der offenen Tür“ auf der DLRG-Station Wiesbaden-Biebrich, der mit einem Empfang des Landesverbandes verbunden ist. Neben zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens konnte LV-Leiter Günter Walter auch wieder eine große Zahl von Personen begrüßen, die mit großem Interesse die Ausstellung von modernem Rettungsgerät besuchten. Kämmerer



„Tag der offenen Tür“ in Biebrich.

## Presseschau des Inlands

### Die Katastrophenmedizin steht im Schatten

Am Beginn der zweiten Tagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin in München stand eine Demonstration. Einige Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger trugen Transparente und Plakate mit der Aufschrift „Notfallmedizin ja, Kriegsmedizin nein“ in den Hörsaal des Klinikums Großhadern und protestierten gegen die, wie sie es nannten, „massierte Anwesenheit“ der Bundeswehr im Raum, Professor Georg Heberer von der Chirurgischen Universitätsklinik München, der Präsident der Gesellschaft, antwortete darauf mit dem Hinweis, bei den Angegriffenen handle es sich wie bei den Demonstranten um Ärzte, über deren Fortbildungswilligkeit man froh sein dürfe.

Tatsächlich hatte die Tagung vorwiegend bei Universitäts- und Militärmedizinern, kaum aber bei niedergelassenen Ärzten Resonanz gefunden. Kritik wurde laut: der sogenannte ärztliche Sicherstellungsauftrag fordere Hilfe für Patienten auch in Ausnahmesituationen, und eine Ablehnung dieser Fortbildung könne für den Arzt ein Pflichtversäumnis bedeuten, das die Überprüfung seiner Kassenzulassung rechtfertige. Die Szene im Hörsaal spiegelte die Kontroverse, die um die Katastrophenmedizin in der Bundesrepublik entbrannt ist. Von ihren Gegnern als Steigbügelhalterin der Kriegstreiberei diskreditiert und der Verharmlosung der Folgen einer atomaren Auseinandersetzung angeschuldigt, von den Politikern vernachlässigt und von der Mehrzahl der Ärzte als unbequem empfunden, fristet die Katastrophenmedizin ein Schattendasein, das unter Umständen böse Folgen haben könnte. Denn schweren Unglücksfällen mit vielen Verletzten ist das hochentwickelte Gesundheitssystem unseres Landes nach einhelliger Ansicht der Experten organisatorisch nicht gewachsen. Die Ansicht, bei uns gebe es außer einem Krieg keine ernste Katastrophengefahr, trifft so nicht zu...

Der Tübinger Chirurg Professor Leo Koslowski wies darauf hin, daß die etablierte Notfallmedizin, die jährlich von 1,2 Millionen Menschen in Anspruch genommen wird, den Erfordernissen einer improvisierten Massenmedizin im Katastrophenfall nicht gerecht werden könne. Dann nämlich werde es nicht nur am gewohnten Standard und am technischen Gerät, sondern auch an organisatorischer Führung und Koordination fehlen. Der Ausbildungsstand der Rettungssanitäter, von denen allenfalls zehn Prozent systematische Fortbildung betreiben, sei ebenso wie die Qualifikation der Notärzte unzureichend. Außerdem liege die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe im argen.

Die beiden bisher im Rhein-Main-Gebiet veranstalteten aufwendigen Katastrophenschutzübungen, so berichtete der Mediziner, verliefen chaotisch. Es gelang weder, die leitenden Ärzte ausreichend zu kennzeichnen, noch für den vorgesehenen geordneten Abtransport der zurechtgeschminkten Unfallopfer zu sorgen. Auf den Parkplätzen der angefahrenen Kliniken blockierten sich die Rettungsfahrzeuge gegenseitig, und in den Operationssälen war kein Platz mehr, als schließlich die „Schwerverletzten“ eintrafen. Die meisten deutschen Ärzte wüßten im Katastrophenfall nicht einmal, wo, wann und wie sie ihre Erfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung stellen könnten, sagte Koslowski. Die Notwendigkeit der Aufstellung von Katastrophenplänen wird zudem von den meisten Kliniken beharrlich ignoriert. In Bayern konnte sich zum Beispiel erst ein Drittel der in Frage kommenden Krankenhäuser zur Erstellung eines solchen Organisationsschemas durchringen. Koslowski sprach sich deshalb für eine gesetzliche Verpflichtung der Kliniken zur Aufstellung von Katastrophenplänen aus, da man mit der Freiwilligkeit offensichtlich nicht weiterkomme. Standardisierte Katastrophenplanungen in aller Welt sind nach der Ansicht von Fachleuten am geeignetsten, um die internationale Hilfe zu erleichtern...

Die Erfahrungen aus den Erdbebenkatastrophen in Peru und 1980 in Italien lehren, daß bei rechtzeitig einsetzender Hilfe bis zu 40 Prozent der nicht sofort Getöteten gerettet werden können. Als dringend erforderlich bezeichnete Professor Peter Safrar vom Reanimationsforschungszentrum der Universität Pittsburgh deshalb die Entwicklung besserer Techniken der Nachrichtenübermittlung in abgelegenen Gebieten, neue Maschinen zum schnellen Ausgraben von Opfern und mobile, per Helikopter transportierbare Reanimationsräume. Am wichtigsten aber sei die nötige Durch-

setzungskraft, um die regional vorhandenen Hilfsmöglichkeiten zu koordinieren. Diese Führungsqualitäten müssen auch, so Safrar weiter, den leitenden Notarzt bei Massenunfällen in den industriellen Ländern auszeichnen. Hier unterscheidet sich die Katastrophenmedizin von der Notfallmedizin praktisch nur durch den Zwang zur Sichtung der Opfer und ihrer Verteilung nach Dringlichkeit der Versorgung in geeignete und aufnahmefähige Kliniken.

Dieses Sichtungsverfahren, die Triage, bei der Leichtverletzte ebenso wie hoffnungslose Fälle zuletzt versorgt werden, ist wiederholt als inhuman und mit dem ärztlichen Auftrag, für jeden Patienten das Beste zu tun, als unvereinbar angegriffen worden. Diese Aufgabe kollidiert bei Katastrophen mit dem Zwang, möglichst viele Opfer zu retten. Der Münchener Moraltheologe Professor Gründel sagte, er sehe in der Auswahl nach Überlebenschancen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel keinen Verstoß gegen die ärztliche Ethik oder gegen das Gebot der Brüderlichkeit...

Die beste Organisation und die umfassendsten Erfahrungen mit der Katastrophenmedizin haben zweifellos die Streitkräfte, deren Sanitätsdienst hinzugezogen werden kann, wenn die zivilen Rettungsdienststellen in ihren Hilfsmöglichkeiten überfordert sind. Admiralarzt Wedel berichtete, daß die Bundeswehr ständig sieben Alarmhubschrauber bereithalte, die bei Katastrophen sofort eingesetzt werden können. Nachteilig sei allerdings, daß gegenwärtig wegen der verschiedenen Frequenzen zwischen diesen Helikoptern und den Hubschraubern der verschiedenen Rettungsorganisationen kein Funkverkehr möglich sei. Wie sehr die schnelleren Transportmöglichkeiten die Überlebenschancen von Verletzten verbessert haben, belegt schon die Tatsache, daß im Vietnamkrieg nur noch ein Prozent der verwundeten amerikanischen Soldaten starben. Im Zweiten Weltkrieg waren es noch 4,5 Prozent, im Koreakrieg 2,3 Prozent.

Um der notleidenden Katastrophenmedizin in der Bundesrepublik auf die Beine zu helfen, wurde in München schließlich die Forderung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie aus dem Jahre 1979 nach einem Gesundheitssicherstellungsgesetz wiederholt, das mit Kompetenzgerangel und Schlußdrei ein Ende machen soll. Dabei stelle sich auch die Frage, ob man nicht ein gemeinsames ziviles und militärisches Katastrophenschutzwesen gründen wolle, wie es in der Schweiz der Fall sei.

(Margot Behrends in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung)

## Presseschau des Auslands

### UdSSR: Zivilschutzfibel bereits in fünfter Auflage

Ein Nuklearkrieg, dessen Begrenzung nicht möglich sei, schreibt die Sowjetpresse unablässig, werde die Menschheit ausrotten. Moskau hat sich deswegen auch stark in internationalen Gruppen wie der Vereinigung der „Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges“ engagiert, die vom medizinischen Standpunkt aus die staatlichen Bemühungen zum Zivilschutz, Bunkerbau und Vorratshaltung für sinnlos halten, da Atombomben, würden sie in großer Zahl explodieren, nicht nur über eine Milliarde Todesopfer fordern, sondern auch die pflanzliche Umwelt sowie die Atmosphäre zerstören. Im Gegensatz zu dieser Skepsis bereitet sich der sowjetische Zivilschutz sehr wohl für den Fall der Fälle vor und hat jetzt durch den Militärverlag in Moskau erneut 300000 Kopien, schon in fünfter Auflage, eines Buches für Zivilschutzmaßnahmen unter die Leute gebracht. Der Preis des Büchleins ist 45 Kopeken, kaum 1,50 Mark. Die Redaktion leitet der Armeegeneral Altunin. Altunin ist als Chef des sowjetischen Luftschutzes immerhin stellvertretender Verteidigungsminister.

Das Studium des 192-Seiten-Buches, heißt es im Vorwort, sei Pflicht für alle Bürger, die älter als acht Jahre seien. Ziel des Lehrbuches sei es, die Geschichte der Zivilverteidigung, deren Organisation und Aufgaben sowie Schutzmethoden gegen die Waffen der Massenvernichtung zu schildern. Aufklärung über Erste Hilfe gehöre dazu, wie ganz selbstverständlich auch die „geistig-psychologische und geistig-politische Vorbereitung“ der Bevölkerung auf die „ungewöhnlichen Bedingungen moderner Kriege“.

Das geht nicht ohne ungewollte Ironie ab. Wie soll sich der Sowjetbürger etwa verhalten, wenn er während einer Atomexplosion außerhalb eines Bunkers ist? In dem Buch heißt es dazu wörtlich: „Man muß der Explosion den Rücken kehren, sich auf die Erde legen, das Gesicht nach unten, die Hände über den Kopf verschränken. 15 bis 20 Sekunden

nach der Explosion, nach dem Nachlassen der Druckwelle, muß man aufstehen, eine Gasmaske oder ein anderes Schutzmittel aufsetzen, ein Taschentuch oder einen Schal vor das Gesicht halten. Dann muß man den Staub von der Kleidung abschütteln und sofort den Explosionsherd verlassen.“

Über die Atomschutz-Strategien der Sowjetunion gibt es natürlich unterschiedliche Auffassungen. Eine Schule westlicher Experten glaubt, daß das gutausgebaute Zivilschutz-Netz in der Sowjetunion das Pendel in einem Krieg zugunsten der UdSSR schwingen lassen und nicht nur der Führung, sondern auch einem Großteil der Bevölkerung zum Überleben helfen würde. Andere Experten, darunter der CIA, vertreten die Ansicht, daß die Kreml-Führung keineswegs ein unbeschränktes Vertrauen in die eigenen Zivilschutz-Methoden haben kann.

Ein Artikel in der Armeezeitung „Roter Stern“ beschäftigte sich vor kurzem mit den Schwierigkeiten sowjetischer Behörden, die Bevölkerung von der Notwendigkeit und Ernsthaftigkeit des Zivilschutzes zu überzeugen. Er beschrieb die Bemühungen eines Obersten im Ruhestand, der als Zivilschutzchef in einer Fabrik in Minsk auf unerträgliche Interessenlosigkeit und Uniformiertheit stieß. Die meisten Leute dort, schrieb die Zeitung, wußten nicht einmal, was zu machen sei, wenn die Alarmsirenen zur Probe schrillten. „Manche schalteten noch nicht einmal ihre Geräte ab, andere, viel schlimmer, lächelten, als ob sie sagen wollten, ist das denn alles nötig“, notierte der Oberst.

In dieser Fabrik, wie anderswo in der Sowjetunion, dies ging aus der Schilderung hervor, gab es offensichtlich besondere Bunker für das Firmen-Management. Nach Schätzungen der Amerikaner gibt es in der UdSSR gute Bunker-Vorrichtungen für etwa 100000 Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik und möglicherweise weitere Schutzräume für ein Viertel der Bevölkerung, darunter die Schächte der U-Bahnbahnen in den Großstädten.

(Bremer Nachrichten)

### Niederlande: Schutzplätze für zwei Prozent der Bevölkerung

Ein Musterbeispiel für alle, die sich mit Schutzraumbau-Fragen befassen, ist das niederländische Städtchen Valkenburg in der Provinz Limburg. Hiervon konnten sich Mitglieder der Deutschen Schutzbaugemeinschaft auf einer Besichtigungstour persönlich überzeugen. Ein alter Bergwerksstollen ist zu einem riesi-

gen Schutzraum ausgebaut worden, in dem im Ernstfall bis zu 12000 Personen Platz finden. Auf diese Weise steht für jeden Einwohner Valkenburgs ein Schutzraumplatz bereit. Mit einem Aufwand von 4 Mio. holländischen Gulden wurden Filtereinrichtungen, entsprechende Sicherheitstüren, Sanitätsräume und Betten angeschafft.

In den Niederlanden ist der gesamte Zivilschutz paramilitärisch in 104 Zivilschutzkreisen organisiert, wie der Provinzialkommandant von Limburg, Jan Ledvers, erläuterte. In der Provinz Limburg beispielsweise gibt es drei Zivilschutzgebiete, von denen das südliche Limburg, in dem auch Valkenburg liegt, der größte und auch am besten ausgestattete ist.

Der Leiter des Katastrophenschutzes im südlichen Limburg, Theodor Korn, verfügt beispielsweise über 30 festangestellte Mitarbeiter, 10 Teilzeitkräfte sowie 2300 Wehrpflichtige. Mit dieser Organisation unterhält er die öffentlichen Schutzraumeinrichtungen in seinem Gebiet.

Allerdings stellt Valkenburg auch in den Niederlanden die Ausnahme dar. Insgesamt dürften im südlichen Limburg nach Angaben von Korn für acht bis 10 Prozent der rund 700000 Einwohner öffentliche Schutzräume vorhanden sein. Zusätzlich werden wohl für 40 Prozent der Bevölkerung private Schutzräume existieren, die allerdings lediglich Schutz gegen radioaktiven Niederschlag bieten.

In den anderen Provinzen der Niederlande sieht die Situation auch nicht viel besser als in der Bundesrepublik aus. Fachkreise schätzen, daß im gesamten Land nur für zwei Prozent der Bevölkerung öffentliche Schutzräume zur Verfügung stehen. In der Bundesrepublik sind es dagegen drei Prozent. Allerdings werden die niederländischen Schutzräume durch ein straff organisiertes Zivilschutzsystem hervorragend gewartet.

Hier ist jedoch eine Änderung im Gange, die von Zivilschutzexperten bedauert wird. Die von der Kreisebene über die Provinzialebene zur nationalen Ebene organisierte Schutzraumorganisation, die neben einer hauptamtlichen Kaderorganisation im wesentlichen aus Wehrpflichtigen besteht, ist nämlich in letzter Zeit zunehmend kritisiert worden. Das ganze paramilitärische System paßt nicht mehr in die politische Landschaft. Die bisher von der Organisation wahrgenommenen Aufgaben sollen auf örtliche Sanitätsdienste und die Feuerwehr übertragen werden. Diese Entwicklung wurde bereits 1980 eingeleitet und soll bis 1986 abgeschlossen sein.

(Aachener Nachrichten)

# Wissenschaft & Technik

## Intubationstrainer simuliert die verschiedensten Verfahren

Der Intubationstrainer ist ein universelles, wirklichkeitsnahes Übungsgerät für die Ausbildung von Medizinstudenten und medizinischem Assistenzpersonal.

Es werden simuliert:

- Endotracheale Intubationstechnik
- Nasotracheale Intubationstechnik
- Anwendung von oralen und nasalen Tuben zum Freihalten der Atemwege
- Technik des Absaugens der Mund- und Rachenhöhle sowie der Trachea

Die Normalisierung, Stabilisierung oder Wiederherstellung der Atemfunktion entsteht als primäre Aufgabe bei der Erstversorgung von Notfallpatienten nach Verletzungen, Vergiftungen oder akuten Erkrankungen. Die Aufgaben gliedern sich in das Freimachen und das Freihalten der Atemwege sowie die Beatmung. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für die Anwendungen der unterschiedlichen Maßnahmen und Methoden lassen sich nur teilweise und eingeschränkt am Menschen erwerben.

Bei dem Intubationstrainer ist der Mund-, Rachen- und Trachealbereich von der Seite einsehbar. Die Wände des Pharynx und der Trachea sind transpa-

rent. Hierdurch ist die Anatomie sowie die Technik der unterschiedlichen Verfahren gut zu erkennen. Die sieben Halswirbel sind beweglich, der Kopf ist hoch sowie tief lagerbar. Bei zu starkem Druck auf die Schneidezähne wird ein Signal ausgelöst. Eine fehlerhafte Intubation in das Oesophagus wird bei der Beatmungskontrolle durch ein akustisches Signal angezeigt. Die Primärfunktion einer PEEP-Beatmung kann erkannt werden.

Das Gerät beinhaltet eine Schublade für die notwendige Unterbringung der Tuben, Einwegspritzen, Schere, Pflaster und Gleitgel. Der Intubationstrainer wird in einem Tragekoffer geliefert. Abmessungen: Länge ca. 40 cm, Breite ca. 24 cm, Höhe ca. 35 cm, Gewicht ca. 6 kg. (Werkfoto: Heraeus)

## Hausnotruf in Sekundenschnelle

Ein Hausnotrufsystem, das ohne große Installationen auskommt und sehr kostengünstig ist, bietet ein großer deutscher Elektrokonzern an. Damit können sich Alleinstehende, Behinderte und alte Mitbürger von der eigenen, vertrauten Wohnung aus mit einer hilfeleistenden Stelle schnell und unkompliziert in Verbindung setzen.

Beim Teilnehmer an diesem Hausnotrufsystem braucht nur ein Meldegerät in der Größe etwa eines dicken Telefonbuches an die Telefonsteckdose angeschlossen und ein zweites Kabel zur Stromversorgung in eine 220-V-Steckdose eingesteckt zu werden. Dann kann der Teilnehmer mit Hilfe einer Funktaste von jedem beliebigen Platz der Wohnung aus das Meldegerät veranlassen, automatisch eine Meldung über das öffentliche Fernsprechwählnetz an die Alarmzentrale durchzugeben. Die Funktaste ist in einem kleinen Kästchen von

ZigarettschachtfORMAT untergebracht, wiegt nur 100 Gramm und kann immer mitgeführt werden. Die Reichweite ist so bemessen, daß sich auch von weiter entfernten Punkten als der eigentlichen Wohnung – z. B. Waschküche, Keller, Garten – das Meldegerät aktivieren läßt.

Ist die Meldung in Sekundenschnelle in der Alarmzentrale eingegangen, wird festgestellt, um welche Art eines Notrufs es sich handelt und woher er kommt.



Die Zentrale ruft dann sofort beim Teilnehmer zurück und erkundigt sich über die eventuelle Notsituation. Wird das Telefon nicht abgenommen, können gleich entsprechende Maßnahmen veranlaßt werden – etwa eine hilfeleistende Person zum Teilnehmer schicken o. ä.

Das Meldegerät gibt an die Alarmzentrale lediglich eine codierte Meldung durch, baut also nicht sofort eine direkte Sprechverbindung auf. Das hat den Vorteil, daß die für die ankommenden Notrufe vorgesehenen Fernspreitleitungen der Zentrale praktisch immer frei sind, da die Meldungsübertragung nur Bruchteile von Sekunden dauert. Blockierte Leitungen, etwa durch mehrere gerade bestehende Sprechverbindungen, sind ausgeschlossen.

Insgesamt kann das Meldegerät bis zu acht verschiedene Meldungen absetzen. Neben dem allgemeinen und mit der Funktaste ausgelösten Notruf lassen sich am Meldegerät noch frei belegbare, zusätzliche Funktionstasten unterbringen. Das könnte z. B. eine Art „O.K.-Taste“ sein, die – einmal täglich gedrückt – der Zentrale signalisiert, daß alles in Ordnung ist. Oder Tasten für Ab- und Zurückmelden, wenn der Teilnehmer außer Haus ist.

(Werkfoto: Siemens)



## Neue Bücher

### Der Rettungshund

Von Marie-Luise Karnath  
Verlagshaus Reutlingen, Oertel und Sporer

Die Autorin zählt zu den bewährten Führern von Rettungshunden und schildert in ihrem 95 Seiten umfassenden Buch die Entstehung der Rettungshundgeschichte bis zur Ausbildung des Hundes und des Hundeführers. Im schlichten Stil gehalten ist das Buch, geprägt von der Liebe zum Tier, auch für Laien verständlich.

Nach der Schilderung von Erfahrungen und Erkenntnissen über Aufgaben, Eignung von Führer und Hund über die Ausbildung beider, die Ausbildungsstufen, die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die Wildreinheit usw. folgt eine Veröffentlichung von Anlaufadressen für Rettungshundestaffeln öffentlich-rechtlicher Organisationen.

„Für mich ist das hier geschilderte Rettungshundewesen die einzige Institution der Welt, die der wahren Natur des Hundes bis zur letzten Konsequenz gerecht wird. Wenn das anders wäre, hätte dieses Buch niemals geschrieben werden können“ – so Eberhard Trummler von der Haustierbiologischen Station Wolfswinkel, im Vorwort des Buches.

### Feuerwehrfahrzeuge im Bild

Feuerwehrkalender 1984  
efb-Verlagsgesellschaft mbH, Hanau

Mit dem neuen Feuerwehrkalender wird die Reihe der Bildkalender mit Motiven aus dem Bereich der Fahrzeuge der Feuerwehr fortgesetzt. Der großformatige Kalender stellt auf dem Deckblatt und den zwölf Monatsblättern interessante Fahrzeuge aus aller Welt vor. Neben der vielfarbigen Illustration enthält jedes Monatsblatt ein mehrsprachiges Kalendarium und eine technische Kurzbeschreibung des abgebildeten Fahrzeuges. Über den Informationsgehalt hinaus ist der Kalender aufgrund seiner gelungenen optischen Gestaltung ein ansprechender Wandschmuck.

### Taschenkalender für die Feuerwehren 1984

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Auch 1984 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen.

Der in sieben Landesausgaben erschene Kalender wird durch länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt. Durch den umfangreichen Themenrahmen stellt der Taschenkalender eine nützliche Hilfe für die tägliche Praxisarbeit der Feuerwehr dar.

### Erste Hilfe

Hossli/Meng/Pickel/Sefrin  
perimed Fachbuch-Verlagsgesellschaft mbH, Erlangen

Trotz aller Anforderungen, die an einen modernen Rettungsdienst, an Rettungssanitäter und Notärzte gestellt werden, spielt die Soforthilfe durch den Laien eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grunde gab der Schweizer Interverband für Rettungswesen 1979 ein Erste-Hilfe-Buch heraus, das vorrangig den Laien ansprach und ihm entsprechende Kenntnisse vermittelte.

Die nun vorliegende deutsche Ausgabe wurde den Lehrauffassungen der Hilfsorganisationen, der Bundesärztekammer und der Berufsgenossenschaften angepasst. Mit dem Buch werden dem Laienhelfer in leichtverständlicher Form die Erste-Hilfe-Maßnahmen erläutert, die in den ersten Minuten nach einem akuten Ereignis zur Anwendung kommen müssen, um die Zeitspanne bis zum Einsetzen einer ärztlichen Behandlung zu überbrücken.

### Hilfsdienst-Fahrzeuge

Bildkalender 1984  
Verlag Fiedler, Bruchköbel

Der Kalender ist den Fahrzeugen der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen gewidmet, wobei die Krankentransport- und Rettungswagen das Schwergewicht bilden. Die einzelnen Monatsblätter des großformatigen Wandkalenders zeigen jeweils drei verschiedene Fahrzeugtypen, ergänzt durch eine erläuternde Kurzbeschreibung. Mit der Vielzahl der mehrfarbig abgebildeten Fahrzeuge bie-

tet der Kalender über das ganze Jahr hinaus interessante Informationen.

### Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Schmidt  
VbF – TRbF  
Loseblattsammlung  
17. Ergänzungslieferung  
Deutscher Fachschriften-Verlag  
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden

Die Lieferung enthält diejenigen Änderungen und Ergänzungen des TRbF-Regelwerkes, die der DAbF in seiner Sitzung I/1983 beschlossen hat. Sie enthält darüber hinaus überarbeitete Teile der Erläuterungen zur VbF sowie die Richtlinien, die die bisherige Prüfrichtlinie TRbF 501 zum überwiegenden Teil ablösen.

Töpfer/Lind  
Notstandsrecht der Bundesrepublik  
Deutschland  
Loseblattsammlung  
76.–78. Ergänzungslieferung  
Verlag R. S. Schulz, Percha

Mit den Ergänzungslieferungen wurde das Bundesrecht auf den Stand vom 1. 5. 1983 gebracht. Neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen wurden neu aufgenommen: das Wehrpflichtgesetz in der Fassung vom 6. 5. 1983, das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz und die Rahmenempfehlungen für Einsatzmaßnahmen nach Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen.

Ebenfalls durch Neuaufnahmen und Aktualisierungen wurde das Landesrecht des Landes Baden-Württemberg auf den Stand vom 1. 5. 1983 gebracht. Auf den Stand vom 1. 1. 1983 bringen die Ergänzungslieferungen das Landesrecht von Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein.

Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen  
Handbuch des Rettungswesens  
Loseblattsammlung  
24. Ergänzungslieferung  
Verlag v. d. Linnepe, Hagen

An Neuaufnahmen enthält die Ergänzungslieferung einen umfangreichen Beitrag über den Stand des Rettungsdienstes, die Mitteilung des Bayerischen Staatsministers des Innern über die Teilnahme von Medizinstudenten im Praktischen Jahr am Notarztdienst und den Plan für die Ausbildung zum Nothelfer für den Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen.

# zivilschutz magazin



# Jahresregister für 1983

## Deutsches Rotes Kreuz

Die Katastrophe kam zur Mittagszeit	1/47
Aufgaben und Arbeit der DRK-Leitungsgruppe	2/43
DRK baut Medico-Sozial-Stationen	3/43
Rotkreuzhilfe für die Menschen im ecuadorianischen Überschwemmungsgebiet	3/44
Der Schwarze Tod hatte keine Chance	3/45
100 Jahre Wasserrettungsdienst des DRK	4/45
Athiopien – hoffnungslos?	5/45
Zauberei im Zeichen des Roten Kreuzes	6/43
Beim Roten Kreuz „einsteigen“	7-8/61
Elektrischer Strom – keine Spielweise für nicht-ausgebildete Helfer	9/45
Millionen Menschen brauchen Hilfe, um sich selbst zu helfen	10/45
Aus Übungen Erkenntnisse für den Einsatz gewinnen	11/45
Schnelle Hilfe des DRK für die Erdbebenopfer in der Türkei	12/39

## Arbeiter-Samariter-Bund

Beschlüsse der 11. ASB-Bundeskonferenz	1/49
ASB Köln: Computer steuert Fahrdienst	2/5
ASB-Rettungshundestaffel im Jemen	2/47
„Größere Überlebenschancen durch den Notarzt“	3/47
ASB betreut Asylbewerber	4/49
... Nicht für jedes Wehwehchen muß die Solidargemeinschaft eintreten ...	5/47
Freiwilligkeit – tragende Säule des Hilfeleistungssystems	6/47
Praxisnahe Schulung für viele Aufgabenbereiche	7-8/63
„Selbsthilfe ist nötiger denn je ...“	9/47
„Nicht resignieren bei der Lehrstellensuche ...“	10/47
„Zivildienst ist keine leichte Aufgabe ...“	11/47
ASB-Soforthilfe nach Erdbeben in der Türkei	12/43

## Johanniter-Unfall-Hilfe

Diakonisches Werk und JUH helfen in Djibouti	1/51
Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen	2/49
Zivil- und Katastrophenschutz – Reizworte in unserer Gesellschaft	3/49
Engagierte Ärzte im Katastrophenschutz	4/51
Farbgebung und Kennzeichnung der Fahrzeuge der JUH	5/49
Bundeswettkampf der JUH	6/49
Jugendarbeit – Auftrag und wichtige Investition für morgen	7-8/65
Die Mitgliederzahl hat sich verdoppelt	9/49
Polenhilfe der JUH	10/49
„Zu helfen in Not und Gefahr“	11/49
„Menschenführung“ – Seminar für JUH-Nachwuchskräfte	12/45

## Malteser-Hilfsdienst

150mal Polen und zurück	1/53
MHD beendete Somalia-Einsatz	2/51
„Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl beim MHD“	3/51
MHD: Mehr freigestellte Helfer	4/53
MHD-Bundesversammlung appelliert an Bundestag	5/51
Sanitätsdienst auf dem Petersplatz	6/51
Malteser Jugend verbrachte zehn Tage im Bundeslager	7-8/67
MHD-Ärztetag	9/53
Kenntnisse in Theorie und Praxis auf dem Prüfstand	10/51
Von der Erste-Hilfe-Unterweisung zur leistungsfähigen Hilfsorganisation	11/51
600 Kilometer mit Blaulicht und Sirene	12/47

## Deutscher Feuerwehrverband

Keine Einsparungen auf Kosten der Sicherheit	1/10
Werbeträger für die Feuerwehren	1/55
Präsidium des DFV tagte in Hannover	2/53
Die Feuerwehr ist ein Freund der Schüler geworden	3/5
Möglichkeiten und Grenzen moderner Technologie im Aufgabenbereich der Feuerwehr	3/53
Brandschutzwoche 1983: ... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr	4/55
Keine Unterstützung für den „Weltverband der Freiwilligen Feuerwehren“	5/53
31. Delegiertenversammlung des DFV	5/54
Gesammelte Feuerwehrgeschichte	6/20
Berichte aus der Facharbeit des Verbandes	6/53
4. Bundeswertungsspielen in Grünberg	7-8/69
Berichte aus der Facharbeit des Verbandes	9/55
Innenminister Dr. Günther: „Feuerschutzsteuer nicht antasten“	10/13
Sehr hohes musikalisches Niveau bewiesen	10/53
Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84 liegt vor	11/54
3. Deutsche Feuerwehrmeisterschaften im Skilanglauf	12/49
DFV-Stellungnahme zur ÖTV-Studie „Feuerwehr“	12/50

## Deutsche-Lebensrettungs-Gesellschaft

Tradition – Leistung – Fortschritt	1/57
Wassersportfreunde informierten sich über den DLRG-Wach- und Rettungsdienst	2/60
DLRG-Jugend Westfalen wurde 20 Jahre alt	3/58
Zahl der direkten Lebensrettungen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt	4/57
Neue Katastrophen-Einheit am Bigge-Stausee in Dienst gestellt	5/57
Bundeswehrosoldaten erwarben 1982 6551 DLRG-Rettungsschwimmkunden	6/57
Bundespräsident Carstens Schirmherr der DLRG	7-8/6
Bundesweit sind 85000 Helfer im Wasserrettungsdienst eingesetzt	7-8/73
Siebzig Jahre DLRG sind sieben Jahrzehnte Dienst am Mitmenschen	9/57
Prof. Dr. John neuer Präsident der DLRG	10/4
Deutschlands größte Wasserrettungsorganisation unter neuer Leitung	11/57
Gelähmter Sporttaucher in Berliner DLRG-Druckkammer geheilt	12/53

## Bundesverband für den Selbstschutz

Ohne „Pressescheu“ an die Medienarbeit	1/22
Neue BVS-Broschüre „Der Selbstschutz in Behörden“	2/6
Mit modernem Konzept das alte überholen	2/27
Helfervertretung des Bundesverbandes für den Selbstschutz beriet aktuelle Fragen	6/25
Motivation zum „Aktiven Selbstschutz“ steht im Vordergrund	7-8/36
Filmspots vermitteln Kurzinformation	9/15
„Der BVS kann mit meiner Helfer rechnen“ – Innenminister Dr. Zimmermann beim BVS	9/18
Innenminister Dr. Möcklinghoff: „Militärische Verteidigung ist ohne Zivilschutz absurd“	10/24
Bildschirmtext: Neues Medium der Öffentlichkeitsarbeit	11/5
Innensenator Kröning: „In die Diskussion über Sicherheit und Frieden auch den Zivilschutz einbeziehen“	12/23

## Gesellschaft für den Zivilschutz

Ohne Zivilschutz geht es nicht	1/35
In jeder Hinsicht erfolgreich	2/33
Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie	6/32
Der Leistungsanstieg wurde gebremst	10/33
Brandschutzübung zeigte Mängel auf	11/31
Erstes Schutzbauseminar der GZS	12/30

## Technisches Hilfswerk

„Einer der Glanzpunkte im THW“	1/18
Sprengen – eine brisante Sache	1/25
THW zu Gast bei Ministerpräsident Strauß	1/45
„Ringleitung um Beirut geschlossen“	2/10
Geprüfte Prüfer	2/17
THW-Amateurfunken sicherten Kontakt zu den Einsatzkräften im Jemen	3/38
Gefahr am Deich!	4/37
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann beim THW in Würzburg	5/17
Funkamateure des THW sichern den Kontakt zu den Einsatzkräften	5/30
THW-Großeinsatz beim Rheinhochwasser im April	6/37
THW-Wettkampf in Technik und Tempo	7-8/10
Dritte Großübung mit dem THW-BV Berlin Steglitz	7-8/48
Niedersächsische THW-Helfer aus Tunesien zurück	9/29
Mit Fahrzeugen und Gerät nach Bordj-Cedria	11/25
Staatssekretär Dr. Fröhlich betont den Wert der THW-Jugendarbeit	12/2
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann überreicht höchste THW-Auszeichnung an Innenminister Böckmann	12/3
Die Kinder erstürmten das Fort im Nu	12/11
Brunnenbau – eine Aufgabe der Gas/Wasser-Gruppe	12/19

## Warndienst

Beispielhafter Aufbau einer WD-Leitstelle	2/41
Arbeitstagung des Warndienstes	9/43
Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen	10/44
Der Warndienst und das IV. Genfer Abkommen	11/43

## Katastrophen

Erdbeben im Nordjemen	1/11
Erdbebenkatastrophe in Kolumbien	4/3
Köln – das „Venedig am Rhein“	4/9
Die große Schlacht gegen den Schlamm	5/10
Die Lage überall fest im Griff	5/14
Neun Tote und 13 Verletzte nach Flugzeugabsturz	7-8/18
Analyse einer Unglücksnacht	7-8/25
„Irrsinnig, einfach Irrsinnig!“	10/16
Um 1.49 Uhr zitterte der Boden	11/9

## Katastrophenschutz und Selbstschutz

Das gemeinnützige Handeln der Hilfsorganisationen ist für den Staat von vitaler Bedeutung	1/8
„Kosmos“-Absturz: Ernst, aber nicht dramatisch	2/8
Die Aufgaben der Polizei im Katastrophenschutz	3/9
Neuer „Beraterplan“ als Grundlage	3/28
Selbstschutz-Ausbildung bei der Bundeswehr	3/30

700 Ausrüstungen sollen noch in diesem Jahr zugewiesen werden	3/31
„Eine lebendige Gemeinschaft hoch über dem Ahrtal“	4/18
„Dem Bürger zeigen, was der Katastrophenschutz vermag“	5/21
„Hilfe ist nicht nur ein leeres Wort, sondern braucht Vorbereitung“	6/10
Theorie und Praxis der KatS-DV 100	7-8/20
In Stuttgart probten tausend Helfer den Ernstfall	9/8
Interesse an der Jugend ist Grundlage für die Bildungsarbeit	10/9
Der in Not geratene Mensch hat ein Anrecht auf Hilfe	10/20
Staatsminister Mülleemann im Katastrophenschutzzentrum Düsseldorf	11/4
Mehr Aussteller, mehr Schaufläche, mehr Sicherheit	11/11
Staatssekretär Dr. Waffenschmidt: „Im Katastrophenschutz heißt das Ziel Konsolidierung“	12/7

## Rettungsdienst

Marineflieger: Mehr als 5000 Menschen geholfen	1/3
Wertvolle Minuten verstreichen ungenutzt	1/21
54 zentrale Leitstellen für NRW	11/3
Positive Haltung zum Gesetzentwurf über die Ausbildung der Rettungssanitäter	11/5
DGzRS gab vier neue Seenotkreuzer in Auftrag	11/6

## Wissenschaft und Technik

Krankenträger-Lagerung für Drehleitern	1/63
Trägerklemme zur rationellen Lösung von Hebeaufgaben	1/63
Die Lagerkarte – mikrovertilmt	2/25
Sichtgerät für schnelle Herzdiagnose	2/63
Namentaste ruft Polizei und Feuerwehr	2/63
Für die Erstversorgung von Brandverletzten	2/63
Wirkungsvoller Brandschutz durch Glas	3/63
Notsignal für Arbeitsstätten	3/63
Rettungskoffer für Elektro-Unfälle	3/63
Vollautomatische Funk-Überleiteinrichtung	4/63
Neue Schutzhandschuhe aus Aramidfaser	4/63
Neuer Kompaktlader	4/63
An- und Abrufbeantworter mit Euro-Signal und Service-Ruf	4/63
Neues Handfunkgerät	5/63
Prototyp einer Halon-Schaumanlage	5/63
„Sonnenblinder“ UV-Flammenmelder	5/63
Kompaktset steuert Brandabschnittstüren	6/63
Regalsystem mit Sprinkleranlage kombiniert	6/83
„Grüne Welle“ für Rettungsfahrzeuge	7-8/9

Neuer hydraulischer Rettungszylinder	7-8/79
Rauchmelder der „zweiten Generation“	7-8/79
Rollmatte bietet Fahrzeugen festen Grund	7-8/79
Nottfallpakete sichern Soforthilfe für Brandverletzte	9/2
Rettungssitz für den Transport von Personen aus engen Raumverhältnissen	9/63
Evakuierung durch den „Rettungsschlauch“	9/63
Strom auch bei Netzausfall	9/63
Neues batteriebetriebenes Dosimeter	10/63
Hochleistungsleuchte mit Spezialgehäuse	10/63
Einseitig offene Faltschutzhülle weiterentwickelt	10/63
Zwischenbericht zum „Autonotfunk“	11/6
Sicherheitskappen für Atemschutzgeräte	11/63
Ein schwimmender Notoperationsraum	11/63
Moderne Faser für Feuerwehruniformen	11/63
Intubationstrainer	12/61
Hausnotruf in Sekundenschnelle	12/61

## Schutzraumbau

Stuttgarter Mehrzweckanlagen übungsmäßig in Betrieb genommen	1/14
In Wertheim am Main entsteht eine Mehrzweckanlage für über 4000 Personen	6/6
Zivilschutzanlage für 3400 Personen in Leonberg im Bau	11/8

## Vorsorge

Programm der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit	2/4
Modellversuch mit dem Hausnotruf	2/7
NRW: Schutz der Bevölkerung bei Ereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle	2/23
Notbrunnen – vom Stromnetz unabhängig	4/24
Von der Handschwengelpumpe zum Notbrunnen mit Eigenstromerzeuger	7-8/29
Mehr Sicherheit bei Lagerung und Transport gefährlicher Güter	11/3
Der Bund kämpft mit 33 Millionen DM gegen Ölkatastrophen	11/8

## Zivile Verteidigung und Zivilschutz

„Die Mängel der Zivilverteidigung beruhen weitgehend auf unzureichender Sachinformation unserer Bevölkerung“	4/6
--	-----

Die Nordatlantik-Pakt-Organisation, Teil 3	4/14
Die Nordatlantik-Pakt-Organisation, Teil 4	5/26
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: „Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen – dazu gehört auch die zivile Verteidigung – in unserem Volke wachhalten...“	5/8
Zivilschutz muß ein positives Reizwort werden	5/19
„Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung“	6/6
„Präventive Medizin ist die vornehmste Aufgabe der Ärzteschaft“	6/15
Projektwoche „Zivilschutz“ an Böhner Gymnasium	9/13
„Es gilt die Scheu zu überwinden“ – Staatssekretär Spranger beim BZS	10/8
Staatsminister Dr. Jenninger: Zivilschutz ist Friedensaufgabe	11/2
„Zivilschutz ist Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger“	11/10
Vollübung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn	11/16
25 Jahre Bundesamt für Zivilschutz	12/2
Vollübung im Hilfskrankenhaus Weißenhorn	12/15

## Zivilschutz im Ausland

Schweiz: Jammern hilft nichts ...	1/62
Niederlande: Dienstpflicht für Männer und Frauen	1/62
Frankreich: Streitfragen zum Zivilschutz	2/62
Schweden: Wirtschaftliche Landesverteidigung	2/62
Großbritannien: London schafft Zivilschutz ab	2/62
Schweiz: Noch beträchtliche Lücken	3/62
Schweden: Fünf Millionen Schutzplätze	3/62
Österreich: Broschüre „Zivilschutz“	3/62
UdSSR: Schutzbauten für zehn Millionen Menschen	4/62
Schweiz: Schutzraumbezug geübt	4/62
Schweiz: Übereifer beim Zivilschutz?	5/62
Dänemark: Enge Kooperation mit den Streitkräften	5/62
Schweiz: Ausbau des Zivilschutzes verschiebt sich um zehn Jahre	6/62
Schweiz: Was taugt der Zivilschutz?	7-8/78
Japan: Regelmäßige Erdbebenübungen	7-8/78
Japan: 16 Millionen Japaner üben	9/62
UdSSR: Neues Überlebenshandbuch	9/62
Zivilschutz-Einheiten aus acht Ostblock-Staaten üben	10/5
Schweiz: Bürger sind über den Zivilschutz gut informiert	10/62
Das Zivilverteidigungsprogramm der UdSSR	11/23
Schweiz: Appell zur privaten Notbevorratung	11/62
UdSSR: Zivilschutzfibel in fünfter Auflage	12/60
Niederlande: Schutzplätze für zwei Prozent der Bevölkerung	12/60

Winfried Hoffmann

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an THW-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Die maximale Tragfähigkeit eines Mehrzweckbootes beträgt neun Personen (KatS DV 282, Seite 113).



Das Überbordhängen der Beine ist gefährlich und daher verboten (KatS DV 282, Seite 91).



Um die Manövrierfähigkeit zu erhalten, muß das Heck des schleppenden Fahrzeuges etwa ein Drittel über dem des geschleppten Fahrzeuges hinausragen (KatS DV 282, Seite 83).

## Ein Fort vom THW, für viele Erstürmungen gebaut



Neun Jugendliche des THW-Ortsverbandes Stolberg bei Aachen hatten eine Idee – und das Ergebnis steht nun in voller Größe auf dem Gelände des Katholischen Kindergartens in Eschweiler. Aus dem Wunsch heraus, etwas Konstruktives zu tun, planten, bauten und errichteten die Jungen unter der Obhut von THW-Jugendgruppenleiter Ralf Flöhr ein drei mal drei Meter großes Fort, in und auf dem die Kleinen des Kindergartens sich tummeln können.

Dank für ihre Mühe erhielten die THW-Jugendlichen jüngst von den Kindern und der Kindergartenleitung. Fast ein Jahr haben die Junghelfer gebraucht, um die Idee in die Tat umzusetzen. Denn da gab es eine Menge Planungen, Holz- und Metallarbeiten und schließlich den Aufbau des Forts selbst. Den Weg von der Idee bis zum Aufbau beschreibt das „Zivilschutz-Magazin“ im Innern dieser Ausgabe.